

Tür öffnen  
für kritische  
Parteidebatte in der  
**LINKEN**  
Reader

# Inhaltsverzeichnis

<b>„Tür öffnen für kritische Parteidebatte in der LINKEN“. Erklärung von Sprecherinnen und Sprechern Landesweiter Zusammenschlüsse der sächsischen LINKEN nach den Europa- und Kommunalwahlen am 26. Mai 2019</b>	<b>1</b>
<b>Horst Kahrs: Die Wahl zum Europäischen Parlament in Deutschland am 26. Mai 2019 (Auszüge)</b>	<b>3</b>
<b>Gerd Wiegel: Die Rechte im Aufwind. Ergebnisse ausgewählter Rechtsparteien bei den EP-Wahlen 2019</b>	<b>10</b>
<b>Katja Kipping: Das Warnsignal ernst nehmen. Erklärung im Parteivorstand nach den Wahlen am 26. Mai 2019</b>	<b>12</b>
<b>Raul Zelik: Regieren ist noch keine “Machtoption”. Eine Antwort auf Katja Kippings Vorschlag “Das Warnsignal ernst nehmen”. In: neues deutschland, 6. Juni 2019, Seite 15</b>	<b>14</b>
<b>Lucy Redler/Thies Gleiss: Wahl-Misserfolg mit Ansage. Zum Ausgang der EU-Wahlen und den aktuellen Aufgaben der LINKEN</b>	<b>18</b>
<b>Erklärung der KPF der Partei DIE LINKE: Neustart – ein Begriff, zwei Interpretationen</b>	<b>24</b>
<b>Mitteilung über die Beratung des Ältestenrates der Partei DIE LINKE am 6. Juni 2019</b>	<b>27</b>
<b>Sozialistische Linke: DIE LINKE erneuern. Erklärung nach den Wahlen vom 26. Mai 2019</b>	<b>29</b>
<b>Alexander King: Deutschland und DIE LINKE nach der Europawahl</b>	<b>32</b>
<b>Jörg Schindler: Europawahl: Auswertung und Perspektiven</b>	<b>35</b>
<b>BAG Betrieb &amp; Gewerkschaft: DIE LINKE muss die Perspektive der abhängig Beschäftigten stärken</b>	<b>43</b>
<b>Antje Feiks/Thomas Dudzak: Erste Überlegungen zu den Ergebnissen der Kommunal- und Europawahlen und Schlussfolgerungen für die Landtagswahlen</b>	<b>46</b>
<b>“Niedergang hat alte und neue Ursachen”. Erklärung der Mitgliederversammlung vom Liebknecht-Kreis Sachsen am 14. Juni 2019 zum Wahldebakel am 26. Mai 2019</b>	<b>50</b>
<b>“Prekarisierte Schichten betreten die politische Bühne”. Interview mit Ekkehard Lieberam. In: junge Welt vom 15./16. Juni 2019, Beilage faulheit &amp; arbeit</b>	<b>53</b>

## **„Tür öffnen für kritische Parteidebatte in der LINKEN“. Erklärung von Sprecherinnen und Sprechern Landesweiter Zusammenschlüsse der sächsischen LINKEN nach den Europa- und Kommunalwahlen am 26. Mai 2019**

Die Ergebnisse unserer Partei bei der Europa- und den Kommunalwahlen am 26. Mai 2019 haben uns schockiert. Sie kamen allerdings nicht unerwartet und die Ursachen sind in vielfacher Hinsicht hausgemacht. Die Wahlergebnisse liegen in Sachsen mit 11,7 Prozent (Europawahlen) bzw. 11,2 Prozent (Kommunalwahlen) deutlich unter denen für die sächsische PDS 2002 (17,7 Prozent), als diese mit vier Prozent die Bundestagswahlen katastrophal vergeigte.

DIE LINKE befindet sich in einer gefährlichen Krisensituation, die von der Parteiführung ignoriert bzw. mit rot-rot-grünen (richtiger: grün-rot-roten) Träumereien sogar noch verstärkt wird. Erfreulicherweise hat es nach dem 26. Mai 2019 aus der Partei diverse kritische Wortmeldungen zum Ausgang der Wahlen und zum gegenwärtigen Zustand der LINKEN gegeben. Mit diesem Reader, in dem wir einen Großteil dieser uns bekannten Texte veröffentlichen, wollen wir insbesondere im Landesverband Sachsen dazu beitragen, eine kritische Debatte über die Ursachen dieser Entwicklung zu befördern. Wir setzen uns dafür ein, dass der nächste Bundesparteitag der LINKEN noch in diesem Jahr und nicht erst im Frühjahr/Sommer 2020 stattfindet. Wir müssen nach den drei ostdeutschen Landtagswahlen - und im Vorfeld einer möglichen vorgezogenen Bundestagswahl - die existenziellen strategischen Fragen diskutieren, die für uns auf der Tagesordnung stehen.

Im besonderen Maße besorgniserregend für die gesellschaftliche und politische Entwicklung ist das Ergebnis der AfD, die stärkste Partei in Sachsen wurde. Gemeinsam mit der demokratischen Zivilgesellschaft sind wir aufgefordert, Nationalismus und Rassismus konsequent entgegenzuwirken. Wir sind uns bewusst, dass diese Entwicklung im Wesentlichen ihre Ursachen in der Missachtung der Rechte der Ostdeutschen nach dem Anschluss der DDR, dem Ausbleiben „der blühenden Landschaften“ und der jahrzehntelangen Kahlschlags-Politik der CDU haben. Diesen bleibenden tiefen Verletzungen haben wir LINKEN in Ostdeutschland in den letzten Jahren weniger und weniger Beachtung geschenkt. Das haben Millionen von Menschen, deren Lebensgrundlage durch die Verbrechen der Treuhand, und durch die Hartz-IV-Gesetze zerstört worden ist, als Anpassung betrachtet.

Als Partei haben wir die Verpflichtung, konsequent für mehr soziale Gerechtigkeit im Besonderen für die lohnabhängig Beschäftigten und sozial benachteiligten Menschen zu kämpfen. Es muss dabei deutlicher werden, für welches eigenständige Gesellschaftskonzept wir als linke Kraft bundesweit und in Sachsen stehen. Mit dem in unserer Partei anwachsenden Streben nach Regierungs- und Koalitionsfähigkeit geht im Gegensatz zu diesen Erwartungen die Gefahr einher, unser Profil als sozialistische Partei weiter abzuschwächen oder gar zu entsorgen.

Als LINKE in Sachsen, dem Bundesland mit der stärksten Rechtsentwicklung in der Bundesrepublik, sind wir besonders gefordert. Wir müssen nachvollziehbare politische Lösungsvorschläge anbieten, die für die Mehrheit der Menschen - insbesondere die lohnabhängig Beschäftigten - in ihrem Alltag relevant, realistisch und umsetzbar sind. Nur dafür erhalten wir ihr Vertrauen und ihre Unterstützung. Leider müssen wir resümieren, dass dies uns in den letzten Jahren immer weniger gelungen ist. Allzu oft wurden vordergründig Personaldiskussionen geführt, die mehr mit internem Machtgerangel zu tun hatten als mit politischem Meinungsstreit. Allzu oft zielten unsere Politikangebote nur auf eine urbane intellektuelle Klientel - zu unkonkret und irrelevant für die Mehrheit der Menschen. Auch unser friedens-politisches Profil wurde immer weniger thematisiert, und das angesichts der zunehmend aggressiven Politik gegen die Russische Föderation. Solch eine Gleichgültigkeit gegenüber wichtigen Themen unserer Wählerschaft muss endlich ein Ende haben.

Als eine existenzielle Aufgabe der Mobilisierung für einen erfolgreichen Landtagswahlkampf sehen wir die Motivation der Mitglieder in unserem Landesverband an. Nach unserer Auffassung ist es eine unerlässliche Voraussetzung für eine Trendumkehr, dass alle Mitglieder und Strukturen des Landesverbandes gleichberechtigt zusammen wirken müssen.

Zwei Vorschläge dazu:

1. Ein erster Schritt in diese Richtung wäre die stärkere Einbeziehung der Landesweiten Zusammenschlüsse/Strömungen in die Beratung und Diskussion von Beschlüssen sowie in die Entscheidungsfindung im Landesvorstand. Als Landesweite Zusammenschlüsse und Strömungen möchten wir uns mit unserer Kompetenz und inhaltlichen Ausrichtung mehr einbringen. Die Zusammenschlüsse/Strömungen in unserer Partei sind mehr als nur Nischen und Bewahrer linker Traditionen und Werte, auf die wir in der jetzigen Zeit allerdings gezielter zurückgreifen sollten.
2. Darüber hinaus ist mittelfristig die wesentlich stärkere Einbindung der Basis in die politischen Entscheidungsprozesse des Landesverbandes unerlässlich. Der Prozess wurde mit der Kampagne „Basis ist Boss“ zwar eingeleitet, war jedoch bislang nur bedingt erfolgreich. Wir schlagen nunmehr die gezielte Weiterführung dieses Prozesses vor. Unter dem Motto „Der Basis ihre Stimme“ fordern wir, dass wir die stärkere Beteiligung der Basis beim Zustandekommen von Beschlüssen und Strategien unserer Partei auch dadurch sicherstellen, dass ab dem kommenden Parteitag die Mandate auf Landesparteitagen und Landesvertreterversammlungen, Stadt- und Kreisparteitagen mit einem Quorum von mindestens 75 Prozent Genossinnen und Genossen vorbehalten sind, die keine hauptamtliche Tätigkeit in der Partei ausüben bzw. ein Parlamentsmandat innehaben oder bei einem Mandatsträger beschäftigt sind.

Ralf Becker	SprecherInnenrat	LAG Hartz IV
Gabi Eichner	Sprecherin	Sozialistische Linke Sachsen
Roland Fleischer	Sprecher	Kommunistische Plattform Sachsen
Kay Hanisch.	Sprecher	Antikapitalistische Linke Sachsen
Thomas Kachel	Sprecher	LAG Frieden und internationale Politik
Dr. Volker Külöw	SprecherInnenrat	Liebknecht-Kreis Sachsen
Prof. Dr. Ekkehard Lieberam	Sprecher	Marxistisches Forum Sachsen
Thomas Michaelis	Sprecher	LAG Betrieb & Gewerkschaft
Jürgen Vogelsang	Sprecher	LAG Deutsch-Russische Freundschaft
	SprecherInnenrat	LAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik

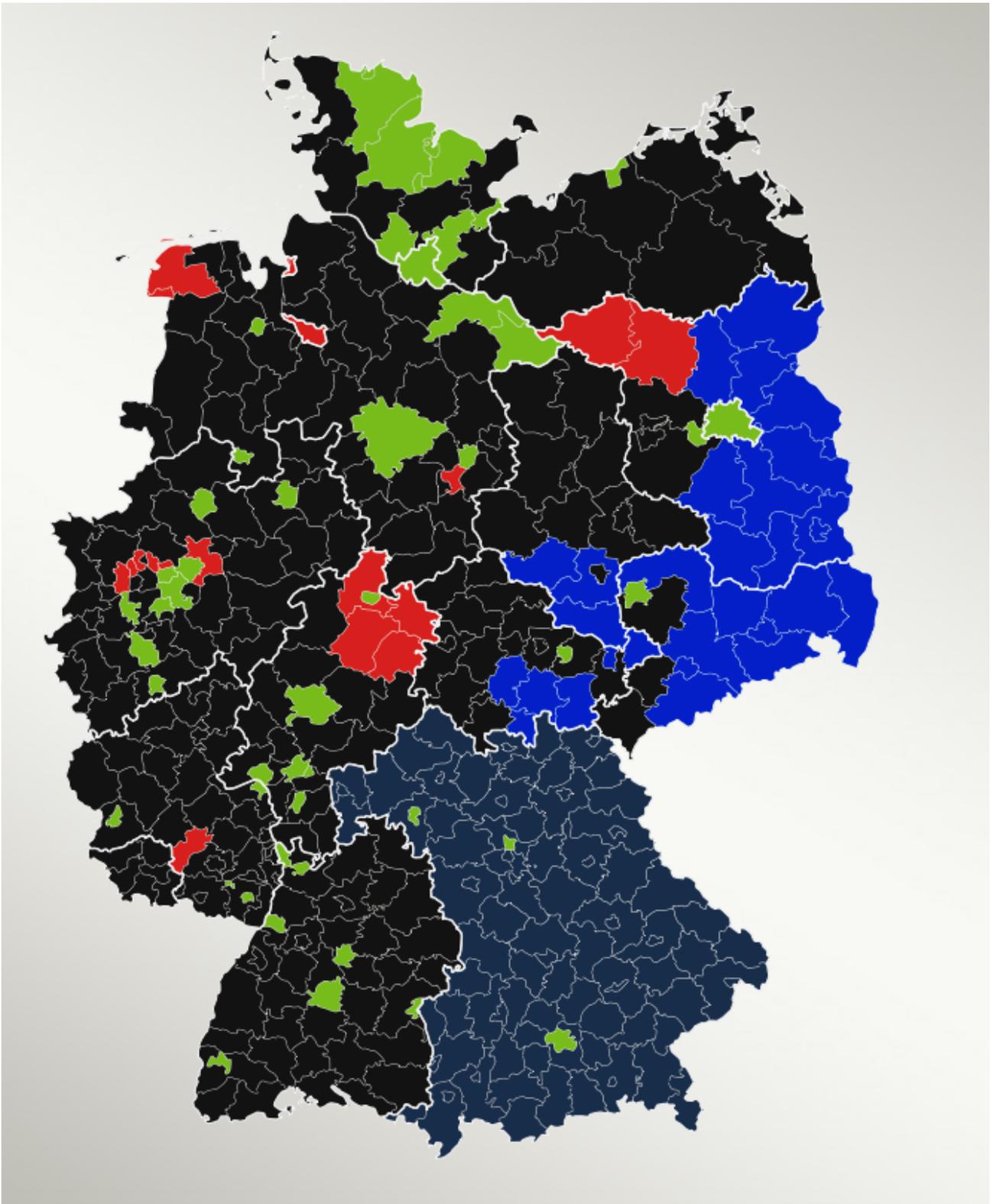
**Weitere UnterzeichnerInnen:**

Matthias Eichner	Sozialistische Linke Sachsen
Heiderose Gläß	Liebknecht-Kreis Sachsen
Hans Jürgen Karger	Sozialistische Linke Sachsen
Sonja Karger	Liebknecht-Kreis Sachsen
Peter Kepsch	AG Frieden und internationale Politik
Marianne Küng-Vildebrand	Liebknecht-Kreis Sachsen
Dr. Helga Lemme	LAG Frieden und internationale Politik
Felix Muster	Sozialistische Linke Sachsen
Annet Posselt	Liebknecht-Kreis Sachsen/ Sozialistische Linke Sachsen
Dr. Dietmar G. Rode	Liebknecht-Kreis Sachsen
Elisabeth Schällebaum	Sozialistische Linke Sachsen
Lars Stöckner	Sozialistische Linke Sachsen
Andreas Storch	Liebknecht-Kreis Sachsen/ Sozialistische Linke Sachsen
Frank Peter Zucker	Liebknecht-Kreis Sachsen

**Horst Kahrs: Die Wahl zum Europäischen Parlament in Deutschland am 26. Mai 2019 (Auszüge)**

**Prozente und Mandate**

Übersicht: vorl. Ergebnis EP-Wahl 2019 in Deutschland						
	EP-Wahl 2014	EP-Wahl 2019	Veränderungen			
	Stimmenanteil (%)	Sitze	Stimmenanteil (%)	Sitze	Stimmenanteil (%)	Sitze
CDU	30,0	29	22,6	23	-7,4	-6
SPD	27,3	27	15,8	16	-11,5	-11
GRÜNE	10,7	11	20,5	21	9,8	10
FDP	3,4	3	5,4	5	2,0	2
DIE LINKE	7,4	7	5,5	5	-1,9	-2
CSU	5,3	5	6,3	6	1,0	1
AfD	7,1	7	11,0	11	3,9	4
Freie Wähler	1,5	1	2,2	2	0,7	1
Tierschutzpartei	1,2	1	1,4	1	0,2	0
FAMILIE	0,7	1	0,7	1	0,0	0
PIRATEN	1,4	1	0,7	1	-0,7	0
ÖDP	0,6	1	1,0	1	0,4	0
NPD	1,0	1	0,3	0	-0,7	-1
Die PARTEI	0,6	1	2,4	2	1,8	1
Volt			0,7	1	0,7	1



### **Wahlbeteiligung, Gewinner, Verlierer – eine erste Bewertung**

Die deutlich gestiegene Wahlbeteiligung spricht für eine seit 2016 anhaltende Politisierung in der deutschen Gesellschaft und eine Verschärfung der gesellschaftlichen und politischen Konflikte. Ausweislich der Wahltagsbefragungen geht der Anstieg der Wahlbeteiligung mit einem gewachsenen Interesse an der EU, an europäischer Politik und dem Wunsch nach stärkerer Zusammenarbeit in Europa einher. Die Beteiligung erreicht wieder ein Niveau wie bei den ersten vier Wahlen zum Europäischen Parlament.

Die **Umwälzung des deutschen Parteiensystems** setzt sich in verschiedener Gestalt fort. Die Zahl der aus Deutschland ins europäische Parlamente Abgeordnete entsendenden Parteien hat sich dank der fehlenden Sperrklausel nochmals erhöht und spricht für eine anhaltende Fragmentierung der politischen Interessenlagen. Von Volksparteien im Sinne der alten Bundesrepublik zu sprechen, hat sich angesichts der erneuten Verluste der SPD und auch der Union wohl endgültig überholt. Sie werden weiter zerrieben in einer neuen politischen Großwetterlage, in der die Bürgerinnen und Bürger sich in Massen neu orientieren: Große Themen wie Klimawandel, die Rolle der EU in einer sich plötzlich umstülpenden globalen Ordnung, die technologisch getriebenen Veränderungen in der Arbeits- und Lebensweise und die völlig ungelösten Probleme von Bevölkerungswachstum, Klimafolgen und gewaltsamen Auseinandersetzungen, an den europäischen Außengrenzen in Gestalt von Flüchtlingen präsent, bestimmen die Sichten auf die Welt, in der Wahlentscheidungen immer wieder neu überprüft werden.

Die **Grünen** sind die großen Gewinner des Wahltages, sowohl bei der Wahl zum Europäischen Parlament als auch in der Bremischen Bürgerschaft. Dort wird ohne sie wohl keine Regierung gebildet werden können... Erstmals erreichen sie bei einer bundesweiten Wahl mehr ein Fünftel der Stimmen. Sie verdanken dies ihre Rolle als Gegenpart der AfD, und zwar sowohl bei der Themensetzung als auch bei den Werten und Normen, die die Gesellschaft bestimmen sollen. Sie verdanken dies auch der Schwäche der anderen Parteien, insbesondere SPD, Union und Linkspartei, denen aus unterschiedlichen Gründen nicht zugetraut wird, in diesen Fragen eine konsequente und zugleich durchsetzungsorientierte Position zu vertreten.

Die **AfD** gehört ebenfalls zu den Gewinnern, allerdings in einem spezifischen Sinn. Sie wird gestärkt ins Europa-Parlament einziehen und dort einer Fraktion angehören, die vermutlich einiges Aufsehen erregen wird, auch wenn sie sich über Fragen wie Finanzhilfen für Italien zerstreiten dürfte, wenn die AfD ihren Prinzipien treu bleibt. Zu den Erfolgen der AfD zählt, dass sie in etlichen ostdeutschen Landkreisen mit Stimmenanteilen von gut einem Fünftel und bis zu einem Drittel zur stärksten Partei gewählt wurde. Im Land Brandenburg wurde sie mit nicht einmal 20% zur landesweit stärksten Partei dank einer weitgehenden Fragmentierung des Parteiensystems in fünf mittlere Parteien und fast einem Sechstel der Stimmen für sonstige Parteien. Ein Sachsen erreichte sie mit einem Viertel der Stimmen ebenfalls den ersten Platz. Die Rolle der stärksten Partei geht in der Regel nicht mit einer Ausweitung der Stimmenzahl für die AfD einher. In Sachsen lag sie um 1,7%punkte, in Brandenburg um 0,3%punkte unter dem Stimmenanteil bei der Bundestagswahl. Die Partei zählt bundesweit nicht zu den Gewinnern insoweit, dass sie hinter dem Ergebnis der Bundestagswahl zurückgeblieben ist und der Nimbus eines unaufhaltsamen Aufstiegs im Westen der Republik vorerst gebrochen ist. Möglich wurde dies durch eine breite Gegenmobilisierung der anderen Parteien, die auf die Angst vor einem Erstarren der Nationalisten setzte.

Eine kleine Gewinnerin des Wahlabends ist auch die **CSU**. Unter ihrem neuen Parteivorsitzenden Markus Söder ist ihr, in Verbindung mit einem Strategiewechsel gegenüber der AfD einerseits und in der Europapolitik andererseits wohl auch dank des EVP-Spitzenkandidaten aus der eigenen Partei eine Verbesserung gegenüber der Vorwahl und der Bundestagswahl gelungen.

Die große Schwesterpartei **CDU** zählt zu den Verlierern. Die Niederlage wird für die neue Parteivorsitzende Annegret Kramp-Karrenbauer durch den Wahlerfolg in Bremen etwas abgemildert. Allerdings dürften sich in der Partei die Debatten verschärfen, ob sie nicht dem-nächst Angela Merkel ablösen sollte, die allerdings auch unter CDU-Anhängern als die bessere Kanzlerin betrachtet wird. Auch dürfte der Ruf nach einem Mann als Kanzlerkandidat wieder stärker werden...

Die **Linke** geht erstmals in ihrer Geschichte als Linkspartei mit einer fünf vor dem Komma aus einer bundesweiten Wahl hervor. Hierfür gibt es mehrere Gründe. Ein Grund dürfte die für viele unklare Haltung gegenüber der Europäischen Union und ihrer Reformierbarkeit sein, so dass der Wahlslogan "Macht Europa sozial" politisch in der Luft hing. Ein zweiter Grund ist die traditionell niedrigere Mobilisierungsfähigkeit der Partei bei europäischen Wahlen im Vergleich zur Bundestagswahl. Und ein dritter Grund ist in der Vielzahl konkurrierender kleinerer Parteien zu finden, die für Wähler der Linken bei einer fehlenden Sperrklausel ebenfalls wählbar sind. Die Wahlschlappe wird zwar überdeckt durch den Wahlerfolg in Bremen, dürfte gleichwohl aber mit Blick auf die kommenden Vorstandswahlen in Fraktion und Partei die innerparteilichen Debatten um die strategische Ausrichtung wieder neu beleben.

Die große Verliererin des Wahlabends ist die **SPD**. Erstmals landet sie bei einer bundesweiten Wahl unter der 20%-Marke und das auch noch überaus deutlich. Vordergründig scheint das Vorhaben von Andrea Nahles gescheitert, durch gute sozialdemokratische Sacharbeit in der Regierung die Erneuerung der Partei zu befördern. Auch erscheint vielen fraglich, ob sie mit ihrem erworbenen "Bätschi"-Image jemals noch zu einer sympathischen politischen Persönlichkeit und Parteivorsitzenden werden können, zumal sich auch im Zusammenhang mit der Niederlage in Bremen die altbekannten Rituale wiederholen werden, die grundsätzlichen Probleme der Partei durch einen Personalwechsel kaschieren zu wollen. Die SPD hat erkennbar mindestens eine jüngere politische Generation an die Grünen verloren. Ihr fehlt es an einem kantigen, d.h. erkennbaren politischem Profil, zu dem mehr gehören würde als gute Noten für einzelne sozialpolitische Maßnahmen. Ihre fehlende strategische Ausrichtung demonstriert Olaf Scholz, wenn er auf EU-Ebene Maßnahmen zur höheren Besteuerung von Großkonzernen blockiert und angesichts hinter den Erwartungen zurückbleibender Steuereinnahmen verkündet, dass die fetten Jahre vorbei seien – von denen viele potentielle sozialdemokratische Wähler recht eigentlich gar nichts abbekommen haben. Hinzu kommt die Mutlosigkeit, sich auf gesellschaftspolitische Debatten über notwendige neue Entwicklungspfade einzulassen, geschweige denn, sie anzuführen.

Das Wahlergebnis in Deutschland trägt dazu bei, die rechten Kräfte in der EU zu stärken und die Linken zu schwächen. Gleichzeitig verstärkt es die politische Fragmentierung (in Deutschland standen 41 Parteien und sonstige Vereinigungen zur Wahl, EU-weit über 300) und damit die Notwendigkeit, neue Parteienbündnisse zu bilden. Damit werden die Veränderungen in den Parteiensystemen neue Nahrung erhalten zumal es zu den Zeichen der unübersichtlichen Zeiten gehört, dass die Wählerinnen und Wähler kritisch auf die Parteien schauen und dauerhafte Bindungen scheuen. Der Umbau zu einem Mehrparteiensystem mit mehreren Parteien mittlerer Größe hat sich fortgesetzt. Vielfach reichten etwas mehr als 20% der Stimmen, um in einem Kreis zur stärksten Partei zu werden.

### **Ein erster Kommentar**

Im Vorfeld wurde die Wahl zum Europäischen Parlament zu einer "Schicksalswahl" ausgerufen (1). Die darauf aufbauenden Wahlstrategien gingen an wesentlichen Grundstimmungen in der Gesellschaft vorbei, die sich am ehesten als verallgemeinerter »Zweifel« begreifen lassen (2). Die Orientierung auf die EU als "Bollwerk gegen Nationalismus" verdeckte, dass viele Bürgerinnen und Bürger weit mehr von der EU erwarten. Von diesen Erwartungen konnten vor allem die Grünen profitieren (3). Der Wahlkampf der Parteien thematisierte eine wachsende "Spaltung", wo eher von verschärften gesellschaftlichen und politischen Konflikten zu reden gewesen wäre, die jedoch nicht angemessen repräsentiert wurden. Die Bürgerinnen und Bürger wollten mehr als die Parteien aus Sorge vor Zuspitzungen bereit waren zu geben. Die politische Öffentlichkeit der Gesellschaft hat zudem neue Wege jenseits der von Parteien dominierten Öffentlichkeit gefunden (4). In der gestiegenen Wahlbeteiligung und dem relativ schlechten Abschneiden der Nationalisten in Deutschland drückt sich weniger eine Zustimmung zum Agieren der gewählten Parteien aus als vielmehr ein Vertrauensverlust, eine neue Chance. Die Parteien bilden die politischen Stimmungen und Haltungen in der Gesellschaft nur unzureichend ab (5). Linke Parteien in Deutschland können von einer veränderten gesellschaftlichen Stimmung nicht profitieren. Sie stecken mitten im Prozess der inhaltlich-strategischen Neu-Erfindung (6).

(1) Die Europa-Wahl 2019 wurde in Deutschland vielfach als "Schicksalswahl" charakterisiert. Die Zukunft Europas stünde auf dem Spiel. "Europa" werde bedroht von Nationalisten und Rechtspopulisten bzw. von Populisten, stünde einem "Ansturm der Populisten und Extremisten" von rechts und links gegenüber. Gemeint war damit, dass es voraussichtlich im neuen Europäischen Parlament keine absolute Mehrheit aus Christ- und Sozialdemokraten geben und ein über vier Jahrzehnte bewährtes politisches Regulierungsmodell ausgedient haben würde. Neue stabile Mehrheiten würden wohl nur unter dauerhaftem Einschluss der Liberalen möglich sein. Im deutschen Wahlkampf wurden sie, unter Einschluss der Grünen, oft als "die proeuropäischen Parteien" bezeichnet.

Europa als Bollwerk gegen den Nationalismus verteidigen, die Angst vor dem Erstarken der nationalistischen und autoritären Kräfte mobilisieren, das war – in unterschiedlichem Maße – Teil der Wahlkampfstrategie aller im Bundestag vertretenen Parteien außer der AfD. Deren Schüren von Ängsten und Ressentiments wurde mit dem Anrufen von Gegenängsten vor Nationalismus und

EU-Zerfall nicht ohne Erfolg beantwortet. Diese diskursive Rahmung des Wahlkampfes und der Berichterstattung verdeckte zugleich die seit 2014 fundamental veränderten Bedingungen, unter denen nicht nur in Deutschland die Wählerinnen und Wähler die Europäische Union wahrnahmen und eine Entscheidung trafen.

(2) Eine, vielleicht die allgemein verbreitete Grundstimmung lässt sich auf einen Begriff bringen: Zweifel. Zweifel, dass die EU so wie sie ist, in einem guten Zustand ist; Zweifel vor allem an der Fähigkeit der Europäischen Union und der sie letztlich regierenden Nationalregierungen, im Sinne eines europäischen Gemeinnsinns kooperieren und Entscheidungen in gebotener Zeit herbeiführen zu können, also den Status Quo in einem positiven Sinn überwinden zu können. Die Zweifel betreffen die Grundfesten der EU, ihr Versprechen von »Sicherheit und Wohlstand in Freiheit«. Und in Deutschland die beiden Parteien, die wie keine anderen für die europäische Politik Deutschlands stehen: CDU und SPD.

Der Umgang mit der "Griechenland-Krise" nach der Parlamentswahl 2014, die Politik der Memoranden, demonstrierte die Grenzen der europäischen Union als Solidargemeinschaft: keine gemeinsame europäische Lösung für die zugrundeliegende Finanz- und Bankenkrise. Spiegelbildlich wiederholte sich diese Erfahrung in der Krise der Flüchtlingspolitik 2015/2016. Mit dem "Brexit"-Votum blamierte sich die Vorstellung, dass der Weg der europäischen Integration unumkehrbar sei. Die Politik des neuen US-Präsidenten Trump förderte einerseits den "Unsere Leute zuerst"-Nationalismus und zerstörte zugleich das europäische Grundvertrauen, dass auf das US-amerikanische Sicherheitsversprechen unbedingter Verlass sei. Die Weltordnung ist erneut aus den Fugen, unversehens findet man sich in einem globalen Wirtschaftskrieg um die Vorherrschaft über die Neuen Technologien wieder. Die Erwartungen, die sich auf stärkeren Zusammenhalt und auf eine größere Handlungsmacht der Europäischen Union richten, gegenüber anderen globalen Mächten wie gegenüber wirtschaftlicher Macht, stiegen und wurden gleichzeitig enttäuscht. Symptomatisch für die wachsende Kluft zwischen Erwartungen und Wirklichkeit steht dafür in einigen europäischen Ländern und unter jungen Menschen die Klimapolitik, die teilweise mehrheitlich als dominierendes europäisches Anliegen von befragten Bürgerinnen und Bürgern genannt wurde; oder auch die ausbleibende Besteuerung der großen (Digital-)Konzerne, woran ein deutscher Finanzminister der Sozialdemokratie nicht unschuldig ist.

(3) Mehr oder weniger ausgeprägt bilden die über entstandenen Wahrnehmungen zum Zustand der EU in einer veränderten Welt einen gemeinsamen Nährboden für die aktuellen politischen Auseinandersetzungen. Während die einen aus der mangelnden Fähigkeit zur Kooperation in Vielfalt als Konsequenz mehr "Souveränität" für Volk und Nation fordern, werben andere für einen großen Schritt nach vorn, für neue europäische Institutionen (Steuern, Arbeitslosenversicherung, Mindestlöhne u.a.m.). Pragmatismus geben die ehemals dominierenden Kräfte der Christ- und Sozialdemokratie als ihre Methode aus, was in der Praxis hierzulande oftmals bedeutet, auf die Notwendigkeit europäischer Lösungen zu verweisen, sie aber gerade durch das Pochen auf "unser (!) Europa" zu blockieren.

Die Verschärfung der gesellschaftlichen Konflikte wurde versucht als wachsende Spaltung zwischen Pro- und Anti-Europäer einzuhegen. Damit wurden die politischen Debatten und Konflikte erstickt. Skepsis gegenüber der EU, die sich auf ihre reale Ausgestaltung bezog, geriet in den Verdacht, antieuropäisch zu sein. Übersehen wurde dabei, dass nahezu die Hälfte dieser Skeptiker von der EU – und nicht von ihrem Nationalstaat – mehr sozialen Schutz erwartete, also den Ausbau der sozialen Säule. Mehr als ein Drittel der deutschen Befragten würde für weniger wirtschaftliche Ungleichheit auch vom eigenen volkswirtschaftlichen Wohlstand abgeben wollen. Die unterschiedlichen Vorstellungen zur Weiterentwicklung der EU fanden in diesem Wahlkampf nur unzureichend eine Öffentlichkeit. Hier öffnet sich eine respektable Repräsentationslücke. Mit den Grünen war eine Partei erfolgreich, die erstens für das Thema steht, welches für knapp die Hälfte der Befragten eine entscheidende Rolle bei der Wahlentscheidung spielte (Klima- und Umweltschutz), die zweitens für den Zustand der europäischen Politik nicht verantwortlich gemacht wird und die drittens mit einem moderierenden, sachorientierten Politikstil wahrgenommen wird.

(4) Allen "proeuropäischen" Parteien in Deutschland war gemein, dass sie Dinge versprachen, von denen sie glaubten, dass sie ihren potentiellen Wählerinnen und Wählern am Herzen lägen. Worum es in Zeiten des Zweifels an der EU hätte gehen müssen, darüber schwiegen sie recht laut: Wie kann es mehr Zusammenarbeit geben, etwa mit den osteuropäischen Regierungen? Wie ist

eine bessere, vertiefte europäische Kooperation, die in Deutschland von einer großen Mehrheit gewollt wird, vorstellbar und erreichbar, was heißt das für die deutsche Politik, die Rolle Deutschlands in Europa? Und was bedeutet das für einzelne Politikfelder?

Die Zweifel, und das ist entscheidend, wurzeln beileibe nicht in Ängsten, sie wurzeln mehr noch in Erfahrung und Wissen: im Wissen um die wissenschaftlich gesicherten Erkenntnisse zum Klimawandel, im Wissen um die anhaltenden Fluchtursachen in Afrika, im Wissen um die die nationalstaatliche Souveränität untergrabende Macht der transnationalen Konzerne und Rating-Agenturen. Die Zweifel wachsen aus der Realität bzw. aus dem rationalen, nicht dem irrationalen Blick auf das, was ist und sein müsste. Das Beharren auf dem Stand der Wissenschaft in Sachen Klima und nicht Ängste und Ressentiments zeichnet die emotionale Stärke von Fridaysforfuture aus. Die Zweifel wurzeln im Wissen um die grundlegenden Veränderungen, die mit den neuen Technologien Beruf und Einkommen, der Arbeits- und Lebensweise bevorstehen. (Dank Rezo dürfte dieses Wissen jetzt auch das Konrad-Adenauer-Haus erreicht haben.) Manchmal äußert sich das Wissen über die Weltlage in Form des Unbehagens und der Hilflosigkeit, etwa wenn es kaum jemand auf direkte Nachfrage für vereinbar mit den "europäischen Werten" hält, Menschen im Mittelmeer ertrinken zu lassen oder in libysche Lager zurückzuschicken oder unter unmenschlichen Umständen zur Abschreckung auf griechischen Inseln festzusetzen, aber auch nicht sagen kann, wie eine humane Lösung aussehen sollte.

So gesehen, haben die im Bundestag vertretenen Parteien in Deutschland die Bürgerinnen und Bürger im Wahlkampf systematisch unterfordert. Es mangelte nicht an Bekenntnissen zur Bedeutung von "Europa" oder von bestimmten Politikfeldern. Etwa dass Europa sozialer werden muss, ist eine über Parteigrenzen hinweg verbreitete Erkenntnis. Entscheidend ist hier wie auf anderen Feldern: Wie? Was kann möglich gemacht werden? Welche Anstrengungen werden die Parteien und die nationalen Regierungen unternehmen? (Wäre es nicht naheliegend, mit dem Europäischen Parlament auch über eine nationale Regierung – statt der Kreistage – als zweitem und entscheidenden Player in Europa) abzustimmen? "Es nützt nicht viel, wenn man für Europa ist, aber nicht ausführt, wie dieses Europa aussehen soll. Konkreter zu sagen, welchen Projekten, möglicherweise auch Zumutungen sich die EU stellen muss (...) bleibt die Aufgabe." (Giovanni di Lorenzo, ZEIT, 23.5.2019) Vermutlich ist es schlimmer. Fallen die Bekenntnisse, etwa in der Klimapolitik als aktuelles Beispiel, doch seit fast zwei Jahrzehnten recht gleichlautend aus ohne dass sich an der relativen Untätigkeit etwas geändert hätte. Ein Teil der nachwachsenden Generation ist nicht mehr bereit, das hinzunehmen und fordert endlich der Dramatik angemessene Taten. In der Gesellschaft ist etwas in Bewegung geraten, was dem Parteiensystem einerseits eine neue Chance gibt, andererseits schnell in Zorn umschlagen kann, wenn keine angemessene Repräsentation erfolgt.

(5) Die gestiegene Wahlbeteiligung und die relative Stärke der "proeuropäischen" Parteien von Mitte-rechts bis links zeugen vom wieder entflammten politischen Interesse unter den Wahlberechtigten. Sie haben damit einen Vertrauenscredit vergeben. Allerdings hat der Kredit eine kurze Laufzeit. Ihre gemeinsame Botschaft lautet: Angesichts der Größe der Aufgaben tut mehr europäische Zusammenarbeit not, und zwar eher heute als morgen.

Dabei zeigt sich dank der fehlenden Sperrklausel in Deutschland, wie fragmentiert die politischen Interessen und Anliegen sind. Diesen Eigensinn der Bürgerinnen und Bürger bei ihren Wahlentscheidungen erleben nicht nur die beiden alten Volksparteien. Deren vermeintliche Fähigkeit, Interessen zu bündeln, gründete ohnehin auf einem gefühlten Vertrauensvorschuss der Wählenden, der ihnen durch Wahlempfehlungen etwa von Gewerkschaften einerseits und Kirchen andererseits vermittelt wurde.

Die anlässlich der Wahlen zum Europäischen Parlament sichtbar werdende Fragmentierung der politischen Landschaft stellt die im Bundestag vertretenen Parteien vor die Aufgabe, politische Interessen und Anliegen auf neue Art und Weise zu bündeln. Es geht darum, in viel stärkerem Maße politische Richtungen und die zur Verfügung stehenden Instrumente zur Umsetzung von kleinen und großen Schritten in diese Richtung deutlich zu machen.

(6) Obwohl mit Soziales und Frieden bei den interessierten Bürgerinnen und Bürgern zwei Themen große Bedeutung hatten, die eher mit linken Parteien verbunden werden, und Klima- und Umweltschutz keine Themen sind, die sich gegen linke Parteien richten und das Thema Zuwanderung weiter nach hinten rückte, konnten weder SPD noch DIE LINKE von dieser Stimmung profitieren.

Bei der Suche nach Gründen für die Sozialdemokratie könnte man auf ein anhaltendes Glaubwürdigkeitsproblem verweisen: Zwar kehrt sie in der Regierungsarbeit in Berlin wieder soziale Themen heraus, doch lässt sie nicht erkennen, dass sie auch bereit wäre, diese Versprechen durch verteilungspolitische Eingriffe und eine andere Finanzpolitik zu erfüllen. So lange handelt es sich um Schönwetterversprechen. Wenn der sozialdemokratische Finanzminister verkündet, dass die "fetten Jahre" vorbei sind, so signalisiert das einer Reihe von potentiellen SPD-Wählerinnen, die in den letzten zehn Jahren nur mühsam über die Runde kamen, nichts Gutes. Durch personelle Wechsel lässt sich dieses strategische Problem nicht lösen.

Für die Partei DIE LINKE ließe sich angesichts der innerparteilichen Auseinandersetzungen gerade auch in der Europa-Frage ähnlich argumentieren. Wenn politische Richtungswechsel auf der Basis der bestehenden Verträge nicht möglich sein sollen und erst die Verträge neu verhandelt werden müssen, wird die Durchsetzbarkeit linker Forderungen noch fraglicher, denn woher sollten Mehrheiten für eine Neuverhandlung kommen? Indes griffe auch diese Argumentation wie diejenige zur Glaubwürdigkeit der Sozialdemokratie zu kurz. Zweifel und Unbehagen haben für Teile der Gesellschaft viel damit zu tun, dass der real existierende Kapitalismus die vorhandenen Probleme, die vom immer noch existierenden Hunger in der Welt bis zur gerechten Verteilung der Wohlstandsgewinne reichen, nicht in einer positiven Weise bearbeitet, sondern sie verschärft und bei ihrer Bewältigung scheitert. Vertraut wird weder auf freiwillige Selbstverpflichtungen noch auf die alleinige Macht der Konsumenten, sondern es besteht Bedarf nach neuen gesellschaftlichen Institutionen und Strukturen, die verpflichtend für alle sind und zugleich dem Individuum verantwortliches Alltagshandeln, etwa bei Klima und fairen Produkten, erleichtert. Bedarf besteht an politischen Konflikten in großen Fragen. Bedarf besteht an politischen Entwürfen, die mehr sind als eine Addition kleiner Schritte und weniger als die Systemfrage. Oder um es mit dem Wissenschaftlichen Beirat der Bundesregierung für Globale Umweltveränderungen (WBGU) zu sagen: eine offensive Gestaltung der "Großen Transformation zur Nachhaltigkeit".

## **Gerd Wiegel: Die Rechte im Aufwind. Ergebnisse ausgewählter Rechtsparteien bei den EP-Wahlen 2019**

Die modernisierte radikale Rechte in Europa geht gestärkt aus den EP-Wahlen 2019 hervor. In Italien und Frankreich, zwei Gründungsländern der EU (EWG), sind Parteien dieses Typs zur stärksten Kraft geworden bzw. konnten diese Position behaupten. In Polen und Ungarn, wo die radikale Rechte Alleinregierungen stellt, konnten diese Parteien ihre Dominanz ausbauen. Die erst vor wenigen Monaten gegründete Brexit-Partei von Nigel Farage hat vor dem spezifischen Hintergrund der Situation in Großbritannien einen erdrutschartigen Sieg erzielt. Damit sind in den vier bevölkerungsreichsten EU-Staaten nach Deutschland (inhaltlich unterschiedliche) Parteien der modernisierten radikalen Rechten zu stärksten Kräften bei der Wahl zum Europäischen Parlament geworden.

In Deutschland ist die AfD von 7 Prozent auf 11 Prozent gewachsen. Vor dem Hintergrund, dass der Parteivorsitzende Meuthen noch im Dezember von einem Ergebnis um die 20 Prozent träumte, ist das Resultat als bescheidener Erfolg zu bewerten, der zeigt, dass sich die Erfolgskurve abflacht. Bei der Landtagswahl in Bremen wurde mit 6,9 Prozent bei einem Gewinn von 1,4 Prozent ebenfalls ein nur bescheidener Erfolg gefeiert. Der Blick auf die Ergebnisse in Ostdeutschland bewahrt jedoch vor einem zu frühen Abgesang: In Brandenburg (19,9 %) und Sachsen (25,3 %) ist die AfD vor der Union zur stärksten Kraft geworden und in Thüringen, Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern belegt sie jeweils Platz zwei (vgl. ausführlich die Wahlanalyse von Horst Kahrs).

Trotz des Ibiza-Skandals konnte die FPÖ ihr Ergebnis bei einem Verlust von zwei Prozent knapp halten. Das zeigt, dass die ideologische Bindung der Wählerinnen und Wählern der Partei so groß ist, dass sie auch einen solchen Skandal (vorerst) ohne massive Einbrüche überstehen kann. Am FPÖ-Beispiel wird auch deutlich, dass die modernisierte radikale Rechte zu einem fest verankerten Faktor der europäischen Politik geworden ist. Niederlagen und Verlusten in einzelnen Ländern stehen Zugewinne und Comebacks in anderen Ländern gegenüber.

So haben etwa die Dänische Volkspartei und auch die Wilders-Partei „Partei für die Freiheit“ in den Niederlanden deutliche Verluste hinnehmen müssen. Auch die neofaschistische „Goldene Morgenröte“ aus Griechenland hat ihr Ergebnis halbiert. Demgegenüber erlebte der Vlaams Belang in Belgien ein Comeback und konnte sein Ergebnis deutlich verbessern, ebenso die Schwedendemokraten. In einigen Ländern ist die Rechte auf mehrere Parteien aufgesplittet.

In Belgien hat die bis Dezember 2018 an der Regierung beteiligte eher neoliberal ausgerichtete NVA Stimmen an den Vlaams Belang verloren, die sie zuvor von dort gewonnen hatte. In Ungarn hat die FIDEZ von Viktor Orban die früher neofaschistische Jobbik-Partei inzwischen rechts überholt, was zu Verlusten bei Jobbik führt. In Italien gibt es neben der Lega im neofaschistischen Spektrum noch die Fratelli d'Italia, die die radikale Rechte im Land weiter stärkt

Die vollmündige Ankündigung von Lega-Chef Salvini, man werde Europas Geschichte verändern, ist angesichts der Gesamtstärke der europäischen Rechten weit weniger vermessen als in den Kommentierungen der vorläufigen Ergebnisse dargestellt. Die Politik der EU orientiert sich in den letzten Jahren klar am Aufstieg der radikalen Rechten in Europa und auch in zahlreichen EU-Staaten hat sich die politische Achse eindeutig nach rechts verschoben. Allerdings wird es dieser Rechten nur schwer gelingen, ihr Gesamtgewicht in Europa auf einer Waagschale zu bündeln. Das von Salvini und Le Pen geschmiedete Bündnis hat zwar deutlich zugelegt, unklar ist aber, wen man noch für eine Zusammenarbeit gewinnen kann, um zu einer tatsächlichen Kräfteverschiebung des EP nach Rechtsaußen zu kommen. Nicht zu erwarten ist etwa, dass sich Farage mit seiner Brexit-Partei diesem Bündnis anschließt.

Land	Partei	EP-Wahl 2019, Sitze in () <sup>1</sup>	EP-Wahl 2014, Sitze in () <sup>1</sup>	EP- Fraktion	Letztes nat. Ergebnis	Regier- ungs- beteili- gung
Belgien	Vlaams Belang	11,5 % (3)	4,1 % (1)	ENF	3,7 (2014)	nein
	NVA	13,5 (3)	26,6 % (4)	ECR	20,3 (2014)	Bis Dez. 2018
Dänemark	DF	10,7 % (1)	26,6 % (4)	ECR	21,1 (2015)	ja
Deutsch- land	AfD	11,0 % (11)	7,0 % (7)	EFDD	12,6 (2017)	nein
Finnland	Die Finnen	13,8 % (2)	12,9 % (2)	ECR	17,5 (2019)	offen
Frankreich	FN / RN	23,3 % (22)	24,9 % (24)	ENF	13,2 (2017)	nein
Griechen- land	Goldene Morgen- röte	4,8 % (2)	9,4 % (3)	fraktionslos	6,3 (2015)	nein
Groß- britannien	UKIP	3,6 %	26,7 % (24)	EFDD	1,8 (2015)	nein
Italien	Lega	34,3 % (28)	6,2 % (5)	ENF	17,4 (2018)	ja
	Fratelli d'Italia	6,5 % (5)	3,7 %		4,4 (2018)	nein
Nieder- lande	PVV	3,5 %	13,3 % (4)	ENF	13,1 (2017)	nein
	FvD	10,9 % (3)			1,8 % (2017)	nein
Österreich	FPÖ	17,2 % (3)	19,7 % (4)	ENF	26,0 (2017)	Bis Mai 2019
Polen	PiS	45,6 % (23)	31,8 % (18)	ECR	37,6 (2015)	ja

## **Katja Kipping: Das Warnsignal ernst nehmen. Erklärung im Parteivorstand nach den Wahlen am 26. Mai 2019**

Die Wahlen am 26. Mai sind für uns ein Warnsignal, das wir ernst nehmen müssen. Bei einem Wahlergebnis von 5,5 Prozent müssen wir unsere Strategie und Haltung überprüfen. Wenn unsere Wählerinnen und Wähler glauben, dass ihre Stimme für uns vielleicht richtig, aber irrelevant ist, weil die LINKE nichts verändern kann, dann stagnieren oder wir verlieren. Das ist bei den Europawahlen geschehen.

Die Wahl zur Bremer Bürgerschaft hingegen hat gezeigt, wie wir zulegen können. In Bremen war eine Stimme für die LINKE eine Stimme der aktiven Veränderung. In Bremen hat die LINKE von Anfang an klargemacht, dass sie bereit ist, ihr gutes Programm auch in einer Regierung umzusetzen.

Sie war nah dran an den Alltagssorgen in den Stadtteilen und hat zudem den Mut ausgestrahlt, die Stadt verändern zu wollen. Das hat die LINKE attraktiv gemacht.

Die starke Differenz zwischen Europawahl und Bremer Wahl lässt sich auch nicht dadurch erklären, dass wir in Städten generell besser abschneiden. Immerhin haben uns in Bremen deutlich mehr Menschen bei den Bürgerschaftswahlen als bei den Wahlen zum EP gewählt.

### **GroKo ist jetzt Mikro**

Die einst großen Volksparteien sind die großen Verliererinnen der Europawahl. Die GroKo ist jetzt nur noch Mikro. Das wird Auswirkungen haben. Die Parteien stellen sich jetzt auf die ersten Bundestagswahlen nach Angela Merkel ein, wobei die CDU unter AKK nach rechts rückt.

Welche Konsequenzen die SPD aus ihren Verlusten zieht, ist noch offen. Klar ist, dass sie keine Zukunft in einer GroKo hat. Die Frage ist nur noch, welche Regierung kommt danach?

Ich meine, egal ob GroKo, Schwarz-Grün oder Jamaika, eine Regierung mit der Union wird sich weder ernsthaft den Zukunftsfragen stellen, noch die soziale Spaltung überwinden. Insofern braucht es Regierungsmehrheiten links der Union.

Wir als LINKE müssen dazu beitragen, dass bei den nächsten Bundestagswahlen eine Entscheidungssituation entsteht, in der SPD und Grüne Farbe bekennen müssen: Gehen sie nach links oder gehen sie nach rechts. Das klingt verwegen, aber das ist der Weg, den wir gehen müssen.

### **Neue gesellschaftliche Dynamik**

Die neue gesellschaftliche Dynamik kann uns beim Kampf um neue linke Mehrheiten in die Hände spielen. Nachdem jahrelang rechte Provokationen die Debatte dominierten, stehen nun progressive Themen im Mittelpunkt, wie Klimaschutz oder Vergesellschaftung. Etwas Neues kann beginnen, etwas Neues, das aus der Gesellschaft selbst kommt.

Dies ist den neuen Bürger\*innenprotesten zu verdanken. Sei es der Klimastreik, die Seenotrettung oder die zahlreichen Mieter\*inneninitiativen.

Diese Initiativen fordern eine radikale Umkehr. Sie fordern eine Politik, die etwas ändert und anpackt. Für uns heißt das: Aus linken Ideen müssen linke Lösungen werden. Wir müssen die Dringlichkeit dieser Zeit in eine dringliche Politik der Veränderung übersetzen.

### **Glaubhafte Aussicht auf wirkliche Verbesserung**

Die extreme Rechte geht leider gestärkt aus den Europawahlen. In einer Vielzahl von Gesprächen in Plattenbaugebieten, vor JobCentern, im Wahlkampf ist in mir eine Überzeugung gereift: Wenn wir den Rechtsruck nachhaltig aufhalten wollen, braucht es die glaubhafte Aussicht auf wirkliche Verbesserung.

Kurzum, dieses Land braucht einen Kurswechsel hin zu einer Linksregierung, die die Mitte deutlich besser stellt und alle vor Armut schützt,

- die allen Arbeit garantiert, die zum Leben passt,
- die mit Klimaschutz und Friedenspolitik sicherstellt, dass wir alle eine Zukunft auf dem Planeten haben.

### **Fahrplan neue linke Mehrheiten**

Ich ziehe daraus folgende Schlussfolgerung: Wir müssen jetzt ernsthaft um linke Mehrheiten kämpfen. Das ist ein ambitioniertes Ziel. Dazu gibt es Diskussionsbedarf – in unserer Partei und in der Gesellschaft.

In den kommenden Monaten müssen wir deshalb folgendes anschieben:

- Einen **Fahrplan** erstellen, wie wir uns für die nächsten Bundestagswahlen strategisch und personell aufstellen. Ob diese Wahlen planmäßig in zwei Jahren oder früher kommen, ist offen.
- Diskussionsformate und **Plattformen** schaffen, bei denen wir mit gesellschaftlichen Akteuren darüber reden, wie solch ein gesellschaftlicher Kurswechsel aussieht.
- All das muss mit einer **Gesprächs- und Demokratisierungsoffensive** in der Partei verbunden sein. Denn die Entscheidung, ob DIE LINKE Teil einer Linksregierung werden soll, darf nicht allein von einigen Funktionären getroffen werden, sondern muss von unserer Partei in ihrer Breite und letztlich auch durch eine **Urwahl** beschlossen werden.

Um mich dieser Aufgabe als Parteivorsitzende mit aller Kraft zu widmen, habe ich mich bereits vor einiger Zeit entschieden, in diesem Sommer nicht für den Fraktionsvorsitz zu kandidieren. Mir war wichtig, dass wir die Personalfragen um den Fraktionsvorstand aus den Wahlkämpfen raushalten und es ist für mich eine Selbstverständlichkeit, dass ich zuerst den Parteivorstand informiere.

Deshalb sage ich euch heute: Ich will mich jetzt mit aller Energie als Parteivorsitzende darauf konzentrieren, DIE LINKE für die Zeit nach der GroKo aufzustellen und den Kampf um neue linke Mehrheiten aufzunehmen.

Für die Fraktion hoffe ich, dass sich die verschiedenen Gruppen auf einen Zeitplan und eine Doppelspitze einigen, die möglichst breit getragen werden und dass sie sich auf ein Verfahren einigen, das dem Ernst der Lage gerecht wird.

70 Jahre nach Verabschiedung des Grundgesetzes, 30 Jahre nach dem Mauerfall steht dieses Land am Scheideweg. Ich meine, dieses Land muss den Kleinmut beim sozialökologischen Umbau hinter sich lassen.

Dieses Land braucht eine starke LINKE für mutigen Klimaschutz, für Friedenspolitik und für einen sozialen Aufbruch.

Dieses Land braucht neue linke Mehrheiten.

## **Raul Zelik: Regieren ist noch keine “Machtoption”. Eine Antwort auf Katja Kippings Vorschlag “Das Warnsignal ernst nehmen”. In: neues deutschland, 6. Juni 2019**

Katja Kipping hat als Parteivorsitzende das schlechte Wahlergebnis der LINKEN bei den EU Wahlen zum Anlass genommen, um in einer Erklärung für »Regierungsmehrheiten links der Union« zu werben. Wenn die LINKE als irrelevant erachtet wird, verliere sie; wenn sie hingegen – wie bei der Bremer Bürgerschaftswahl – bereit sei, ihr Programm in einer Regierung umzusetzen, sähen die Wähler\*innen den Nutzen. Auch wenn der Begriff im Text nicht auftaucht, steht dahinter das alte Argument, dass die LINKE “eine Machtoption” benötige.

Ich will versuchen, diesen Vorstoß so aufzugreifen, dass wir nicht in den sterilen Debattenstil verfallen, der für die LINKE so typisch ist, und regelmäßig in Verrats- bzw. Sektierervorwürfen mündet.

Als Bewegungslinke sind wir mit einer Kipping einer Meinung, dass es einen ermutigenden Stimmungsumschwung in der Gesellschaft gibt. Nach Jahren rechter Hetze stehen Klimaschutz, bezahlbare Mieten und Vergesellschaftung im Mittelpunkt der Debatte. Und es ist auch richtig, dass die LINKE diese Aufbrüche viel aktiver zum Ausgangspunkt ihrer Politik machen sollte: Mieter\*innen-Bewegung, Seebrücke, Fridays for Future, die Streiks bei RyanAir oder Amazon ... – das ist die Kraft, die Solidarität sichtbar macht und etwas verändert. Anstatt lähmende innerparteiliche Schlachten auszutragen, bei denen es letztlich doch nur um die Profilierung einzelner geht, müssen wir solche Bewegungen mit aufbauen und unterstützen.

### **Sehnsucht nach Mitte-Links**

Kipping zieht daraus den Schluss, dass die LINKE nun an neuen politischen Mehrheiten arbeiten müsse, damit aus “linken Ideen auch linke Lösungen” würden. Man könnte das jetzt leicht mit dem Hinweis abtun, dass sich hier wieder mal jemand nach einem Regierungsposten sehnt, aber hinter dem Vorschlag steckt auch eine Überlegung, die sich nicht einfach vom Tisch wischen lässt: Soziale Bewegungen und Kämpfe brauchen konkrete Erfolge, wenn andere zur Nachahmung angeregt werden sollen. Und tatsächlich sehnen sich in den Bewegungen viele nach einer Mitte-Links-Regierung, die die extreme Rechte stoppt, den Klimaschutz vorantreibt und etwas gegen die soziale Ungleichheit macht. Besteht die Aufgabe einer linken Partei nicht per Definition darin, so eine Regierung auf den Weg zu bringen?

Vor einer Antwort müsste man sich aber auch die Gegenfrage stellen: Sind Regierungsbeteiligungen wirklich eine “Machtoption”? Zeigen unsere Erfahrungen der jüngeren Vergangenheit nicht eher das Gegenteil, dass die Linke nämlich an der Regierung sein kann und trotzdem nichts zu melden hat?

### **Die Ohnmacht linken Regierens**

Seit den 1980er Jahren haben wir immer wieder erlebt, wie linke Regierungen rechte Re-formen umgesetzt haben. New Labour zementierte den Sieg des Neoliberalismus in Großbritannien und schwächte die Gewerkschaften weiter. Die rot-grüne Koalition in Deutschland machte das, was sich die Union nicht getraut hatte: Hartz IV, Teilprivatisierung der Rentenkasse, Beteiligung an NATO-Angriffskriegen ... Und auch die von uns allen mit so großer Hoffnung begleitete Syriza-Regierung in Griechenland beweist doch vor allem die Ohnmacht linken Regierens. Syriza hat die Sparmaßnahmen der Troika umgesetzt, Gemeineigentum privatisiert und die sozialen Bewegungen demobilisiert. Der Weg in die Regierung war das genaue Gegenteil einer “Machtoption”.

Woran liegt das? Nicht in erster Linie an “Verrat” oder “den falschen Leuten”. Aus den Landesregierungen mit Beteiligung der LINKEN, wissen wir doch, wie es läuft. Die Berliner PDS stimmte dem Verkauf von 140.000 Wohnungen aus kommunaler Hand zu. Die Alternative wäre gewesen, die von der CDU hinterlassenen Schulden nicht zu bezahlen und einen schweren Konflikt mit der Bundesregierung und dem Finanzkapital zu provozieren. Der Fall zeigt deutlich, dass nicht die “politischen Mehrheiten”, sondern erst die Veränderung von Kräfteverhältnissen und die Kampfbereitschaft von Linken in und außerhalb der Institutionen zu einem Politikwechsel führen.

Ohne eine Mobilisierung, die stark genug ist, einen ähnlich großen Druck aufzubauen, wie ihn die Medien, Großkonzerne und Kapitalfonds auf die Regierenden ausüben, gibt es keine Reformperspektive.

## **Die linke Machtressource sind soziale Kämpfe**

Zu sagen, was ist, gehört bekanntlich zu den wichtigeren Aufgaben von Linken. Eine dieser Wahrheiten, die viel öfter gesagt werden müssten, ist, dass die Linke eine völlig andere Ausgangsposition als bürgerliche Parteien hat: Erstens weil sie nicht nur das Bestehende verwalten, sondern strukturell etwas verändern will.

Und zweitens, weil sie nicht über dieselben Machtinstrumente verfügt: keine Konzernspenden, keine eigenen Medien mit Massenreichweite, keine Verankerung in der Verwaltung und in den staatlichen Gewaltapparaten. Die einzige "Machtressource", die die Linke hat, ist die gesellschaftliche Mobilisierung: soziale Kämpfe, Bildungsarbeit, solidarische Alltagskultur, Organisierung.

Katja Kipping hat in einem Punkt dann allerdings auch wieder recht: Die Debatte über eine linke Regierung kann ein gesellschaftliches Klima verändern helfen. Die Kampagne von Bernie Sanders in den USA war ein Beispiel dafür. Doch sprechen unsere Erfahrungen dafür, dass sich das hier wiederholen würde?

Die Regierungsbeteiligung der LINKEN in Brandenburg dürfte wenig Euphorie wecken. Die Partei hat sich der Logik des Verwaltens verschrieben und mit der Verabschiedung des Polizeigesetzes nun auch den letzten Kredit gegenüber der gesellschaftlichen Linken verspielt. Nicht einmal wahltaktisch war das intelligent. Hätte die LINKE in der Frage Rückgrat gezeigt, hätte sie sich als Bürgerrechtspartei profilieren und weit über Brandenburg hinaus beweisen können, wozu sie nützlich ist.

Was Thüringen angeht, ist die LINKE in symbolischen Fragen sehr glaubwürdig aufgetreten und hat den Widerstand gegen rechts gestärkt. Aber zur Wahrheit gehört auch, dass von Gewerkschaften zu hören ist, es sei unter R2G schwerer geworden, gewerkschaftliche Forderungen einzubringen, als zuvor unter Schwarz-Rot. Woran liegt das? Möglicherweise an den beiden SPD-Wirtschaftsministern. Wahr ist aber auch, dass die LINKE in Thüringen vor allem beweisen wollte, wie reibungslos sie regieren kann. Das hat Bodo Ramelow populär gemacht. Aber ist das eine "Machtopion"? Mein Bruder, Mitglied bei den Grünen, und seine Frau, SPDlerin, die beide vermutlich bescheidene Erwartungen an die Koalition hatten, sagen, sie hätten wenig Politikwechsel bemerkt.

Andererseits sollten Kritiker\*innen auch ein wenig Demut an den Tag legen. Die Maxime "Protestieren und streiken" ist auch noch keine Strategie und die Erfolge von Bewegungen sind oft nicht minder bescheiden als die von Mitte-links-Regierungen. Außerdem zeigen viele Aktionen der außerparlamentarischen Linken, dass auch Bewegungspolitik verknöchert und bürokratisch werden kann. Nicht zuletzt deshalb sind gerade Jüngere heute oft überraschend pragmatisch: Selbstverständlich würden sie eine linke Reformpolitik befürworten: für Klimaschutz, kostenlosen Nahverkehr, Seenotrettung und die Rekommunalisierung von Wohnungen ... Kaum noch jemand käme heute auf den Gedanken das als reformistische Befriedungspolitik zu attackieren.

## **Radikale Politik muss eine Praxis sein**

Wirklich radikale Politik ist nämlich nicht die antikapitalistische Pose, sondern eine Praxis, die mit Erfolgen beweist, dass es sich zu kämpfen lohnt. Das politisiert dann nämlich auch andere. Und wenn wir vor diesem Hintergrund die linke Regierungsbeteiligung in Berlin betrachten, dann müssen wir anerkennen, dass sich die Ausgangslage für soziale Kämpfe keineswegs verschlechtert hat.

In Berlin steht plötzlich das Gemeineigentum an Wohnraum und sogar die Rückaneignung von Immobilienfonds auf der Tagesordnung. Das war kein Verdienst der rot-rot-grünen Regierung, aber die LINKE hat eine produktive Rolle darin gespielt. Ein Netzwerk von Mieter\*innen-Gruppen, die den Parteien skeptisch gegenüber stehen, aber seit Jahren pragmatisch den Dialog suchen, hat eine schlaue Initiative gestartet. Sie haben daran erinnert, dass das Grundgesetz keineswegs den Kapitalismus vorschreibt, sondern die Wirtschaftsform 1949 offen gelassen wurde. Und sie haben die soziale Situation von Hunderttausenden mit einer konkreten Forderung verknüpft: Enteignung großer Immobilienfonds. Auf diesen Druck musste die Berliner Koalition reagieren.

Das Gute war, dass die LINKE sich schnell und klar positioniert hat – auch deshalb, weil es eine aufmüpfige Parteibasis gibt. Damit steht nun plötzlich ein konkretes Projekt auf der Agenda, für das es sich für alle zu kämpfen lohnt. Auf der Straße, aber auch in der Landesregierung.

Sicher, auch andere Regierungskoalitionen hätten den gesellschaftlichen Druck irgendwie verarbeiten müssen, aber die LINKE hat die Rekommunalisierungsfrage auf produktive Weise in die Landesregierung getragen. Es gibt also durchaus die Möglichkeiten, an verschiedenen Stellen in dieselbe Richtung zu wirken. Das ist der Schlüssel der Debatte.

Die einzig realistische Machtoption für Linke ist das Erzeugen von gesellschaftlichem Druck, der sich in die Institutionen fortsetzt und von dort nicht abgebügelt, sondern verstärkt wird. Deswegen ist das Projekt einer "Partei in Bewegung" (oder wenn man den Begriff nicht mag: einer kämpferischen Politik in der Gesellschaft) so wichtig. Und dazu gehört selbstverständlich auch, die richtigen Themen in der öffentlichen Debatte durchzusetzen und ein bestimmtes Klima mit herzustellen. Die Begeisterung für »neue Regierungsmehrheiten links der Union« soll, so Kippings Hoffnung, auch die Bewegungen für Klimaschutz, Gemeineigentum und Solidarität stärken. Auf diese Weise könnten Parteipolitik und gesellschaftliche Dynamik zusammenwirken.

Aber ist Anbetracht der eigenen, durchwachsenen Regierungserfahrungen, einer neoliberal vermacheten SPD und der zunehmend bürgerlichen Grünen realistisch? Es stimmt, dass sich gerade wieder Debattenfenster öffnen und wir überall in der Gesellschaft auf neue Verbündete stoßen. Kippings Idee, »Diskussionsformate und Plattformen zu schaffen, bei denen wir mit gesellschaftlichen Akteuren darüber reden, wie ein gesellschaftlicher Kurswechsel aussieht«, ist sicher nicht falsch. Das Institut Solidarische Moderne versucht das seit Langem, und auf ihre Weise wollte ja auch die Aufstehen-Bewegung in diese Richtung wirken. Das Problem ist jedoch, dass zwar von Gesellschaft die Rede ist, aber am Ende doch Parlamentarier\*innen gemeint sind, die sowieso eine fatale Neigung zur Verselbständigung haben.

Ein Politikwechsel im Bund, der die Macht der Automobilkonzerne und Kapitalfonds beschneidet, würde gewaltigen Widerstand erzeugen. Um hier bestehen zu können, brauchen wir keinen Parteidialog, sondern gesellschaftliche Mobilisierung, einen kämpferischen Pakt von unten, der eine Mitte-links-Regierung dann auch vor sich hertreiben könnte. Eine Plattform aus NGOs und Gewerkschaftsapparaten, die schnell dazu tendieren dürfte, Loyalität gegenüber der "eigenen" Regierung einzufordern, würde dafür nicht genügen. Aber wie lassen sich diese Einwände konstruktiv umkehren?

### **Kämpfen muss sich lohnen**

Der Versuch, mit Bewegungen und aus der Gesellschaft heraus eine progressive Agenda zu formulieren, würde sich lohnen. Eine Art Sofortprogramm der gesellschaftlichen Linken, für das es sich zu kämpfen lohnt: Klimaschutz gegen die Konzerne; Vermögenssteuern und Spitzensteuersatz; Grundsicherung und Bürgerversicherungen; Seenotrettung und das Recht auf Migration; öffentlicher Wohnungsbau und Rekommunalisierung von Infrastrukturen; Feminismus und ein Gesetz gegen das Gender Gap; Arbeitszeitverkürzung und Maschinensteuer; Stopp von Rüstungsexporten und der NATO-Drohneinsätze. So eine Agenda sollte aber nicht an Regierungskonstellationen gekoppelt sein.

Die LINKE sollte viel offensiver daran erinnern, dass wichtige Erfolge der vergangenen 130 Jahre – Sozialversicherungen, die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, der Bruch mit dem Autoritarismus, die Aufarbeitung des NS, die Energiewende – von oppositionellen Bewegungen erkämpft wurden.

Und oft waren es sogar bürgerliche Regierungen, die unter dem Druck der Gesellschaft soziale und demokratische Rechte erweitern mussten. Der politische Nutzen der LINKEN ist nicht davon abhängig, ob sie Regierungspersonal stellt, sondern ob sie diesen progressiven Druck mit erzeugt.

Die Linke im österreichischen Graz knüpfte ihre Stimmen bei der Bürgermeisterwahl vor einigen Jahren an die Umsetzung eines Sozialprogramms, ohne ein einziges Amt zu fordern. Die portugiesische Linke toleriert eine sozialdemokratische Regierung, ohne Minister\*innen zu stellen, und hat damit durchaus Erfolge erzielt. Auch das sind strategische Optionen zur Durchsetzung von Reformen.

Die LINKE müsse zeigen, dass sie etwas verändern kann, steht in Kippings Text. Ja, aber sie darf keine falschen Hoffnungen schüren. Eine rot-rot-grüne Regierung würde unter den heutigen Kräf-

teverhältnissen keinen Politikwechsel bedeuten. Die Kraft zu Veränderungen speist sich nicht aus parteipolitischen Bündnissen, sondern aus der Gesellschaft.

Am Entstehen dieser Kraft müssen wir arbeiten und diesen Druck in die Institutionen verlängern. Die erste Voraussetzung für einen Politikwechsel wäre eine Perspektive von unten. Die zweite ist der Mut, die Wahrheit zu sagen: Leute, alles muss erkämpft werden. Griechenland zeigt doch, wie groß die Widerstände des Kapitals gegen Reformpolitik sind und dass linke Regierungen überhaupt nichts garantieren.

Der Schlüssel zu progressiver Veränderung liegt nicht in hypothetischen Regierungsmehrheiten links der Union, sondern in den gesellschaftlichen Kämpfen. So ehrlich müssen wir sein.

## **Lucy Redler/Thies Gleiss: Wahl-Misserfolg mit Ansage. Zum Ausgang der EU-Wahlen und den aktuellen Aufgaben der LINKEN**

1. Die Antikapitalistische Linke (AKL) in der LINKEN hat nach dem Parteitag zur EU-Wahl im Februar 2019 in Bonn folgenden Wahlausgang für die Mai-Wahl zum EU-Parlament angekündigt (<https://www.antikapitalistische-linke.de/?p=3029#more-3029>):

*„In der Öffentlichkeit ist die LINKE ziemlich eindeutig als eine Anti-EU-Partei verortet. Und das ist angesichts der Realität der EU, ihrem Kriegskurs gegen Russland, ihren sonstigen Aufrüstungen, angesichts von Frontex und der furchtbaren Flüchtlingspolitik, angesichts der Spardiktate gegenüber Griechenland und anderen Mitgliedstaaten, angesichts der Massenjugendarbeitslosigkeit im Süden und Osten der EU, angesichts ihrer Bremserrolle im Klimaschutz und vielen anderen Dingen auch nur eine Selbstverständlichkeit. Es müsste ein Ehrentitel für Linke und für die LINKE sein, diese EU abzulehnen und sich an dem Geschwafel über „die europäische Idee“ nicht auch noch zu beteiligen. Angesichts des gewaltigen Aufschwungs der Rechten und Rassisten wegen der konkreten Realpolitik der EU, ist es auch reiner Unsinn zu behaupten, Kritik an der EU und eine Politik gegen diese EU würde „eine Rückkehr zum Nationalstaat“ und Gemeinsamkeit mit den Rechten bedeuten. Die systemische Kritik an der EU ist links, eine rechte Kritik gibt es kaum noch, nur noch als plakatives Gegenmodell einer „EU der Vaterländer“.*

*Leider hat sich die LINKE auf ihrem Europa-Parteitag dazu entschieden, diesen Ehrentitel nicht selbstbewusst anzunehmen und daraus einen stimmigen Wahlkampf zu machen.*

*Das erschwert die Mobilisierung eines Teils unserer Mitgliedschaft, eigener Stammwähler\*innen und möglicher Abwanderer\*innen von den GRÜNEN, denen die kindische Europa-Euphorie und Liebeserklärung an den Kapitalismus dieser ehemals linken Partei auf den Keks geht. Es wird wohl wieder wie 2009 und 2014 ein Wahlergebnis geben, das nur Zweidrittel der selbst in den letzten Umfragen vor der Wahl der LINKEN zugerechneten Stimmenanteile erreicht.“*

Mit Blick auf das tatsächliche Ergebnis der Wahlen bleibt nur festzustellen: Genauso ist es – leider – gekommen. Ob die LINKE mit einem anderen, sich deutlich gegen die EU positionierenden Wahlkampf wesentlich mehr Stimmen erhalten hätte, ist Spekulation, aber sie hätte auf jeden Fall einen authentischen Wahlkampf führen und einen Beitrag zur realen politischen Verankerung in der Öffentlichkeit erreichen können und nicht dieses Frustereignis organisiert. Aufklärung über das, was ist – die vornehmste Aufgabe einer Linken – wurde schlicht verpennt.

2. Der Wahlausgang für die LINKE ist aber nur Bestätigung von einer der Positionen, die zwischen AKL und anderen Strömungen der LINKEN auf dem Parteitag umstritten waren. Es gibt noch mehr. Die EU-Wahl hat gezeigt, dass sie immer noch keine richtige bürgerlich-demokratische Wahl ist und auch nicht werden wird, sondern ein Propaganda-Spektakel der herrschenden Klasse in Europa, die ihr Projekt einer kapitalistischen Wirtschaftsvereinigung gerade den Bach runter gehen sieht. Dazu braucht nicht auf die gängigen Verfassungsexperten verwiesen werden, die stets auf fehlendes einheitliches Wahlrecht und Elektorat in EU-Europa verweisen. Ein Blick auf den Wahlkampf sagt viel mehr: Noch nie hat sich bei einer Wahl das Kapital mit seinen Verbänden und Einzelunternehmen so direkt in eine Wahl eingeschaltet. Das heilige Gebot bei bürgerlich-demokratischen Wahlen, dass der Souverän, also jede und jeder einzelne Wahlberechtigte, scheinbar unabhängig von aller Pression und Bevormundung das Kreuzchen auf dem Wahlzettel machen darf, wurde schamlos verletzt. Als letztes nach Chemie-, Auto-, Metall- und Handelskonzernen haben sich noch die Eisenbahnverbände gemeldet und für „Europa“ geworben. Wie es sich für die Bahnen unter Führung der DB gehört, mit so viel Verspätung, dass ihre Erklärung gerade noch am Tag vor der Wahl herauskam. Statt Wahlkampf gab es Massenbelustigung und Propagandashow, mit dem einzigen Ziel, die Wahlbeteiligung und ein hohles, fast religiöses Bekenntnis zu „Europa“ zu steigern. Ein einziger Ruf „Geht Wählen“ schallte durch Fernsehstudios, Fußballstadien und Kirmesplätze.

Leider haben sich auch die Führungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes und der Einzelgewerkschaften nahtlos in diese Bekenntnisshow für „Europa“ und die „Geht-Wählen“-Kampagne eingereiht. Die großen Demonstrationen vom 19. Mai – die ja auch eine Gelegenheit gewesen wären, eine kritische, linke Stimme gegen die reale EU auf der Straße vorzutragen (eine Zielsetzung,

die sich die LINKE gemäß Beschlusses des Parteivorstandes ursprünglich auch vorgenommen hatte) wurden zur unpolitischen Showveranstaltung. Leider hat auch die LINKE sich diesem Spektakel weitgehend untergeordnet und keinen nennenswerten eigenen Beitrag zu den „Geht-Wählen“-Aufrufe und die „Europa“-Jubel eingebracht.

Die EU ist ein Projekt des Kapitals und nicht der europäischen Völker oder gar nur der Unterklassen. Diese zentrale Kritik der AKL im Vorfeld der Wahlen wurde im Wahlkampf beunruhigend umfassend bestätigt.

3. Die „Europa“-Propaganda bediente sich dabei durchgehend zweier – wie heute gesagt wird – „Narrative“. Die erste Legende lautet: „Europa“ ist gleich EU und EU ist ein tolles Friedens-Projekt, das in den letzten Jahren auf die schiefe Bahn geraten sei. Die zweite Legende heißt: Wer nicht für die EU ist, der stärkt die Rechten und Nationalist\*innen; Kritik an der EU wäre gleich „Rückkehr“ zum Nationalismus.

Beide Erzählungen sind das Gegenteil dessen, was wahr ist und was seit Jahren von den Menschen in Europa am eigenen Leib erfahren wird. Es sind zwei faustdicke Lügen, die aufrechtzuerhalten den Herrschenden in Europa immer schwerer fällt. Der diesjährige EU-Wahlkampf hat schon in fast unverschämter Weise diese Lügen verbreitet und dabei gar nicht groß verhehlt, dass es Lügen sind – allein die Propaganda war das Ziel, damit die seit Jahren abstürzende Legitimität der EU-Herrschenden für ihr Projekt wenigstens bis zum Wahltermin aufgehübscht wird.

Lucy Redler hat im ND-Streitgespräch mit einem Vertreter von „pulse of europe“ vom 15. Mai zu Recht erklärt, warum die EU weder ein Projekt gegen Rassismus, noch ein Friedensprojekt ist:

*„Ich glaube, dass die EU mit ihrer neoliberalen Politik den Aufstieg rassistischer Parteien gefördert hat. Und sie macht selbst eine Politik der Abschottung: mit dem Aufbau der Grenzagentur Frontex, der Kriminalisierung der zivilen Seenotrettung, mit dem Türkei-EU-Deal. Und nach innen betreibt sie eine verheerende unsoziale Politik beispielsweise gegen-über Griechenland. Dort sind die Löhne auf Druck der EU drastisch gesenkt worden, die Erwerbslosigkeit gerade unter Jugendlichen ist immer noch extrem hoch.*

*Trotzdem finde ich es wichtig, linke Kräfte im Europaparlament zu stärken. Aber es ist falsch zu glauben, man könne aus dieser EU ein soziales Projekt machen. Sie war nie etwas anderes als ein Vertragswerk von kapitalistischen Staaten, um ihre wirtschaftlichen und außenpolitischen Interessen durchzusetzen. Im Vertrag von Lissabon von 2007 ist die Verpflichtung festgeschrieben, dass es weitere Aufrüstung und eine engere militärische Zusammenarbeit geben soll. Erst im April hat das Europäische Parlament dem 13 Milliarden schweren Europäischen Verteidigungsfonds zugestimmt. (...)*

*Natürlich ging es auch darum, ein Bollwerk gegen die Sowjetunion und den Osten Europas zu schaffen. Sie war vor 1990 quasi ein Projekt der einen Hälfte Europas gegen die andere und als Kind des Kalten Krieges immer eingebunden in die NATO. Und es hat sich irgendwann die Einschätzung durchgesetzt, dass die Interessen des deutschen und des französischen Kapitals besser im Verbund mit weiteren Staaten vertreten werden können. Aber das macht ein imperialistisches Projekt noch nicht zu einem Friedensprojekt.“* (<https://www.antikapitalistische-linke.de/?p=3099#more-3099>)

Die LINKE hat sich leider diesen beiden „Narrativen“ der Bürgerlichen zur EU untergeordnet. Richtig wäre gewesen, sich mit aller Macht gegen diese beiden Legenden zu stellen. Erstens, weil es der Wahrheit entspricht und zweitens, weil nur dadurch eine wirkliche linke Antwort auf die Rechten und Nationalisten gegeben werden kann. Nicht die auch in der LINKEN gehörten Phrasen sind richtig, dass man den Rechten nicht die Begriffe Heimat und Nationalstaat und Grenzpolitik überlassen darf, sondern man darf ihnen vor allem ganz konkret nicht die Kritik an der EU überlassen. Das ist in diesem Wahlkampf leider geschehen.

4. Diese Kritik, dass sich die Linke den herrschenden ideologischen Erzählungen unterworfen hat, trifft leider fast die gesamte europäische Linke. Auch die noch mehr EU-kritische Allianz um La France Insoumise hat z.B. ein schlechtes Ergebnis erzielt.

Ein linkes Konzept für eine völlig andere europäische Vereinigung, ein sozialistisches Europa, wurde in diesem Wahlkampf nicht vorgetragen, obwohl sich beim Bundesparteitag auch Reform\*innen immer wieder bemühten Altiero Spinelli und das Manifest von Ventotene von 1941 zu zitieren, dem zu Folge die europäische Revolution eine sozialistische sein müsse.

Die scharfe Kritik an der EU, wie sie in Frankreich, Griechenland, Slowakei, Skandinavien von den Linken formuliert wird, mündet leider immer wieder in einer alleinigen Institutionenkritik, die dann ebenso schnell als „EU der Nationalstaaten“ verstanden wird (wie es die stets mechanistisch argumentierenden deutschen Genoss\*innen um Diether Dehm, Sahra Wagenknecht, Sevim Dagdelen u.a. auch vorexerzieren). Die Politik einer konkreten Überwindung der EU, die sich auf die drei Elemente „Kritik des Bestehenden“, „Rebellische Verweigerungspolitik, dort, wo Linke die Möglichkeit dazu haben“ und ein auf reale Klassenkämpfe und soziale Bewegungen aufbauendes „Europa von unten“ aufbaut, war im Wahlkampf kaum zu hören. Viele linke Kräfte, die ein solches linkes Europa-Konzept zumindest in Einzelpunkten schon vertreten haben, verstummten weitgehend unter dem Druck der bürgerlichen Pro-EU-Propaganda und verschiedenen, nationalen parlamentarischen Taktiken.

Die Linke in den EU-Mitgliedsstaaten und auf EU-Ebene ist zusätzlich noch politisch und vor allem taktisch völlig zerstritten und in verschiedene Lager verteilt. Das Gesamtergebnis der Linken für das EU-Parlament ist deshalb eine schmerzliche numerische Schwächung. Ob es gelingt, eine politisch handlungsfähige linke Fraktion im EU-Parlament zusammen zu schustern ist noch nicht sicher (mindestens 25 Abgeordnete aus 7 Ländern).

Wenn es gelingt, wird sie jedoch die kleinste Fraktion sein und es beginnen bereits die ersten Versuche, sie auszugrenzen. Anstatt weiter im Konzert der anderen Fraktionen mitspielen zu wollen und sich im parlamentarischen Tagesgeschäft eines Parlaments zu verlieren, das wenig zu sagen hat, sollte die neue linke Fraktion die Rolle der einzigen linken Opposition im Europaparlament selbstbewusst annehmen und vor allem versuchen, nach außen zu wirken und länderübergreifende soziale und betriebliche Bewegung zu unterstützen und mit anzustoßen. Nur durch starke internationale außerparlamentarische Bewegungen und Kämpfe und dem Aufbau linker Parteien und starker Gewerkschaften kann ein solidarisches, ein sozialistisches Europa entstehen.

**5.** Die LINKE hat den Spagat zwischen EU-Kritik und irgendwie Mitgestaltenwollen an der realen EU nicht bewältigt und nicht bewältigen können.

Einerseits waren die Mitglieder der LINKEN in Wahlpodien, an den Infotischen die schärfsten Kritiker der EU (und wurden erwartungsgemäß auch vom Publikum in diese Ecke gestellt), auch die meisten Kapitel des Wahlprogramms und die Wahlplakate mit Inhalt haben der LINKEN das Etikett „EU-Kritikerin“, wenn nicht gar "EU-Gegnerin“ verpasst.

Dem gegenübergestellt wurde die zentrale Wahlkampfaufrichtung: Presseerklärungen, Wahlzeitung, Kurzprogramm und alles vom Wahlkampfapparat ohne demokratische Kontrolle des Parteivorstandes herausgebrachtes Material hat vor allem die illusionäre Parole „Europa sozial machen“ verbreitet, die so ähnlich auch von SPD, CDU und Grünen kamen.

Die Glaubwürdigkeit der LINKEN und der meisten linken Schwesterparteien in der EU ist in Sachen EU-Kritik und Strategie zur Überwindung der kapitalistischen EU schwer angeschlagen. Ohne Glaubwürdigkeit und ohne die Hoffnung auf grundlegende gesellschaftliche Veränderungen europaweit lassen sich keine Wahlen erfolgreich bestreiten und auch nicht die Mitgliedschaft begeistern - das ist die schlichte Bilanz der EU-Wahl 2019. Für das schlechte Abscheiden der LINKEN in Deutschland ist dies ausschlaggebend. Dazu kommen personelle Querelen, Streit zwischen Fraktion und Partei, aber auch die unausrottbaren Phantastereien über Rot-Rot-Grüne Regierungen von Einigen in der LINKEN, sie haben vor allem dort, wo die LINKE mitregiert, einen zusätzlichen Beitrag zur Demobilisierung unserer Wähler\*innen geleistet.

**6.** Das Propaganda-Spektakel der herrschenden Klasse in Europa zur Eindämmung des Legitimationsdefizits des EU-Projektes, einschließlich der es tragenden bürgerlichen Parteien, hat seine Ziele weitgehend verfehlt. Die Wahlbeteiligung ist nur wenig gestiegen, die Nicht-Wählenden hätten immer noch die stärkste Fraktion. Die bürgerlichen EU-Parteien wurden überall abgewählt oder

mit Abzügen bestraft. In Deutschland sind die Parteien der Regierungs-koalition faktisch abgewählt worden. Bezeichnenderweise konnte allein ein ziemlich system-treuer YouTuber die deutsche CDU in die Bredouille bringen, in dem er ihr eine Stunde lang die eigene Melodie ihrer Politik vorgespielt hat.

Leider sind nicht die Linken die Gewinnerinnen dieser Situation, sondern diverse rechte Parteien (auch wenn der rechte Durchmarsch nicht ganz so furchtbar ausgefallen ist, wie teilweise vorhergesagt).

Die alten sozialdemokratischen Parteien - mit Ausnahme der PS im spanischen Staat und der niederländischen Sozialdemokratie - hat dieser Abwahleffekt besonders getroffen. Die traditionelle Mutterpartei der Zweiten Internationale und ehemals Mutter und Muster aller sozialdemokratischen Parteien - die deutsche SPD - schaut zurzeit in den Todesabgrund.

Dieses Ergebnis wundert nicht. Dem – in der Perspektive der Herrschenden immer noch alternativlosen – EU-Projekt ist jegliche Vision und Hoffnung auf eine positive Zukunft für die Menschen abhandengekommen. Die EU ist ein schnödes Herrschafts- und Verwaltungsprojekt der wichtigsten europäischen Kapital-Fraktionen. Sie ist militaristisch, undemokratisch und neo-liberal in der Grundausrichtung – wie oft muss diese einfache Wahrheit eigentlich noch in der politischen Praxis bestätigt werden, bevor auch die LINKE es in großer Mehrheit annimmt.

Es gab eine politische Kraft im bürgerlichen Lager, die den großen Vorteil, bisher wenig Mitverantwortung für dieses EU-Desaster tragen zu müssen und in Deutschland lange keiner Bundesregierung angehört zu haben, ausgenutzt und eine unverdrossene EU-Jubelorgie zum Wahlprogramm erklärt hat. Das waren die grünen Parteien, allen voran die GRÜNEN in Deutschland. Sie inszenierten sich als die Fleischwerdung der Pro-EU-Kampagne, die alle anderen auch machten oder machen wollten, und konnten damit als einzige unverbrauchte bürgerliche Partei Hoffnung verbreiten und Stimmen der Enttäuschten einsammeln. Den GRÜNEN kam zudem zu Gute, dass die Krise der kapitalistischen Produktionsweise sich gegenwärtig massiv in der Zerstörung der klimatischen und ökologischen Grundlagen des menschlichen Lebens zuspitzt. Eine breite Jugendbewegung in ganz Europa, die sich für radikale Maßnahmen gegen die Zerstörung des Klimas engagiert, hat der grünen EU-Euphorie unverhofft einen Bezugspunkt in der realen Welt verschafft. Die Realisierungschancen eines von den GRÜNEN favorisierten „Grünen Kapitalismus“ oder auch nur eines „Green New Deal“ werden dadurch allerdings nicht größer.

Ein weiterer Faktor war, dass die AfD die GRÜNEN zur Hauptgegnerin auserkoren hat und viele, die gegen Rassismus und Rechtspopulismus sind, den GRÜNEN ihre Stimme gegeben haben. Der Streit innerhalb der LINKEN zum Thema Migration und Umgang mit der AfD hat sicher nicht dazu beigetragen, DIE LINKE als klare antirassistische Alternative zu profilieren.

Damit ist es den GRÜNEN gelungen, sich an den Themen Klima und Rechtspopulismus als Alternative zu Union und SPD zu positionieren.

7. Die nationalistischen und rechten Kräfte haben überall in der EU an Wahlstimmen zugelegt, wenn auch nicht in dem befürchteten Umfang. Ihr Erfolg ist die Bestätigung des von der AKL und anderen wiederholt vorgetragenen Zusammenhangs: Erst die Krise der EU und der mit ihr verbundenen Herrschaftspolitik hat die rechten Kräfte anwachsen lassen. Die umgekehrte Behauptung, die eine zentrale These der EU-Propaganda im Wahlkampf war, dass die Rechten die Krise der EU ausgelöst haben, ist Fake-Propaganda. Sie stimmt nur in dem bescheidenen Maße, dass ab einer bestimmten Stärke der Rechten und Schwäche der Linken die rechten und nationalistischen Parteien als Staubsauger für alle Protest- und Unzufriedenen-Stimmen wirken.

Die politische Situation in EU-Europa ist nach der EU-Wahl weiter polarisiert, aber die Linke ist geschwächt. Außerdem ist zu befürchten, dass die Entwicklung zu noch mehr Entmachtung des Parlaments und Stärkung der direkten exekutiven Organe der EU (und der ad hoc geschaffenen, nicht von der EU-Verfassung vorgesehenen Extra-Organe) weiter fortschreitet.

Es bleibt zu hoffen, dass die Linke in Europa und die LINKE in Deutschland die richtigen Konsequenzen aus den Wahlen und dem Wahlkampf ziehen. Ohne eine linke Strategie zur Überwindung

der realen EU, aufbauend auf realen Kämpfen und Bewegungen und einer harten, kompromisslosen Kapitalismuskritik wird es dabei nicht gehen.

**8.** Die Wahl in Bremen ist ein erfreulicher Gegenklang zu dieser düsteren Perspektive auf europäischer Ebene. Die AKL freut sich mit den Bremer Genoss\*innen über ein verbessertes Wahlergebnis. Neben der Möglichkeit einer Jamaica-Koalition gibt es eine rechnerische Mehrheit von SPD, GRÜNE und LINKE.

Die AKL ist gegen einen Regierungseintritt der LINKEN in Bremen. Die LINKE kann in dieser Verantwortungsbündnis mit der Wahlverliererin SPD und den sich komplett dem Kapitalismus verschriebenen GRÜNEN nur verlieren. Diese Allianz wäre *keine* linke Regierung.

Die AKL schlägt trotzdem vor, die günstige taktische Situation für linke Vorschläge und Politikansätze zu nutzen. Die Unterstützung einer Minderheitsregierung von SPD und GRÜNEN, ohne Vorbedingungen und ohne Duldungsvertrag oder ähnlichem, wäre denkbar, bei der die LINKE nur die konkreten politischen Maßnahmen unterstützt, die sie richtig findet. Für alle anderen Dinge müsste sich die Regierung die Mehrheit halt bei der CDU oder den Rechten suchen.

Die EU- und die Bremen-Wahl haben die SPD in eine nächste Stufe ihrer Agonie bugsiiert. Das ist eine erklärliche Situation und wie alle Krisen enthüllt auch diese die widerlichen Charaktereigenschaften von korrupten und prinzipienlosen Berufspolitiker\*innen der bürgerlichen Parteien. Wir haben weder Mitleid mit der SPD oder ihrer abtretenden Vorsitzenden Nahles noch appellieren wir an sie, sie solle doch wieder anständiger und „sozialdemokratischer“ werden.

Gleichzeitig ist die SPD auch ein Mahnmal, wie es linken Parteien ergeht, die vollständig von Partikularinteressen ihrer Funktionär\*innen, von parlamentarischer Fixierung und prinzipienloser Unterordnung unter die bestehenden kapitalistischen Verhältnisse bestimmt werden. Auch für die LINKE steht eine solche Perspektive am Horizont, wenn sie nicht schleunigst innere Strukturreformen und politische Konsequenzen im Sinne der mehrfach von der AKL und anderen vorgetragenen Vorschläge vorantreibt.

Das Ende der „Großen Koalition“ (die schon geraume Zeit eine „kleine“ ist) vor dem eigentlichen Ende der Legislaturperiode ist sehr gut möglich. Der größte SPD-Landesverband hat sich bereits für einen Ausstieg aus der Koalition ausgesprochen.

Diese Notmaßnahme wird mittlerweile von breiten Teilen auch der Führung der SPD diskutiert. Die LINKE sollte sich in diesen Debatten nicht auf eine Seite schlagen und Illusionen in eine angebliche Linkswende der SPD propagieren.

Das Ende einer bürgerlichen Regierung soll uns nur recht sein. Erste Stimmen sind aus der CDU zu hören, die Bündnisse mit der AfD schmieden wollen. Aufgabe der LINKEN ist es, solche möglichen Rechts-Außen-Koalitionen vom ersten Tag an zu bekämpfen, ohne Illusionen in Rot-Rot-Grün zu schüren. Rot-rot-grüne Koalitionen wird es ohne Zustimmung zu Abschiebungen, zu Schuldenbremse, Sachzwangpolitik und der Akzeptanz der neoliberalen prokapitalistischen Politik auf Bundesebene nicht geben. Jüngstes Beispiel dafür ist das brandenburgische Polizeigesetz. Unsere Alternative liegt nicht in der Aufgabe unserer Grundprinzipien, um eine etwas weniger schlechte Regierung mit bürgerlichen Parteien zu bilden, sondern im Aufbau von Gegenmacht. Eine zentrale strategische Aufgabe der Partei ist es, die Debatte zur Umsetzung der Enteignungsforderung von Immobilienkonzernen bundesweit aufzugreifen und Vorschläge zu erarbeiten, wie die Forderung in anderen Bundesländern und bundesweit erfolgreich umgesetzt werden kann.

Wann wurde zuletzt so oft über Sozialismus und Enteignung gesprochen? Aufgabe der LINKEN ist es, ihrem Anspruch als sozialistische Partei gerecht zu werden. Wir schlagen vor, dass die Partei einen großen Sozialismus-Kongress durchführt und Gewerkschafter\*innen und Aktive aus sozialen Bewegungen einlädt. Wir schlagen vor, dass die Partei in großer Auflage ein neues sozialistisches Manifest erarbeitet und verbreitet. Wir schlagen vor, dass DIE LINKE einen neuen Ratschlag für Beschäftigte in der Pflege und den Krankenhäusern durchführt, um über Strategien gegen den Pflegenotstand und die Politik der Bundesregierung zu diskutieren anstatt Gesundheitsminister Jens Spahn zum Fest der LINKEN einzuladen.

Das und weitere Ideen zum Aufbau von Widerstand konkret und inhaltlichen Angeboten sind die strategischen Herausforderungen für die LINKE und nicht die x-te Neuauflage von rot-rot-grünen Gedankenspielen, die an der Basis vorbei medial vorbereitet werden.

Statt inhaltslos Neuwahlen zu fordern, sollte DIE LINKE ein politisches Sofortprogramm mit linken Forderungen aufstellen, um den Vorwahlkampf inhaltlich und nicht mit Bettelei an SPD und GRÜNE zu eröffnen.

## **Erklärung der KPF der Partei DIE LINKE: Neustart – ein Begriff, zwei Interpretationen**

Die Wahlen zum EU-Parlament waren mehr als ein Stimmungstest. Sie bezeugen die spürbare Zunahme reaktionärer Tendenzen, und das, obwohl die Wahlbeteiligung so hoch war wie seit langem nicht mehr. In verschiedenen Kommentaren der Mainstream-Medien werden die Ergebnisse nationalistischer Parteien mit mehr oder weniger faschistoidem Trend heruntergespielt. Vor den Wahlen war ein Erdbeben nach rechts angekündigt worden und nun gibt man sich erleichtert, dass diese Parteien "nur" etwa 120 bis 140 Sitze im EU-Parlament erhalten werden. Es ist verheerend, dass in Großbritannien, Frankreich und Italien ein rechter Durchmarsch zu verzeichnen ist. Und das sind nur die größten europäischen Staaten, für die das zutrifft.

Das sogenannte Skandalvideo von Ibiza hatte nicht den Effekt, Rechtsaußen zu schwächen. Dass in Österreich die Kurz-Partei ÖVP mit 8 Prozentpunkten besser abschnitt als zu den letzten EU-Wahlen, obwohl gerade sie der FPÖ den Regierungsweg gebahnt hatte und die FPÖ selbst mit 17 Prozent nur 2,5 Punkte unter dem Wahlergebnis von 2014 lag, zeugt von einer alarmierenden Tendenz: Mit der Verschiebung des Diskurses nach rechts verfällt auch jegliche politische Kultur in raschem Tempo. Es ist eben eine Illusion, anzunehmen, ein Skandalvideo würde massenhaft Empörung auslösen, während die wachsende Kriegsgefahr und das Sterben auf dem Mittelmeer mit einer gewissen Gleichgültigkeit hingenommen werden. Diese Wahlen zum EU-Parlament haben erneut bestätigt: Einflussreiche Kreise des Kapitals setzen auf die Möglichkeit, die bürgerliche Demokratie vollends zu zerstören, würde diese die Rahmenbedingungen für Profitmaximierung nicht mehr effizient gewährleisten.

Hierzulande wollen uns bürgerliche Politiker und Journalisten damit beruhigen, dass die AfD mit 11 Prozent weniger Stimmen erhalten habe als befürchtet. Dass das keinesfalls beruhigend ist, werden spätestens die Landtagswahlen in Brandenburg, Sachsen und Thüringen zeigen und vorher bereits die in zehn Bundesländern am 26. Mai 2019 stattgefundenen Kommunalwahlen. Bei den EU-Wahlen jedenfalls wurde die AfD in Brandenburg und Sachsen stärkste Kraft und in Thüringen sieht es auch nicht viel besser aus. Schon im Herbst dieses Jahres werden sich daraus politische Konflikte ergeben, die auch dem Letzten die Illusion nehmen dürften, dass das mit der AfD alles nicht so schlimm sei. Bekanntlich wirtschaften Nazis nicht ab.

Es war ein strategischer Fehler unserer Partei, keinen offen antifaschistischen Wahlkampf geführt zu haben. Wir sind über den bürgerlichen Anti-Rechtskurs nicht hinausgegangen. Wir haben eine ungerechtfertigte Gleichsetzung der internationalistischen Prinzipien der Linken mit der liberalen proeuropäischen Propaganda vorgenommen. So kommt man dem Nationalismus nicht bei. Nationalismus muss entlarvt werden als das ideologische Hauptinstrumentarium des Kapitals: Teile und herrsche ist dessen Devise. Antifaschistischer Wahlkampf muss für eine sich als sozialistisch verstehende Partei untrennbar mit antikapitalistischen Positionen verbunden sein. Hier müssen für die bevorstehenden Landtagswahlen Schlussfolgerungen gezogen werden.

### **Glaubwürdigkeitsverluste**

Bei den EU-Wahlen in Deutschland musste die CDU eine erhebliche und die SPD eine katastrophale Niederlage einstecken. Umfrageergebnisse, die besagen, an der CDU störe, dass sie den Wirtschaftsinteressen zu nah sei und zu zerstritten, geben Stimmungen realistisch wieder. Die SPD, so lauten sachliche Kommentare, habe sich bei ihrem Kernthema entkernt, der sozialen Gerechtigkeit. Zudem habe sie keine Antworten auf die Fragen der Zukunft. Anders formuliert: Die SPD hat der Regierungsbeteiligungen wegen ihre Identität bzw. das, was als ihre Identität galt, aufgegeben. Sie verzichtet programmatisch seit geraumer Zeit auf das Ziel einer nichtkapitalistischen Gesellschaft und hat spätestens mit der Agenda 2010 weitgehend ihre soziale Funktion aufgegeben. Sie hat die Glaubwürdigkeit verloren. Die Wahlergebnisse von CDU und SPD bringen

vor allem zum Ausdruck, dass eine Mehrheit der Menschen offensichtlich zu dem Schluss gelangt ist, dass die Interessen der Abgehängten und derjenigen, denen die Gefahr des sozialen Abstiegs in dieser Gesellschaft droht, durch die sogenannten Volksparteien nicht mehr vertreten werden. Die Wahlergebnisse beider Parteien spiegeln den angehäuften sozialen Konfliktstoff. Das gilt bei weitem nicht nur für Deutschland. Gerade diesem Sachverhalt hat auch DIE LINKE zu wenig Rechnung getragen.

Der große Erfolg der Grünen hängt wohl damit zusammen, dass sie als authentisch empfunden werden und dass sie durch die Medienberichterstattung über Fridays for Future beste Wahlwerbung erhielten. Da im Wahlkampf auch DIE LINKE den Zusammenhang zwischen Klimakatastrophe und Profitstreben nicht thematisiert hat – und daraus folgend die Grenzen des kapitalistischen Systems für den Klimaschutz – fehlte auch hier die zwingend erforderliche antikapitalistische Kritik. Doch wie auch immer: Die Grünen sind in den Augen ihrer Wähler glaubwürdig.

Offensichtlich hat unsere Partei an Glaubwürdigkeit verloren, nicht zuletzt, weil wir vielerorts von den bürgerlichen Parteien nicht mehr genügend unterscheidbar sind. Wenn Gregor Gysi kürzlich in der TAZ erklärte, wir seien nicht mehr gefürchtet, so ist das eher ein Teil des Problems. Darauf hier umfänglicher einzugehen, würde heute zu weit führen. Wenn es stimmt, dass die Treue der Grünen zu ihrem Markenkern ihre mit Wählerstimmen belohnte Glaubwürdigkeit ausmacht, dann wird wohl auch stimmen, dass es klug gewesen wäre, DIE LINKE hätte – gerade in Anbetracht der großen Gefährdungen für den Weltfrieden – ihren Markenkern besonders betont: Die einzige in den deutschen Parlamenten vertretene Friedenspartei zu sein. Dies offensiv zu tun, wurde unterlassen, und dafür gibt es Gründe – wohlbekannte: Nicht wenige Protagonisten der LINKEN wünschen sich eine Regierungsbeteiligung im Bund. Noch am Wahlabend erklärte Katja Kipping, das Bremer Wahlergebnis habe auch mit der im Landtagswahlkampf erklärten Regierungsbereitschaft der LINKEN zu tun. Das schlussfolgert sie gewiss nicht nur für Bremen.

### **Keine Kompromisse in der Außenpolitik**

Kürzlich berichtete das *ND* über ein Treffen von Abgeordneten der LINKEN, SPD und Grünen am 15. Mai. Dort seien Chancen für ein Regierungsbündnis ausgelotet worden, da die Umfragen den Abgeordneten diesbezüglich Mut machten. Von der Linkspartei nahmen Stefan Liebich, Birke Bull-Bischoff und Matthias W. Birkwald an der Begegnung teil. Die Sozialdemokraten hätten berichtet, es sei jetzt "viel einfacher" als bisher, unter Genossen Unterstützer für "r2g" zu gewinnen, sagte Stefan Liebich im Gespräch mit "nd". Eine Koalition mache aber nur Sinn, »wenn sie mit einer wirklichen Umverteilung einhergeht«. Die soziale Frage sei für die Linkspartei "die entscheidende", betonte er. Wenn es hier von den anderen Parteien Entgegenkommen gäbe, "müssen wir in der Außenpolitik zu Kompromissen bereit sein", findet Liebich. Diese Aussagen sind wohl von denen am 26. Mai nicht zu trennen. Im Kontext mit dem von der LINKEN erzielten unbefriedigenden EU-Wahlergebnis teilte er mit, ein Neustart sei erforderlich.

Wir könnten nicht so weitermachen wie bisher. Das Ergebnis müsse uns alle dazu bringen, nachzudenken, wie wir es anders machen können als in der Vergangenheit, und da stünde auch jede Person in Frage.

Auf personelle Spekulationen wollen wir uns hier gar nicht einlassen. Sehr wohl aber auf die Frage, was damit gemeint sein könnte, es anders machen zu wollen als in der Vergangenheit. Wir rechnen nach den EU-Wahlen und den Bremer Ergebnissen – wie auch immer die Landtagswahlen in Brandenburg und Sachsen am 1. September und in Thüringen am 27. Oktober 2019 ausgehen werden – mit folgendem: Die "Philosophie", wir müssten im Bund zum Zuge kommen, um die Probleme der Länder und Kommunen zu lösen, wird in Vorbereitung des Erfurter Parteitages im Juni 2020 eine wachsende Rolle spielen. Sollten wir bei den bevorstehenden Landtagswahlen – vorsichtig formuliert – nicht so gut wegkommen, so werden wir einmal mehr zu hören bekommen, programmatische Formelkompromisse würden Wählerinnen und Wähler verunsichern. Klarheit

müsse her. Der Versuch des *fds* - auf dem Leipziger Parteitag im Juni 2018 noch misslungen – mittels Einsetzung einer Programmkommission eine Programmdebatte loszutreten, wird in Erfurt wohl wiederholt werden. Im Verlauf einer programmatischen Debatte soll dann wohl signalisiert werden, dass DIE LINKE mit der Staatsräson der BRD konform geht. Das betreffe elementar unsere friedenspolitischen Grundsätze. Ein DEMENTI ist erwünscht!

Ulf Poschardt, Chefredakteur der Springerzeitung "*Die Welt*", schrieb am 21. Mai: "So vernünftig Bodo Ramelow, Dietmar Bartsch oder Katja Kipping sein mögen, so abgründig sind die Positionen der Linken zur NATO, zu Maduro, Assad oder Russland, zur Marktwirtschaft oder Bildung."

Sehen wir einmal davon ab, dass es von der LINKEN keinen positiven Bezug zu Assad gibt, so ist gewiss, dass die Kommunistinnen und Kommunisten in unserer Partei alles tun werden, damit die von Poschardt als abgründig bezeichneten Positionen erhalten bleiben.

## **Mitteilung über die Beratung des Ältestenrates der Partei DIE LINKE am 6. Juni 2019**

Im Mittelpunkt der Beratung standen die Wahlen zum Europäischen Parlament, die Wahlen für die Bremische Bürgerschaft und die Kommunalwahlen in Brandenburg, die Fortsetzung der Bemühungen der Partei DIE LINKE für eine Zukunftsentwicklung in den ostdeutschen Ländern.

Grundlage für diese Beratung war eine Analyse der Wahlen zum Europäischen Parlament und der Kommunalwahlen am 26. Mai 2019, die der Vertreter der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Horst Kahrs vortrug, sowie eine Information des Ostbeauftragten der Bundestagsfraktion DIE LINKE, Jan Marose, zu Initiativen der Fraktion zu Zukunftsfragen für Ostdeutschland.

Die erste Reaktion in den deutschen Massenmedien auf das Wahlergebnis zum Europäischen Parlament war, die erwartete starke Rechtsentwicklung ist nicht eingetreten. Eine erste Bewertung, von befürchteter Rechtsentwicklung, blieb nicht lange im Sprachgebrauch. Die eine wie die andere Aussage trifft nicht die Kernfragen der Entwicklung der Europäischen Union und ihre Widerspiegelung in den Ergebnissen der Wahl. Im eigentlichen Wesen der Sache gibt es keine europäische Wahl, sondern die Wahl eines Parlaments der EU in den Ländern, die zur Union gehören. So betrachtet hat diese Wahl die bürgerliche Mitte und die Sozialdemokratie sichtbar geschwächt und die Linke hat in Prozenten betrachtet um mehr als 20 Prozent ihrer Mandate verloren. Die Rechtstendenz in den EU-Ländern setzt sich fort. Die Grünen Parteien haben in verschiedenen Ländern stark dazu gewonnen, aber die Zahl der Länder aus denen sie kommen hat sich kaum verändert. So betrachtet sollte diese Wahl als Fortsetzung einer Zäsur der weiteren Entwicklung der EU betrachtet werden.

Die politische Katastrophe der SPD ist kein Trost, sondern sollte als letzte Warnung an die Adresse unserer Partei verstanden werden zumal damit keinerlei Zugewinn, sondern sogar noch eigene deutliche Verluste verbunden sind.

Die negativen Seiten der EU, fehlende Fortschritte für soziale Gerechtigkeit und für die Stärkung der Demokratie einerseits, andererseits aber für eine Stärkung der Tendenz der Militarisierung setzen sich fort und geben Raum für den Prozess der Stärkung einer Rechten bis zur weiteren Entwicklung von faschistischen Elementen in ihren Reihen und bis in die gesellschaftlichen Verhältnisse. Was bisher in östlichen Ländern wie Polen und Ungarn, in westlichen Ländern wie Italien, Frankreich und Österreich als Tendenz galt, wird mit der Neuwahl des Europäischen Parlaments in dieser Grundtendenz auch in Deutschland spürbar. Die alte Aussage über ein sozial-demokratisches Jahrhundert erfüllt sich nicht. Es wird auch kein Grünes Jahrhundert geben, da die Klimafrage mit neuen Kämpfen um Ressourcen die Frage nach Krieg und Frieden mit neuer Schärfe stellen wird. Die linken Kräfte in der EU decken die tieferen Zusammenhänge dieser Prozesse kaum auf. Der Wahlausgang ist für die Partei DIE LINKE, mit Ausnahme des Ergebnisses der Bremischen Bürgerschaftswahl, als schwere Niederlage zu betrachten.

Nicht die Summe einzelner Fehler im Wahlkampf sollten im Mittelpunkt der Betrachtungen stehen, sondern die Schwächen politischer Führung und fehlende Dynamik auf den Wechsel von Massentimmungen. Wenn bisher galt, die Kommunen sind eine feste Basis für DIE LINKE, dann zeigen die Wahlergebnisse gerade andere Zeichen. Größere Rückschläge mit Verlusten bis an 50 Prozent in mittleren und Kleinstädten mussten konstatiert werden.

Die Reaktion der Parteiführung auf diesen Wahlausgang ist bisher unangemessen und von oberflächlichen Ausreden gekennzeichnet. Dies gilt erst recht angesichts der eigenen Ankündigungen und Erwartungen vor der Wahl.

Bei der Anerkennung des Bremer Wahlergebnisses geht es um gehaltene Voraussagen, was schon viel bedeutet, aber noch nicht um einen realen Zuwachs. Schnelle, zum Teil zweifelhafte Aussagen von Führungskräften sollten nicht an Stelle einer politischen Analyse und Führungspositionierung der gewählten Leitungen treten. Reale, achtungsvolle, kritische Betrachtungen und eine hohe Qualität der politischen Führung heißen die Herausforderungen. Nur wenn sie erfüllt werden, bleiben Chancen für notwendige Veränderungen.

Die Wahrnehmung unserer Partei wird seit Monaten ebenfalls von hasserfüllten, intriganten Machtkämpfen bestimmt, die in den Rückzug von Sahra Wagenknecht mündeten. Allen daran Beteiligten haben sich für politische Führungsaufgaben disqualifiziert.

Der Ältestenrat hatte Gelegenheit im Parteivorstand über seine Debatten und Aussagen über ein Ostdeutsches Zukunftskonzept zu berichten. Dem Parteivorstand lag auch eine Grobskizze über Entwicklungsprobleme Ostdeutschlands von Genossen Harald Wolf, Leiter einer Arbeitsgruppe des Parteivorstandes vor. Der bisherige Ablauf aller Bemühungen verläuft aber ohne Koordinierung und erscheint als Einzelaussagen. DIE LINKE läuft Gefahr, ihre Nähe als Vertreter der Interessen der ostdeutschen Bürgerinnen und Bürger weiter zu verlieren.

Das offizielle Erscheinungsbild unserer Partei wird zunehmend durch eine Mischung von pseudo-professioneller Langeweile und links-grünen Attitüden bestimmt. Der Markenkern unserer Partei als fundamentale Gegnerin des kapitalistischen Systems und als konsequente Vertreterin ostdeutscher Belange droht verloren zu gehen. Die kulturelle Bindung zu den arbeitenden Armen, den arbeitslosen und dem vom System abgehängten Teil der Jugend schwinden zusehends. Bremen ist hier die Ausnahme.

Den Ältestenrat erreichen wiederholt Anfragen und Aufforderungen die Leitungsorgane und Führungskräfte der Partei auf die Erwartungen der Mitglieder und die Herausforderungen in der Gesellschaft zu den vielfältigen kritischen Ereignissen, unreif geführten Meinungsstreit in der Partei und zur Erinnerungskultur mit eigenen Positionen im Rahmen einer Führungskonzeption zu reagieren.

In den nächsten Monaten wird es ständig heißen, was **vor** 30 Jahren war, worum es aber geht ist doch, wie ist die Lage in Europa und Ostdeutschland **nach** 30 Jahren zu betrachten. Deutschland ist mit allen Momenten imperialer Entwicklung die wirtschaftlich stärkste und mächtigste Kraft in Europa. Die Lebensverhältnisse sind aber noch immer auf der Basis rechtlicher Ungleichheit gravierend unterschiedlich. Lebensleistungen bleiben unbeachtet, Elitenwechsel setzt sich fort und die Bereitschaft für reale Veränderungen fehlt im Prozess parlamentarischer Rechtsgebung. Der Vereinigungsvertrag ist in wesentlichen Momenten nicht eingehalten und das 2+4-Abkommen hat seine Wirkung verloren. DIE LINKE steht vor der Herausforderung ihre Kraft als Opposition einzusetzen und nach einer Richtungsveränderung des laufenden Prozesses zu streben. Wo sie mitregiert ist zu prüfen, ob die eingegangenen Kompromisse zu Entwicklungen führen, die den Interessen unserer Wählerschaft widersprechen und so zum Wechsel der Stimmung und der Wahlabstimmung gegen uns führen. Wo Anpassung gilt und keine rote Linie besteht, hebt sich linke Politik und Interessenvertretung in der eigenen Wählerschaft auf.

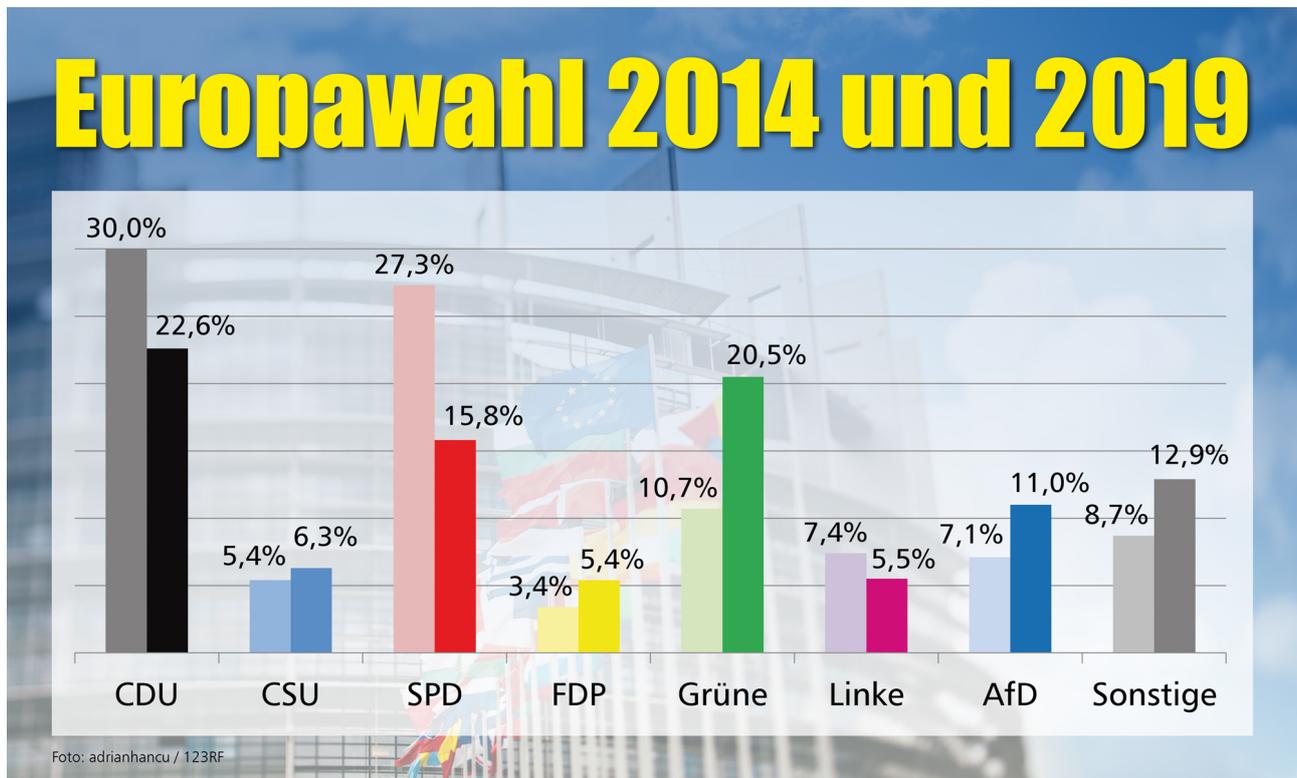
Angesichts dessen und eines möglichen schwarz-braunen Durchmarsches bei Wahlen ist eine schonungslose Aufarbeitung der Wahlergebnisse und der gesamtpolitischen Lage erforderlich. Es sollten daher Personen herangezogen werden, die die erforderliche Objektivität für eine tiefgründige Analyse aufbringen. Ungenügende Führungsanalyse verhindert eine gründliche, kritischkonstruktive Einschätzung von Schwächen und Fehlern in der Wahlstrategie und einer aktionsfähigen Wahlführung. Aussagen von Führungskräften, wie „...ich habe noch viel mit dieser Partei vor...“ sollten sich von selbst verbieten.

Wir erwarten von allen, die eine Funktion in und für die Partei ausüben, beispielhaftes Verhalten im Umgang untereinander und eine Politik, die das Verbindende herausstellt, anstatt die unterschiedlichen kulturellen Milieus unserer Wählerschaft gegeneinander aufzubringen und für eigene Machtansprüche zu missbrauchen.

Der Ältestenrat wird den Parteivorstand und den Bundesausschuss bitten, unsere Debatten und Überlegungen im Rahmen der Führungsentscheidungen darzulegen und zu prüfen.

Mitte September werden wir in Verbindung mit einer Auswertung der Landtagswahlen in Brandenburg und Sachsen unsere Debatten zu Deutschland „30 Jahre nach der Vereinigung“ fortsetzen.

## Sozialistische Linke: DIE LINKE erneuern. Erklärung nach den Wahlen vom 26. Mai 2019



DIE LINKE hat bei den Europaparlamentswahlen mit einem Rückgang von 7,4 auf 5,5 Prozent der Stimmen herbe Verluste eingefahren. Sie hat nur noch fünf statt vorher sieben Sitze errungen, davon nur eine Abgeordnete – Özlem Demirel – aus dem Westen und dem eher linken Lager der Partei. DIE LINKE hat Wählerinnen und Wähler vor allem ins Lager der Nichtwähler, an die Grünen und an Kleinparteien verloren. Selbst vom Jahrhundertdebakel der SPD konnte sie nicht profitieren. Bei den Bürgerschaftswahlen in Bremen hat DIE LINKE leicht zugelegt und über drei Prozentpunkte mehr als bei der Europawahl geholt. Bei den Kommunalwahlen in mehreren Ländern hat DIE LINKE im Westen überwiegend leicht zugelegt, in den ostdeutschen Ländern hat sie überwiegend stark verloren, landesweit meist ein Viertel bis ein Drittel ihrer Stimmen, v.a. in ländlichen und kleinstädtischen Bereichen.

Dafür gibt es zum einen strukturelle Gründe. Die soziale räumliche und ideologische/mentale Spaltung vertieft sich – zwischen Stadt und Land (und zwischen Innenstädten und Vorstädten), zwischen Ost und West, zwischen „Gewinnern und Verlierern“, zwischen „kosmopolitisch“ und „kommunitaristisch“. Eine einheitliche Strategie zu finden, die unserem gesamten WählerInnenpotential gerecht wird, ist nicht einfach. Im Osten setzt sich die Erosion der traditionellen WählerInnenbasis der LINKEN fort.

Zum anderen ist es der LINKEN nicht gelungen, den Wählerinnen und Wählern zu vermitteln, warum sie uns bei den Europawahlen ihre Stimme geben sollten. Programmatisch hatten wir kein klares Profil, kein Alleinstellungsmerkmal, keinen Fokus. DIE LINKE macht Europa sozial?

Ein unrealistischer Anspruch, den uns kaum einer abgenommen hat. Die sozialen Kernthemen der LINKEN standen im Wahlkampf nicht im Mittelpunkt. Das Friedensthema, bei dem DIE LINKE ein Alleinstellungsmerkmal hätte, spielte kaum eine Rolle.

Zudem hat wie in Europa die GUE/NGL auch DIE LINKE in Deutschland unbekannte Spitzenandidaten ins Rennen geschickt. Die Klimafrage wurde ganz überwiegend mit den Grünen verbunden und es gelang nicht, die Unzulänglichkeit der kapitalismusunkritischen grünen Positionen deutlich zu machen.

Dass die Europawahl zu einer „Schicksalswahl“ gegen Rechts (und „für Europa“) hochstilisiert wurde, hat europaweit eine Polarisierung zwischen Liberal-Grünen und Rechtspopulisten befördert. Statt diese Erzählung ebenfalls zu bedienen, hätte DIE LINKE sich stärker – der Youtuber Rezo hat es vorgemacht – als die Opposition zur herrschenden Politik in der EU und in Deutschland profilieren und diese angreifen müssen. Der Niedergang einstiger „Volksparteien“ setzt sich fort, aber DIE LINKE profitiert nicht davon. Stattdessen etablieren sich die Grünen als der neue Mainstream, vermeintlich kritischer und v.a. ökologisch problembewusster, zugleich niemanden wirklich angreifend und für alle wählbar. Jüngere und eher progressive Proteststimmen gingen, begünstigt durch das Fehlen einer Fünfprozenthürde, überwiegend an Kleinparteien. „Die Partei“ erreichte bei den Unter-30-jährigen mehr Stimmen als DIE LINKE. Auf der anderen Seite schafft es die AfD, ihre Position als rechte Oppositions- und Protestpartei flächendeckend zu verfestigen. In Thüringen, Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern liegt sie auf dem zweiten Platz hinter der CDU, in Sachsen und Brandenburg ist sie sogar stärkste Kraft. Die AfD rangiert mittlerweile bei Arbeitslosen und bei Arbeitern gleichauf mit der CDU/CSU und ist fast viermal so stark wie DIE LINKE.

Es hat nichts mit Schlechtrede zu tun, wenn wir feststellen, dass auch DIE LINKE vielerorts den Draht zu einfachen Menschen, zu Arbeiterinnen und Arbeitern sowie kleinen Selbstständigen und deren Problemen verloren hat. Bei diesen, bei niedrig Qualifizierten und bei mit ihrer wirtschaftlichen Lage Unzufriedenen hat DIE LINKE besonders stark verloren, wenngleich sie von Letzteren noch überdurchschnittlich gewählt wird. Wir schaffen es bislang nicht, uns auch in ländlichen Gebieten, aber auch in ehemaligen SPD-Hochburgen stärker zu verankern, sondern verlieren unsere vormals starke Position in ostdeutschen Regionen. Wir haben unser Image als „Protestpartei“ zum großen Teil eingebüßt, setzen in der öffentlichen Debatte zu wenig Akzente und beschäftigen uns zu sehr mit uns selbst, statt nach außen zu wirken.

Schließlich hat der interne Streit uns Stimmen gekostet, auch und gerade bei bisherigen Stammwählern, die sich geärgert haben über den Umgang mit Aufstehen und Sahra Wagenknecht bis zum Versuch, klarere EU-Kritik in der Partei klein zu halten, bei der Listenaufstellung und in der Wahlkampagne. Es gab viele, insbesondere EU-kritische, linke und uns nahestehende Sympathisanten, die DIE LINKE nur mit Bauchschmerzen oder gar nicht mehr gewählt haben.

So kann es nicht weitergehen. Wir brauchen dringend eine ernsthafte Debatte über unsere strategische Aufstellung. Nötig wäre eine verbindende Politik und Strategie, die die verschiedenen Flügel der Partei und noch wichtiger die unterschiedlichen Teile der gesellschaftlichen Basis und des WählerInnenpotentials der Linken überzeugt – und auch personell adäquat abbildet.

LINKE muss sich als populäre soziale und linke Alternative profilieren – gegen die herrschende ungerechte Politik wie gegen die nationalistische Rechte. Im Zentrum sollten folgende Punkte stehen:

- Sozialstaat und Demokratie schützen und ausbauen! Kapitalistische Globalisierung und EU-Integration und ein zunehmend autoritärer Neoliberalismus untergraben Demokratie und Sozialstaat und schwächen die Positionen der Lohnabhängigen. Wir wollen die demokratische Macht und Gestaltungsfähigkeit der Mehrheit stärken und die der herrschenden Klasse zurückdrängen.

- Frieden und internationale Solidarität! Frieden und eigenständige Entwicklungsmöglichkeiten sind bedroht durch einen aggressiven Imperialismus. Freihandelsverträge, Militär und Regime-Change-Kriege sollen weltweit freie Bahn für das Kapital und die Dominanz der USA durchsetzen. Wir kämpfen gegen Krieg und für Völkerverständigung und gute Nachbarschaft.

- Gute Arbeit und sozial-ökologischer Umbau! Solcher Fortschritt kann nur gelingen mit sozialer Gerechtigkeit und einer neuen Qualität gesellschaftlicher und staatlicher Regulierung und Steuerung. Der Kapitalismus muss durch einen neuen, demokratischen und ökologischen Sozialismus überwunden werden!

DIE LINKE wird dringend gebraucht. Den einfachen Schlüssel zum Erfolg gibt es vermutlich nicht. Nötig ist beharrliche Arbeit an der Basis, die unterstützt wird von einer klugen Führung, in der sich – bei allen Differenzen und damit verbundenen Auseinandersetzungen – alle wiederfinden können, die auch bei unseren (potentiellen) Wählerinnen und Wählern gut ankommt und sich bemüht, unsere populären Persönlichkeiten zu unterstützen statt zurückzudrängen.

## **Alexander King: Deutschland und DIE LINKE nach der Europawahl**

### **Tiefe Spaltung und die Grünen als neues Maß aller Dinge**

Die Ergebnisse der EU-Wahl bilden die tiefe Spaltung unserer Gesellschaft ab. Zwischen Stadt und Land, zwischen Innenstadt und Vorstadt, zwischen „Gewinnern“ und „Verlierern“, zwischen West und Ost, viele würden sagen: zwischen gut und schlecht, schön und hässlich, oder einfach: zwischen grün und (AfD-)blau. Es ist eine ähnliche Polarisierung, wie wir sie auch in anderen mitteleuropäischen Ländern finden: in Frankreich zwischen Macron und Le Pen, in Polen zwischen PiS und Bürgerplattform oder in Österreich bei der letzten Präsidentschaftswahl zwischen van der Bellen (grün) und Hofer (FPÖ). Die Grünen haben die Metropolen, die Innenstädte, die Universitäten, die Jungen, die Gebildeten, die Bessergestellten, den Westen im Sturm erobert. Die AfD saht im Osten und dort v. a. in ländlichen Regionen ab und unter denjenigen, die sich vor Abstieg sorgen oder ihn schon hinter sich haben. Diese Entwicklung ist besorgniserregend. Sie gefährdet die Demokratie.

Dass die Grünen ihre Führerschaft in der Meinungsbildung nun auch in politische Münze umwandeln und die Machtfrage stellen können, kommt nicht überraschend. Es war nur eine Frage der Zeit. Die Grünen sind schon lange die Partei der meinungsbildenden Eliten. Überall, wo Meinungen gebildet und Normen gesetzt werden, insbesondere in Medien und Bildungseinrichtungen, sind die grünen Milieus stark präsent und verallgemeinern ihr Weltbild. Das schlägt sich nun auch zunehmend in Wahlergebnissen nieder. Den Grünen können die Folgen der Agenda 2010 nichts anhaben, denn ihre Wähler sind nicht betroffen. Die SPD wird von den Verlierern der Agenda 2010, ihren früheren Wählern, abgestraft. Und DIE LINKE, die sich im Protest gegen die Agenda 2010 gegründet hat, kann den Protest nicht mehr auffangen.

DIE LINKE hat bei der EU-Wahl erneut unter Arbeitern, Geringverdienern und Erwerbslosen verloren. Nur noch 6 Prozent der Arbeiter wählen DIE LINKE (2014: 10 Prozent), aber 23 Prozent die AfD (2014: 10). Unter Gewerkschaftsmitgliedern liegen wir mit 7,4 Prozent (2014: 9,7) deutlich hinter Union (22,6), SPD (22), Grünen (18,3) und AfD (13,1). Unter den im Bundestag vertretenen Parteien ist nur die FDP schwächer.

In Auswertungen der Parteispitze wird gerne darauf verwiesen, dass die Klima-Thematik alle anderen Fragen überwölbt habe. Einige wollen daraus den Schluss ableiten, wir müssten jetzt „die Sprache der Grünen“ sprechen bzw. das Klima zu unserem zentralen Thema machen. Das ist so nicht richtig. In Befragungen wurde die soziale Frage nahezu gleichwertig als wahlentscheidend genannt. Dass die Medien nur das Thema Klima „gespielt“ haben, hat sicher etwas mit den oben beschriebenen Zusammenhängen zu tun. Unsere Aufgabe wäre es gewesen, die Menschen anzusprechen, für die die soziale Frage im Mittelpunkt ihres Interesses steht. Diese Leute haben wir offensichtlich nicht erreicht.

### **Ehrliche Aufarbeitung tut Not**

SPD und DIE LINKE kommen zusammen auf nicht viel mehr als 20 Prozent und sind existenziell bedroht, wenn sie keine Antwort auf die Frage nach ihrer Rolle in dieser Kräftekonstellation finden. Wir reden zwar „nur“ über das Europäische Parlament. Aber die Grundströmungen, die in dem Ergebnis zum Ausdruck kommen, ziehen sich auch auf anderer Ebene durch: In der Sonntagsfrage verliert DIE LINKE seit der Rückzugsankündigung von Sahra Wagenknecht beständig an Boden. Derzeit liegen wir noch bei 7 bis 8 Prozent. Es stellt das in den letzten 14 Jahren unter großen Anstrengungen Erreichte in Frage, wenn wir heute nicht mehr viel besser dastehen als die PDS Ende der 90er Jahre.

Und auch mögliche Auswirkungen auf unsere künftige Handlungsfähigkeit im Bezirk werden sichtbar. Die Prognosen für die BVV-Wahlen, leider auch in Tempelhof-Schöneberg, zeigen das: Wurden uns in Tempelhof-Schöneberg im Februar noch 11 Prozent zugetraut, sind es jetzt noch 8,5

Prozent. In anderen Bezirken sind die Bewegungen zum Teil noch gravierender, z.B. in unserem Nachbarbezirk Neukölln. Dort gingen die Prognosen von 19 auf 12,5 Prozent zurück.

Doch noch tut DIE LINKE so, als hätte ihr historisch schlechtes Wahlergebnis auf gar keinen Fall mit falschen Entscheidungen an der Parteispitze zu tun. Symptomatisch war in dieser Hinsicht der Auftritt der Parteivorsitzenden auf der Bundespressekonferenz am Montag nach der Wahl. In keiner Silbe haben sie ihre Verantwortung als Parteivorsitzende für das desaströse Ergebnis angesprochen. Die Botschaft war: Alles richtig gemacht, jetzt in dieselbe Richtung weitergehen, eine grünrotrote Bundesregierung vorbereiten... Das alles mit einem Ergebnis von 5,5 Prozent im Rücken. Anwesende Journalisten staunten nicht schlecht über dieses Ausmaß an Realitätsferne. Wir müssen einfordern, dass mit der Niederlage ernsthaft umgegangen wird. Sonst können wir nichts daraus lernen.

Es geht dabei nicht um „Schuldzuweisung“, sondern um Verantwortlichkeit. Verantwortlich für ein Wahlergebnis sind diejenigen, die die wesentlichen Entscheidungen über die strategische Ausrichtung der Wahlkampagne getroffen haben: über die Personalisierung, die Agentur, die thematischen Schwerpunkte, die Ansprache. Dass falsche Entscheidungen getroffen wurden, ist bei einem solchen Ergebnis offensichtlich. Man kann nicht alles mit äußeren Umständen erklären.

Es ist schließlich nicht lange her, da war noch deutlich mehr drin. Da galt nicht Robert Habeck, sondern Sahra Wagenknecht in der Bevölkerung als Herausforderin der GroKo. Doch die destruktive Kraft innerhalb der LINKEN hat es gar nicht erst zugelassen, dass daraus ein Machtfaktor für DIE LINKE wurde. Zwei Jahre Neidkampagne aus den eigenen Reihen haben der Popularität von Sahra Wagenknecht zwar keinen Abbruch getan. Sie gehört immer noch zu den beliebtesten Politikern Deutschlands. Allerdings hat sich DIE LINKE freiwillig von dieser Popularität abgeschnitten, anstatt wie die Grünen die Welle zu nutzen.

Wesentlicher Hebel in der Kampagne gegen Sahra Wagenknecht war die machtpolitische Instrumentalisierung der Migrationsdebatte. Diejenigen, die sich aus innerer Überzeugung an der Kampagne beteiligt haben, könnten bald enttäuscht werden, wenn sie feststellen, dass ihre Anliegen bei der strategischen Orientierung auf eine grünrotrote Bundesregierung unter die Räder kommen – oder glaubt irgendjemand, dass eine grünrotrote Bundesregierung die Grenzen für unbegrenzte Zuwanderung öffnen wird?

DIE LINKE wurde zur Geisel eines gnadenlosen Machtpokers. Der Preis war hoch. Vor allem in Ostdeutschland brach DIE LINKE ein. Eine Landtagsabgeordnete berichtete, das einzige, was sie an den Infoständen zu hören bekommen hätte, sei gewesen: „Euch kann man ja nicht mehr wählen, so wie ihr die Wagenknecht behandelt habt.“

### **Debatten entgiften, nach dem Kitt suchen, Profil zurückgewinnen**

Was muss DIE LINKE jetzt tun? Wir müssen die Frage klären, für wen wir da sein wollen. Wessen Interessen vertreten wir? Und wen nehmen wir dabei mit? Vor allem: Wie sprechen wir diejenigen, um die es uns in erster Linie geht, so an, dass sie uns ihre Interessen auch wirklich anvertrauen wollen?

DIE LINKE hat unter Arbeitern, Handwerkern oder Rentnern in der letzten Zeit viel Vertrauen verspielt und der AfD eine breite Flanke geöffnet. Wahlniederlagen können verdaut werden, sagt die Parteienforschung. Doch wenn sich die Kernklientel dauerhaft abwendet, kann das den Untergang einer Partei bedeuten. Neben den Fragen aus der Welt der Arbeit muss DIE LINKE auch ihr Alleinstellungsmerkmal als Friedenspartei wieder unterstreichen. Für viele Wähler, gerade im Osten Deutschlands, ist die Sorge um den Frieden in Europa ein zentrales Thema. Im EU-Wahlkampf wurde die Friedensfrage auf die (richtige!) Kritik an Waffenexporten eingedampft. Das reicht nicht

angesichts der zunehmenden Aufrüstung und Konfrontation mit Russland, die vielen Menschen Sorgen bereiten.

Als Anhängsel der Grünen wird DIE LINKE nicht überleben. Die Grünen bestimmen die politische Agenda in ihrem Interesse. Die letzten Monate haben gezeigt, dass DIE LINKE nicht davon profitiert hat, dieser Agenda hinterherzulaufen. Das schließt eine kluge linke Klima- und Umweltpolitik natürlich nicht aus, im Gegenteil. Aber wir müssen auch dann, wenn wir über das Klima reden, von den Interessen derjenigen ausgehen, die mehr um ihr persönliches Überleben und als um das Überleben des Planeten kämpfen. Auch wenn es schwer fallen mag, diese Perspektive einzunehmen.

Die Kommunikation innerhalb der LINKEN muss entgiftet werden. Das Trennende wurde in den letzten Jahren ja überdeutlich herausgearbeitet. Zu klären wäre jetzt, was uns noch verbindet. Und falls wir zu dem Schluss kommen, dass es noch ausreichend Kitt gibt, was ich hoffe, müssen alle Strömungen auf allen Ebenen der Partei, im gesamten Funktionärskörper, angemessen vertreten und ausbalanciert werden. Im Moment ist das nicht so, wie wir alle wissen. Oder glaubt jemand, dass die Zusammensetzung des Landesvorstands auch nur annähernd die Mitgliedschaft des Berliner Landesverbands wiedergibt?

The winner takes it all – so war es auf dem Bundesparteitag in Leipzig: Der Riss ging mitten durch den Parteitag. Mit weniger als 50% wurde der Bundesgeschäftsführer gewählt, nur wenige Stimmen vor dem Herausforderer. Und es war nicht die einzige Entscheidung, die auf Messers Schneide getroffen wurde, ohne den Versuch des Ausgleichs. Das inszenierte Tribunal gegen Sahra Wagenknecht hat viele Mitglieder und Wähler der LINKEN in Mark und Bein getroffen. Die Rückmeldungen aus der Bevölkerung waren verheerend, auch in Tempelhof-Schöneberg.

Wir müssen diese Unkultur von Intrigen, Machtkämpfen und Selbstzerstörung beenden, Argumente sollen zählen, wenn wir um Positionen ringen, nicht Phrasen und Glaubensbekenntnisse, die wir uns um die Ohren hauen. Wir sind keine Sekte, sondern eine politische Partei. Lasst uns dem Niedergang nicht teilnahmslos zusehen.

Wir sollten den nächsten Parteitag vorziehen, um eine Verständigung über die künftige strategische Aufstellung unserer Partei zu ermöglichen. Das ist umso wichtiger, als eine Neuwahl des Bundestags zumindest nicht mehr auszuschließen ist. Sollten wir in der jetzigen Aufstellung, ohne Klärung, in einen Wahlkampf taumeln, wäre das nicht erfolgversprechend. Wir brauchen an der Spitze Leute, die die Menschen mitreißen können. Vielleicht wäre auch endlich der Moment gekommen, in einer Mitgliederabstimmung über Parteiführung und Spitzenkandidaturen zu entscheiden. Zumindest sollten wir darüber diskutieren. Das würde signalisieren, wir haben verstanden: offene Debatte statt Hinterzimmer-Ränke, Demokratie statt Apparat-Herrschaft. DIE LINKE wird gebraucht, sie muss wieder handlungsfähig werden!

## **Jörg Schindler: Europawahl: Auswertung und Perspektiven**

Das Wahlergebnis der Europawahlen für DIE LINKE beträgt 5,5 % und ist - gemessen an unserem Ziel und unseren Erwartungen - enttäuschend. Wir konnten zwar im Westen mit Ausnahme von Rheinland-Pfalz marginal zulegen, die massiven Verluste im Osten sind aber einschneidend, insbesondere in den Flächenländern Thüringen und Sachsen-Anhalt. In absoluten Zahlen hat DIE LINKE mit bundesweit 2.056.010 Stimmen das zweitbeste Ergebnis bei einer Europawahl erzielt. Gegenüber der Europawahl 2014 (7,4 %) haben wir jedoch 112.701 Stimmen verloren und wir konnten von der gestiegenen Wahlbeteiligung (61,4 %, 2014: 48,1%) nicht profitieren. Den erheblichen Verlusten in den ostdeutschen Bundesländern, vor allem in den kleineren Städten und Gemeinden, steht die leicht gestiegene, aber weiterhin schwache Verankerung der Partei in den westlichen Flächenländern gegenüber: Selbst durch sich entwickelnde Hochburgen in urbanen Zentren in Ost und West konnte dieser Verlust nicht ausgeglichen werden. Das Ergebnis der Europawahl ist deshalb für unsere Partei ein Rückschlag im Aufbau einer wirkmächtigen linken Partei.

Wir sollten daher die Diskussion über die Ursachen sachlich, (selbst-)kritisch und konstruktiv führen und über die Schlussfolgerungen für den politischen Kurs in den nächsten Monaten solidarisch und mit konstruktivem Blick nach vorne diskutieren. Denn vor uns stehen richtungsweisende Landtagswahlen in Brandenburg, Thüringen und Sachsen und womöglich auch bald im Bund. An dieser Stelle brauchen wir klare Analysen und gemeinsame Strategien, die aus meiner Perspektive als Wahlkampfleiter

- DIE LINKE in einem Richtungskampf gegen rechts stärken müssen,
- eine höhere gesellschaftliche Mobilisierung hervorrufen (als bei den Europawahlen) und
- DIE LINKE, als Mitgliederpartei, aus der Wahlkämpfe kollektiv und in der Breite getragen werden können, stärkt.

Ich plädiere dafür, offensiv über diese Ursachen zu sprechen, denn nur so kann uns gelingen, uns kommenden Herausforderungen selbstbewusst zu stellen, zu lernen und gemeinsam stärker zu werden. Ich plädiere aber auch dafür, bei der Auswertung und Diskussion der Schlussfolgerungen folgendes immer in den Blick zu nehmen: Wahlen werden - trotz der Notwendigkeit engagierter und zielgerichteter Wahlkampfführung - nicht durch die Wahlkämpfe selbst entschieden. Sie werden auch - entgegen bürgerlicher Erzählungen - nicht durch charismatische Persönlichkeiten entschieden, sondern Wahlkämpfe sind Ergebnis der politischen Wahrnehmung und Durchsetzungsfähigkeit einer Partei in einer längeren Zeitperiode in der Öffentlichkeit und bei den eigenen Mitgliedern. Sie sind ein Zwischenstand des Niveaus der sozialen Kämpfe in einer Gesellschaft. Dort sollte bei der Analyse der Fokus liegen.

### **ZU DEN URSACHEN**

Die eine Ursache für das schlechte Ergebnis bei der Europawahl gibt es meines Erachtens nicht - viel mehr lässt sich ein Bündel aus Ursachen ausmachen.

### **Unsere Schwierigkeiten bei der Wahlkampfkommunikation**

Die Ausgangslage für DIE LINKE war schwierig. Bei den drei wahlentscheidenden Themen - Klimaschutz, EU-Positionierung und Kampf gegen rechts - hatten wir zwar klare wahlprogrammatische Positionen. Diese sind in dem durch den Bundesparteitag beschlossenen Europawahlprogramm enthalten und werden von mir weiterhin vollständig inhaltlich getragen. Dennoch konnten wir bei keinem dieser Themen punkten. Weder beim Thema Klimaschutz, noch bei unserer Perspektive auf die Krise der EU-Integration als auch im Kampf gegen rechts konnten wir mit unserer Partei in der Öffentlichkeit wirklich durchdringen und mit eigenen Akzenten im Meinungssetting wahrgenommen werden. Dazu kam das Problem, dass es in unserer Partei weiterhin unterschied-

liche Positionen zur EU-Integration gibt. Der Bundesparteitag hat dazu zwar einen meiner Auffassung nach in der Partei tragfähigen Kompromiss erzielt. Auch haben wir in der Kommunikation - auf Plakaten, Materialien, in Podien - klare Botschaften gesandt: 1. Konkrete Problembeschreibung. 2. konkreter Lösungsvorschlag ("Steuern schon abgeliefert? Konzerne zur Kasse", "Flucht hat Ursachen. Waffenexporte stoppen", "Klima vor Profite. Saubere Energie fördern" usw...) Trotzdem ist es uns nicht hinreichend gelungen, offenbar länger bestehende uneindeutige Zuschreibungen in der Wahrnehmung der Wähler\*innen zur EU und den damit zusammenhängenden wahlentscheidenden Fragen zu überwinden. Diese Uneindeutigkeit und Missverständlichkeit lassen sich meiner Ansicht nach in folgenden Punkten identifizieren:

- weiterhin gespaltenes innerparteiliches Verhältnis zur Krise der EU-Integration/ Sozialunion: zwischen nationalem Souveränismus einerseits und "Republik Europa" andererseits
- die Wahrnehmung des Klimaschutzes als bürgerliches Wohlfühlthema
- Uneindeutigkeiten, Fehlwahrnehmungen und Missverständlichkeiten in der Migrationspolitik sowie im Kampf gegen rechts
- Unklarheit über die Wirksamkeit einer Linken in der EU
- gespaltenes linkes Elektorat: EU-Verlierer (Prekäre, Erwerbslose...) und EU-Gewinner (urbanes Milieu, Bildungsmilieu)

Sowohl die im Parteivorstand beschlossene Wahlstrategie als auch der Beschluss des Parteitages vertraten den Ansatz eines "dritten Pols": jenseits eines neoliberal geprägten „proeuropäischen“ Weiterso und eines „antieuropäischen“ Nationalismus haben wir die Position eingenommen, dass es einer grundlegenden Veränderung der EU zu einem „sozialen und friedlichen Europa“ bedarf, um diese nicht nur zu erhalten, sondern auch als einen Ort des aktiven Eingreifens zu betrachten. Wir haben dies mit einem zweimaligen „Ja“ umschrieben: „Ja“ zum Erhalt der EU, und „Ja“ zu einer grundlegenden Veränderung der EU. Dies stellte angesichts der erheblich divergierenden Auffassungen in der Partei den - meines Erachtens auch inhaltlich richtigen - Versuch dar, einen Kompromiss zu finden: zwischen den Befürworter/innen einer „Republik Europa“ einerseits und den Befürworter\*innen einer schärferen Kritik der EU andererseits. Dieser Versuch, beide gegenüberstehenden Positionen und Elektorate politisch-solidarisch miteinander zu verbinden, ist jedoch gescheitert: Wir konnten offensichtlich nicht hinreichend vermitteln, dass wir Europa ändern wollen, um sie als politisch regulativen Raum zu erhalten und auszubauen. Wir konnten nicht glaubwürdig erzählen, dass wir soziale Gerechtigkeit als Voraussetzung (und nicht: als Vorbehalt) für Klimaschutz erachten. Offenbar wurden unsere Forderungen missverstanden als „Europa ja, aber anders. Klimaschutz ja, aber sozial gerecht“. Zwar haben wir es parteiintern geschafft, unsere Position zur Europäischen Union, als einen Ort aktiven Eingreifens und als originären Kampfplatz für radikal soziale und demokratische Reformen, geschärft. Mit den 5-Punkte-Sofortprogrammorschlägen haben wir ja sogar inhaltlich konkret und aktiv unsere Visionen als realisierbar kommuniziert. Dieser Kompromiss in der Partei war aber nach außen nicht ausreichend mobilisierend. Wir konnten offensichtlich nicht hinreichend vermitteln, dass wir die EU radikal ändern wollen, um sie zu erhalten und auszubauen. Eine gemeinsame Sprache als Partei konnten wir deshalb also weiterhin schwer finden. Nicht nur in der Außenwahrnehmung, auch intern, war es uns nicht möglich, die inhaltlichen Leerstellen und Defizite linker Europapolitik der letzten Jahre auszugleichen. Unsere Kommunikation, konkrete und radikale Forderungen an eine EU als Sozialunion zu formulieren, ist nicht kohärent mit traditionell verankerten, kritischen Stimmen gegenüber der EU; diese mussten wir aber irritieren, sofern wir den Anspruch, soziale und demokratische Mindeststandards in der EU setzen zu wollen, konkretisierten.

Mit dieser Schwierigkeit befindet sich die deutsche LINKE allerdings in Gemeinsamkeit mit den europäischen Linksparteien insgesamt, die mit Ausnahme der portugiesischen Linken, allesamt schlechter als erwartet abschnitten und der politischen Bedeutungslosigkeit nur knapp entgangen sind. Innere Widersprüche über die realen Möglichkeiten der politischen Einflussnahme (parlamentarisch und außerparlamentarisch) auf EU-Ebene führten für die Wähler\*innen nicht dazu, dass die Wahlentscheidung zugunsten linker Parteien ausfällt.

Auch Klimaschutz wird gegenwärtig nicht mit uns assoziiert, trotz einer Programmatik, die selbst von Klimaschutzverbänden gelobt wird. Die Tatsache, dass dies in der Regel in der interessierten Öffentlichkeit für Überraschung sorgt, verweist darauf, dass diese Thematik linker Politik eher äußerlich erscheint.

In der Migrationspolitik waren unsere Positionen ebenfalls wahlprogrammatisch zwar eindeutig im humanistischen Sinne formuliert. Gleichwohl wirkten hier offenbar weiterhin die innerparteilichen Kontroversen nach, die erst Ende 2018 beendet werden konnten. Noch in den Befragungen in unserem Wähler\*innenpotenzial im Vorwahlkampf wurde uns in dieser Frage eine uneindeutige Position attestiert. Es ist praktisch nicht möglich, derartige verfestigte Wahrnehmungen im Wahlkampf komplett „zu drehen“.

Auch, wenn man - anders als ich - die beschlossene Positionierung des Bundesparteitags aus einem der beiden denkbaren Gründe ("Republik Europa" oder "radikalere" Kritik der EU-Verfasstheit) nicht teilt, hätte uns das meiner Meinung nach wahlpolitisch nicht genutzt. Eine solche Entscheidung für eine der beiden Positionen hätte uns nicht nur als Partei auf dem Bundesparteitag und im Wahlkampf vor eine Zerreißprobe gestellt, sondern auch aufgrund der fortwirkenden o.g. unterschiedlichen Haltungen in unserer Partei und Wähler\*innenschaft zur EU keine relevant besseren Wahlergebnisse erzeugt. Denn für beide Alternativpositionen - "Republik Europa" oder intensivere Kritik der EU-Verfasstheit - ergeben sich jeweils erhebliche Folgeprobleme. Es erscheint aus meiner Sicht wenig überzeugend anzunehmen, dass eine schärfere Betonung von EU-Kritik besonders positiv im Wählervotum aufgenommen worden wäre. So hat sich seit 2014 die Haltung unserer Wähler/innen gegenüber der EU positiv verändert: für sechs von zehn LINKEN Wähler\*innen überwiegen Deutschlands Vorteile aus der EU-Mitgliedschaft - das macht eine Steigerung zu 2014 von 23 % aus. Umgekehrt müsste auch die Artikulation einer "Republik Europa", die spiegelbildlich auf der Ebene der Strukturverfasstheit der EU verbleibt, nicht aber die EU als Kampfplatz und Raum sozialer Konflikte fokussiert, die linke Wähler\*innenbasis eher entzweien.

### **Schwache Mobilisierung entlang der sozialen Frage**

Die soziale Spaltung führte auch bei der Europawahl dazu, dass viele Menschen mit niedrigen Einkommen nicht zur Wahl gegangen sind. Diese sind gerade bei einer Europawahl noch schwieriger zu erreichen und zu mobilisieren, da viele Menschen zu Recht die neoliberale Ausrichtung der EU-Institutionen und die geringe Gestaltungsmacht des Europäischen Parlaments kritisieren und als Ergebnis ihrer Stimmabgabe kaum Verbesserungen ihrer Arbeits- und Lebensbedingungen erwarten. 34% unserer Wähler\*innen wählten uns aus Protest. Bei den Arbeiter\*innen, bei Gewerkschaftsmitgliedern, bei Menschen ohne Abitur und bei Erwerbslosen zeigt sich die gesellschaftliche Polarisierung: die alten Volksparteien verlieren, aber profitiert haben bei dieser Wahl die AfD und die Grünen. Zu denken geben muss uns insbesondere das Ergebnis bei der Gewerkschafter\*innen. Während die LINKE insbesondere bei den Gewerkschafterinnen überdurchschnittlich abgeschnitten hat, haben die Grünen bei den Gewerkschaftern (16%) stärker von der Krise der SPD profitiert und sind bei den Gewerkschafterinnen stärkste Partei geworden. Auch die Ergebnisse bei den Wähler\*innen unter 30 Jahren lassen uns alt aussehen: nur 7 % der Jungwähler/innen (Grüne 34%) wählten DIE LINKE. Zwar machen diese Wähler\*innen nur einen kleinen Teil des gesamten Wählerspektrums aus, zugleich müssen wir diese Zahlen aber auch als starke Indikatoren für zu-

künftige Entwicklungen verstehen. Dass die beiden "großen" Parteien CDU und SPD kaum über die Größenordnung anderer Parteien hinauskommen oder sogar hinter diese zurückfallen, verweist auf eine massive Erosion des Wahlverhaltens jüngerer Generationen. Auch wir können uns hier nicht auf gewachsene Überzeugungen (im familiären, sozialen Umfeld usw.) verlassen. Hier müssen wir uns erneuern. Wir sind bei den Jungwählern\*innen dort stehen geblieben, wo soziale Bewegungen aufhören. Wenn soziale Milieus (weiter) fraktionieren und sich tradiertes Wahlverhalten immer schwerer bildet, müssen wir hier näher an diejenigen ran, die ihren "ersten Wahlwillen" bilden (der eine gewisse Vorentscheidung für spätere darstellt): Deshalb müssen wir die Partei für junge Menschen und ihre Politikformen weiter öffnen und die Barrieren zwischen Parteiarbeit und politischem Aktivismus in sozialen Bewegungen senken. Wenn wir um die Hegemonie bei jungen Menschen kämpfen wollen, müssen wir jungen Mitglieder und Sympathisant\*innen politische Partizipation niedrigschwellig ermöglichen können.

Die LINKE ist mit einer klaren Kritik an der sozialen Spaltung, der neoliberalen Politik und Verfasstheit der EU in den Wahlkampf gegangen. Bei unserer Wahlkampagne stand – die soziale Gerechtigkeitsfrage im Vordergrund, sowohl bei den zentralen Themen, Botschaften und Forderungen als auch bei den Plakaten und Wahlkampfveranstaltungen. Aber in der veränderten politischen Lage war es schwer mit unserem Ansatz, konkrete soziale Alternativen zur neoliberalen EU-Politik und klare Kante gegen rechts durchzudringen. Dabei können wir im Bereich sozialer Kompetenz auf durchaus messbare Erhöhungen verweisen: Im Ergebnis der Kampagne und der guten Arbeit der Partei in den letzten Jahren insgesamt, konnten wir die Kompetenz-Werte für „sorgt für soziale Gerechtigkeit“ deutlich verbessern (auf 15%). Wie 2014 gilt die LINKE für sehr gute 25% der Wähler\_innen als die Partei, die sich am stärksten darum bemüht, dass es gerechter zugeht. Uns ist es aber im Wahlkampf zu wenig gelungen, ein soziales Kernthema zum mobilisierenden Schwerpunkt der Kampagne zu machen. Die Forderung nach einem höheren Mindestlohn wurde, wenn auch weniger deutlich, auch von SPD und Grünen erhoben. Eine Möglichkeit wäre eine stärkere Konzentration der Wahlkampagne auf die Frage der Verteilung des Reichtums und die Besteuerung der Konzerne gewesen, um so über einen exemplarischen Konflikt mehr Aufmerksamkeit und Mobilisierung im Wahlkampf zu erreichen. Umso wichtiger wäre es gewesen, die Funktion der LINKEN im Europäischen Parlament deutlicher zu machen. Bis heute existiert keine gemeinsame Sprache oder linke Erzählung innerhalb der Fraktion GUE/NGL zu gemeinsamen linken Kämpfen europaweit. Das ist nicht nur bedauerlich. Das hat uns auch Stimmen gekostet, die vorrangig auf das Konto kleiner Parteien gegangen sind (DIE PARTEI, Diem25). Diese Diversität und Heterogenität der europäischen Linken ist durchaus auch ein Teil der oben beschriebenen Uneindeutigkeit: Es ist uns als europäische Linke bisher nicht gelungen, deutlich zu machen, mit welcher Kraft der Gemeinsamkeit wir auf europäischer Ebene für Veränderungen kämpfen wollen. Zu sehr erscheint die GUE/NGL und auch die EL (noch) als loser und taktisch motivierter Verbund von nationalen Einzelparteien. Diese Zerklüftung zu reduzieren, höhere Verbindlichkeiten herzustellen, die EL und GUE/NGL bei aller gebotenen Diplomatie zu einem höheren Grad an gemeinsamer politischer Durchsetzung auf EU-Ebene zu befähigen, muss daher auch ein Ziel der deutschen LINKEN sein. DIE LINKE ist breit akzeptierter Partner innerhalb der EL. Unser Augenmerk sollte daher in den nächsten Jahren auf die Verstärkung der inhaltlichen Arbeit liegen, etwa durch eine Kampagne, oder auch die erhebliche Verstärkung des Jugendaustauschs zwischen den Mitgliedsparteien sein, die identitätsstiftend wirkt und ein Gefühl für die Gemeinsamkeit der Kämpfe und Raum für Erfahrungen anderer schafft.

### **Klimaschutz als wahlentscheidendes Thema**

Soziale Gerechtigkeit war für die Wähler\*innen insgesamt das (zweit)wichtigste Thema (mit 43%), aber es war nicht das alleine wahlentscheidende Thema. Das gilt vermutlich auch für viele Arbeitnehmerinnen und Erwerbslose, die zu 14% bzw. 17% für die Grünen stimmten. Die bundespolitische Bedeutung der Europawahl war stark durch die Kritik an der Zukunftsvergessenheit der GroKo geprägt - durch Fridays for Future stand dabei die Forderung nach einer radikalen Wende in der Klimapolitik im Vordergrund. Auch wenn unsere Kandidierenden unser klimapolitisches Programm

authentisch vertreten haben, bildet DIE LINKE bei der hier zugeschriebenen Klimakompetenz mit 2% das Schlusslicht (B90/DIE GRÜNEN 56%).

Bei der Wahl war Klimaschutz für 48% das wichtigste Thema. Immerhin 40% der Grüne-Wählenden nannten „soziale Gerechtigkeit“ als ein wahlentscheidendes Thema – für diese Wähler\*innen stand die Verbindung von Klimaschutz, sozialer Gerechtigkeit und Weltoffenheit mit einer positiven Haltung („für die Veränderung der EU“) im Zentrum. Es gibt Hinweise darauf, dass viele Wähler\*innen der SPD, aber auch einige, die sonst LINKE wählen würden, mit der Wahl der Grünen gezielt ein Zeichen gegen die Klimapolitik der Bundesregierung setzen wollten. Beim Thema Klimaschutz wird uns trotz guter Programmatik und klarer Forderungen von den Menschen deutlich weniger Kompetenz zugetraut. Unsere Programmatik muss sich dauerhaft und glaubwürdig niederschlagen: in politischer Alltagspraxis der Partei, Koalitionsverträgen, kommunal- und landespolitischen Schwerpunktsetzungen, Bündnisarbeit, eigener Parteipraxis. Dies zu ändern, ist auch eine Frage der Schwerpunktsetzungen, braucht längeren Atem und ist kaum im Rahmen eines Wahlkampfes zu schaffen. Dennoch sollten wir selbstkritisch auswerten, dass es uns nur unzureichend gelungen ist, an die von Fridays for Future in Gang gesetzte gesellschaftliche Diskussion anzuschließen und diese mit einem linken Profil, das konsequenten Klimaschutz, soziale Gerechtigkeit und Konzernkritik verbindet, weiterzutreiben und gesellschaftskritisch zu schärfen. Wir haben es nicht geschafft Hoffnung zu machen, dass DIE LINKE Teil der Lösung sein kann. Dabei war durchaus auffällig, dass dort, wo unsere Vertreter\*innen - etwa in Podiumsdiskussionen - ins direkte Gespräch mit Schüler\*innen kamen, die Zustimmungswerte mit Verlauf der Diskussion anstiegen, etwa bei den Publikumsbefragungen. Das verweist darauf, dass unsere Positionen zwar trotz Radikalität potenziell anschlussfähig und breit tragfähig sind, aber offenbar nicht bekannt oder jedenfalls nicht als solche der Partei, als linke Positionen, wahrgenommen werden.

### **WIE WEITER? Sommer der Solidarität - Die Wahlkämpfe im Osten unterstützen! Für einen Wandel gegen rechts!**

Die wichtigste und verantwortungsvollste Aufgabe, die vor uns steht, ist jetzt alle Energie in die ostdeutschen Landtagswahlkämpfe zu stecken. In Zusammenarbeit mit den ostdeutschen Landesverbänden gilt es jetzt rechte Regierungen in Sachsen, Brandenburg und Thüringen zu verhindern. DIE LINKE ist der einzige Garant für soziale Gerechtigkeit und Solidarität. In Brandenburg und Thüringen gilt es, unsere Partei, in den dortigen Regierungen zu stärken. In Thüringen wollen wir zudem den ersten linken Ministerpräsidenten Bodo Ramelow verteidigen. Kritik an einzelnen Entscheidungen dieser Regierungen unter Beteiligung unserer Partei ist legitim, darf aber nicht dazu führen, die tatsächlichen Verhältnisse zu negieren: Zu verhindern, dass die AfD die stärkste Partei im Osten wird ist, ist die Aufgabe aller progressiven Kräfte. Ob jung oder alt, aus Ost oder West. Die LINKE steht für Antifaschismus, Solidarität und soziale Gerechtigkeit. Unsere Arbeit gegen Rechts und Rassismus sowie Solidarität mit Geflüchteten werden wir in den kommenden Wahlkämpfen verstärken und sichtbarer machen. Gleichzeitig müssen wir aufzeigen, dass es darum geht, den sozialen Nährboden des Rechtspopulismus durch sozial gerechte Politik und radikale Umverteilung auszutrocknen. Das heisst für uns konkret:

- Ich schlage vor, eine bundesweite Initiative in die Partei starten, indem wir Bustouren und konkrete Wahlkampfhilfe aus dem gesamten Bundesgebiet organisieren.
- Eine bessere Zukunft für alle: Wir wollen den Zukunftsplan Ostdeutschland weiterentwickeln und unsere Vorschläge für höhere Löhne und sinnvolle Arbeit, für einen Ausbau der Infrastruktur und Stärkung regionaler Wirtschaft über Veranstaltungen und Medienarbeit in die gesellschaftliche Auseinandersetzung bringen. Der Zukunftsplan Ostdeutschland ist dabei nicht nur ein Plan für die dringend notwendige Angleichung der Lebensverhältnisse, sondern auch ein Konzept alternativer wirtschaftlicher, sozialer und ökologischer Entwicklung mit einer Stärkung der Demokratie vor Ort.

- Wir suchen den Schulterschluss mit den Menschen, die sich in den Betrieben für bessere Löhne und Arbeitsbedingungen organisieren. Dazu schlage ich vor, in den anstehenden Wahlkämpfen eine Betriebstour starten.
- Wir unterstützen die wahlkämpfenden Landesverbände bei ihren Aktivitäten in Bündnissen gegen rechts.

### **Klimagerechtigkeit ist eine soziale Frage – die Klimafrage von links besetzen**

Klimaschutz ist keine taktische, sondern eine existentielle Frage. Es bleiben noch etwa 10-15 Jahre für einen radikalen sozial-ökologischen Umbau von Wirtschaft, Infrastruktur und veränderte Lebensweisen. Wer selbst klimapolitische Initiativen aktiv vorantreibt, kann mit großer Unterstützung in der Bevölkerung für ein konsequentes Zusammendenken von sozialer Gerechtigkeit und Klimaschutz rechnen. Der Platz der LINKEN ist an der Seite von Fridays for Future, Science for Future, Lehrer\*innen for Future und Gewerkschafter\*innen for Future! Ebenso stehen wir an der Seite der Bewegungen für einen schnellen Kohleausstieg und unterstützen Kampagnen wie „Ende Gelände“ und Kohleausstieg („kein gesellschaftlicher Kompromiss“).

Wir müssen auch innerhalb der Partei offensive Debatten führen, wie wir radikale und realistische und sozial-ökologische Projekte auf den Weg bringen und durchsetzen können. Auch müssen wir darüber sprechen, wie wir das Themenbündel Ökologie kommunal und bundespolitisch zusammendenken. Nach dem Motto „Ein klimagerechtes gutes Leben für alle“ sollten wir best-practice-Beispiele unterbreiten und anstoßen: Ökologische, bezahlbare und genossenschaftliche Wohnprojekte statt Flächen zersiedelnde und versiegelnde Einfamilienhäuser, Carsharing, ein kostenfreier und gut ausgebauter ÖPNV, oder ein gemeinsamer Technikpool wären die Stichwörter. Wohnpolitik und Enteignungsdebatte sollten an dieser Stelle auch weitergeführt und –vertieft werden. Der sozial-ökologische Umbau hat zwei Ebenen, die zusammenarbeiten müssen: bundespolitisch radikal andere Rahmensetzungen, die wiederum kommunal durchgesetzt werden. Es gilt deshalb, in der Partei die Verzahnung der Kommunalpolitik mit der Bundespolitik voranzutreiben und die auch gegenwärtig in der Partei anzutreffende Geringschätzung der jeweils anderen Ebene zurückzudrängen.

### **Organizing ausbauen**

Die Wahlauswertungen zeigen, dass wir in den Stadtvierteln, in denen die Kreis- oder Ortsverbände eine aktivierende und organisierende Politik machen, wo es unkomplizierte Möglichkeiten zum Mitmachen gibt und wo sie gesellschaftliche Konflikte offensiv führten, mitunter deutlich bessere Wahlergebnisse verzeichnen. In Berlin Gropiusstadt erreicht DIE LINKE gegen den Neuköllner Negativtrend im Durchschnitt bessere Ergebnisse, wo das Modellprojekt in den Wahlbezirken aktiv ist. In Hamburg Steilshoop hat DIE LINKE in den Wahlbezirken, in denen das Hamburger Modellprojekt arbeitet, ihr kommunales Ergebnis teilweise verdoppelt und durchgehend gesteigert (von 11,7 auf 13,6; von 11,9 auf 23,3; von 13,3 auf 22,2; 13,0 auf 18,2; und von 18,3 auf 19,9.). Selbst das Europawahlergebnis wurde hier gegen den Stadtteil-Trend gesteigert. Das stärkste Ergebnis in Köln kommt aus einem Wahllokal aus dem Stadtteil Chorweiler (18,9%; Ergebnis Chorweiler gesamt: 5,0%; Ergebnis Köln gesamt: 6,1%), bisher wahrlich keine LINKE Hochburg. In all diesen Gebieten arbeiten engagierte Genossinnen und Genossen Hand in Hand mit ihren Nachbar\*innen und nutzen erfolgsversprechende Methoden LINKEN Organizing. Diese Arbeit, die wir bundesweit u.a. über Bildungsarbeit und Modellprojekte in sozialen Brennpunkten unterstützen, wollen wir gezielt zu einem „Plan Organizing 2020“ ausbauen.

### **Partei einer radikalen und realistischen Kapitalismuskritik**

In der Bevölkerung gibt es ein wachsendes Bewusstsein, dass ein „Weiterso“ keine Alternative ist. Auf der einen Seite wird gesehen, dass kleine Korrekturen am Kapitalismus kaum ausreichen, auf

der anderen Seite gibt es die Erwartung an schnelle, pragmatische Lösungen und Bündnisfähigkeit. Wir erleben auch, dass soziale Forderungen wie Stärkung des Sozialstaates, höhere Löhne, aber auch humanitäre Bezugnahmen auf menschenrechtliche Standards stets große Mehrheiten erreichen.

Hier haben wir als LINKE ein wichtiges Alleinstellungsmerkmal. Unsere Aufgabe: die Systemfrage radikal und realistisch in den Mittelpunkt zu rücken. Das ist eine wichtige Funktion der LINKEN in einer Demokratie, die sich in der Krise befindet und in einer Gesellschaft, die nach Alternativen zum „Weiterso“ sucht. Das heisst konkret:

Unsere wirtschaftspolitischen Alternativen weiterentwickeln und offensiv in die Diskussion bringen. Es geht um einen radikalen und realistischen, sozialen und ökologischen Systemwandel: sinnvolle Arbeit und soziale Sicherheit für alle, Arbeitszeitverkürzung, Reichtum radikal umverteilen und Eigentum unter gesellschaftliche Kontrolle, Wirtschaft demokratisieren - damit Menschen vor Profite kommen.

DIE LINKE muss stärker als Partei einer aufklärerischen Konzernkritik wirken. Wir können den Widerspruch zwischen gesellschaftlichen Bedürfnissen und der privaten Verfügung über den gesellschaftlichen Reichtum, zwischen blindem Wachstum der Profite und Klimaschutz an vielen konkreten Beispielen zuspitzen. Wir starten in die Partei hinein einen Call for Ideas für Aktionsformen oder Aktionsideen um Konzernkritik konkret zu machen und bauen die social-media-Arbeit zu diesem Thema aus.

### **Die Geschichte machen unsere Mitglieder - die Partei weiter öffnen und überzeugend kommunizieren**

DIE LINKE ist nur eine lebendige Partei, wenn sie eine lebendige Mitgliedschaft hat. Die Partei weiterhin als einen attraktiven Ort für Mitglieder zu gestalten, bleibt herausfordernd und eine Kernaufgabe von uns. Die letzten Jahre waren durch politische Auseinandersetzungen geprägt, die auf personeller Ebene kanalisiert wurden und den offenen Prozess im Hinblick auf eine aktivierende Mitgliederpartei massiv gehemmt haben. Wir erleben zudem, dass nichts so schnell alle Motivation erlahmen lässt, wie abstrakte Debatten „um des linken Kaisers Bart“, Rechthabereien um Wortgeklänge, unsolidarische Verdikte und Distinktionen, die Verachtung von Lebensstilen und Milieus. Gerade neu gewonnene und junge Anhänger\*innen erleben dies häufig als abstoßend. Eine weitere Öffnung unserer Partei für Mitstreiter\*innen mit sozialistischem Herzen und einem ebensolchen intuitiven Verstand ist deshalb unerlässlich. Um die Attraktivität unserer Partei für diese Menschen zu erhöhen, ist eine neue pragmatische Radikalität notwendig, nämlich eine Radikalität der Position und ein Pragmatismus der Tat. Wir brauchen eine stark verankerte Mitgliedschaft, in den Nachbarschaften, in den Gewerkschaften, in den sozialen Bewegungen, in Vereinen und dort, wo „das Leben spielt“. Die Tendenz, Konflikte um einzelne politische Themen stets auf der höchsten Ebene zu führen statt sie in der politischen Praxis möglichst kooperativ zu lösen, muss zurückgedrängt werden. Den erfolgreich begonnenen, jedoch in 2018 ins Stocken geratenen offenen Prozess der Gewinnung neuer, vor allem junger Mitglieder, häufig ohne politisch-organisatorische Vorerfahrung, müssen wir fortführen. Wir brauchen eine aktivierende Praxis, die in der Partei verankert ist, unterschiedliche Ansprachen bedienen kann und sowohl im Osten als auch im Westen Gehör findet. Unsere Parteigeschichte wird durch unsere Mitglieder geschrieben. Konkret heißt das:

- Die Mitgliederarbeit vor Ort muss gestärkt werden, insbesondere im Osten.
- Wir wollen Bildungsformate zur Mitgliederaktivierung ausbauen.
- Die Formate der Veranstaltungen unserer Partei bedürfen einer tiefgreifenden Modernisierung: Bundes- und Landesparteitage müssen basis- und diskussionsorientierter werden, weniger durch langatmige und frontale Redebeiträge geprägt. Elemente der Willensbildung „auf Augenhöhe“ und in kommunikativem Stil müssen massiv gestärkt werden. Auf

allen Ebenen der Partei bedarf es der Stärkung offener Formate, der Öffnung der Büros, der Stadtteil- statt Hinterzimmerdebatte.

- Wenn wir die zu starke "Einbahnkommunikation" zwischen Bundespartei und Kreisverbänden vermeiden wollen, müssen wir die Kommunikation in beide Richtungen intensivieren. Regelmäßiges strukturiertes (ggf. digitales) Feedback der Mitglieder zu politischen Fragen fällt ebenso darunter wie die regelmäßige Herausgabe einer Mitgliederpublikation. Durch einen gelungenen Dialog können nicht nur Kreisverbände von Aktionsformen und -ideen profitieren. Auch die Bundespartei hat dadurch die Möglichkeit, von der Arbeit und Praxis vor Ort mehr zu erfahren. Das schafft Transparenz und hilft der Partei, Herausforderungen und Schwierigkeiten besser zu verstehen.

### **Fahrplan für eventuelle Neuwahlen erstellen, Bürgerschaftswahlen in Hamburg und Kommunalwahlen in Bayern vorbereiten**

Die GroKo steht vor der Zerreißprobe. Ein Festhalten am Bündnis der alten Volksparteien scheint auf Dauer unwahrscheinlich. Spätestens nach den Wahlen im Osten werden wir wissen, ob die kommenden Bundestagswahlen früher anstehen als geplant. Deshalb sollten wir schon jetzt die Debatte in unserer Partei forcieren, und die Debatte führen, wie wir uns strategisch im Bund aufstellen wollen, um die GroKo durch eine Regierung zu ersetzen, die, einen grundlegenden progressiven Politikwechsel auf den Weg bringt. Mit aller Kraft unterstützen wir die Genossen\*innen bei den Bürgerschaftswahlen in Hamburg sowie den Kommunalwahlen in Bayern- gemeinsam kämpfen wir für eine stärkere LINKE.

### **Löhne, die für ein gutes Leben reichen, soziale Absicherung, mehr Lebensqualität und eine bessere Zukunft**

Als LINKE sind wir die einzige Partei, die klare Konzepte für eine Überwindung von Armut und Niedriglohn, für gute Arbeit und soziale Absicherung für alle hat. Gute Konzepte reichen nicht, es geht darum, die „untere Hälfte“ der Bevölkerung, die von der Reichtumsentwicklung „abgehängt“ wurde, gezielt anzusprechen, diese im Alltag zu verankern. Bei den Beschäftigten in der Pflege haben wir durch die Pflegekampagne, in dem wir den Gebrauchswert der LINKEN deutlich und erfahrbar gemacht haben, erfolgreich an Vertrauen und Zustimmung gewonnen. Wir bleiben am Ball und werden mit unserer Pflegekampagne weiterhin an der Seite der Pflegerinnen und Pfleger kämpfen. Zudem schlage ich vor, in Zusammenarbeit mit der BAG Betrieb und Gewerkschaft Aktivitäten und Material zu entwickeln, dass sich gezielt an Menschen im Niedriglohnsektor richtet. Gerade bei Beschäftigten im Handel und in der Logistik können wir als Partei eine stärkere Verankerung aufbauen. Unsere bundesweiten Mietenkampagne und unsere Unterstützung von MieterInnen-Protesten in unzähligen Kommunen treffen eine zentrale soziale Frage dieser Zeit. Auch die Forderung nach Enteignung und Vergesellschaftung von Immobilienkonzernen trifft auf wachsende Zustimmung. Im Wahlkampf konnten wir hier öfters mit unseren Vorschlägen sichtbar werden. Diesen Weg sollten wir weitergehen und unsere Kampagne für bezahlbare Mieten 2020 zu einer großen bundesweiten Mobilisierung gemeinsam mit MieterInnen-Initiativen und Bündnispartnern weiterentwickeln. Gemeinsam können wir einen Mietendeckel und mehr ökologisch und energieeffizienten genossenschaftlichen und kommunalen Wohnungsbau durchsetzen! Mit den Mieter\*innen-Initiativen und weiteren Bündnispartnern machen wir Druck für die Enteignung und Vergesellschaftung privater Immobilienkonzerne.

## **BAG Betrieb & Gewerkschaft: DIE LINKE muss die Perspektive der abhängig Beschäftigten stärken**

Bei der Europawahl verlor unsere Partei DIE LINKE drastisch bei Arbeitern, Angestellten, Arbeitslosen und Rentnern – und das obwohl wir für uns in Anspruch nehmen, deren Interessen zu vertreten. Mit Verlusten von vier Prozent unter Arbeitern, einem Prozent unter Angestellten, zwei Prozent unter Rentnern und drei Prozent unter Arbeitslosen setzt sich ein Trend fort, der sich bereits bei vorangegangenen Wahlen angedeutet hatte. Anders als die LINKE verliert die SPD bei dieser Klientel verdientermaßen. Die AfD dagegen verbucht Zuwächse und wird massiv von Arbeitern und Arbeitslosen gewählt. Bei den Arbeitslosen schneiden selbst die Grünen besser ab als die LINKE. Wenn uns das Fundament unserer Wähler abhandenkommt, dann muss das die Partei und ihre Gremien zum Nachdenken bringen. Hierzu möchten wir drei Gedanken in die Debatte einbringen.

### **1.) Über Armut zu reden ist noch keine Klassenpolitik**

Historisch ist die Entstehung der Partei DIE LINKE untrennbar mit der Kritik an Hartz IV und der Deregulierung des Arbeitsmarktes durch SPD und Grüne verknüpft. Die Kritik der Partei an Hartz IV hat allerdings eine Schiefelage bekommen. Während beide Vorgängerparteien aktiver Bestandteil der Montagsdemonstrationen waren und insbesondere die WASG zum organisatorischen Ausdruck des gewerkschaftlichen Protestes gegenüber Rot-Grün wurde, hat sich die LINKE nach dem Abflauen der Proteste gegen Hartz IV stark auf ihre parlamentarische Arbeit beschränkt. In den gewerkschaftlichen Debatten spielt sie als Partei zudem keine Rolle mehr.

Paternalistische Politikkonzepte im Umgang mit Hartz IV haben die Strategie ersetzt, eine emanzipatorische aktive Bewegung gegen die Deregulierung des Arbeitsmarktes aufzubauen und anzuführen. Hartz IV hat nicht nur Millionen Menschen in eine entwürdigende Lebenssituation katapultiert, sondern Arbeitslose und Beschäftigte diszipliniert und deren gewerkschaftliche Gegenwehr erschwert. Die Forderung nach einer sanktionsfreien Mindestsicherung von 1.050 Euro ist eine bevormundende und allenfalls verwaltende Antwort auf Zustände, die aktiv bekämpft werden müssen. Die Verluste bei Arbeitslosen, Arbeitern und Angestellten sollten Hinweis genug sein, dass weder Arbeitslose mit Almosen abgespeist werden noch Arbeiter sich mit der betrieblichen Ohnmacht zufriedengeben wollen. Im Unterschied zur Europawahl hat die LINKE im Bremer Landtagswahlkampf u.a. die Vermittlung in und die Schaffung von »Guter Arbeit« in den Vordergrund gestellt. Sie hat Nichtwähler mobilisiert und sogar Stimmen von SPD und Grünen hinzugewonnen (<https://kurzelinks.de/ocrj>).

Die Gewerkschaften haben zehn Jahre lang für die Einführung des Mindestlohns gekämpft. Unter dem Dach des DGB sind alle acht Mitgliedsgewerkschaften im Verlaufe der Kampagne zusammengewachsen und letztlich hat die Entstehung der Partei DIE LINKE der Forderung den nötigen Rückenwind gebracht. So richtig wie es 2005 war, sich mit dieser Forderung an die Seite der Gewerkschaften zu stellen, so falsch ist es 2019, das Thema »Gute Arbeit« allein auf eine gesetzliche Lohnuntergrenze zu reduzieren. Gute Arbeit ist unbefristet, mitbestimmt und tarifvertraglich geschützt. Die rückläufige Tarifbindung ist Ausdruck der geänderten Kräfteverhältnisse in den Betrieben. Leiharbeit, Befristungen, Outsourcing, Niedriglöhne und Hartz IV schwächen Beschäftigte und Gewerkschaften. Wenn die LINKE auf diese Situation nur mit einem Festhalten am Mindestlohn reagiert, dann steht sie damit nicht mehr an der Seite der Beschäftigten, sondern daneben.

Der rückläufigen Tarifbindung können nur aktive betriebliche Kämpfe entgegengestellt werden. Die LINKE muss ihre betriebliche Verankerung nutzen, um in gewerkschaftliche Debatten einzugreifen und diese Kämpfe zu befördern.

## **2.) Sozial-ökologischen Umbau mit realer Verankerung unter Industriearbeitern verbinden**

Die Angst vor der drohenden Klimakatastrophe hat im Wahlkampf völlig zu Recht ökologische Themen in den Vordergrund geschoben. Der Kampf um die Stimmen der Grünen ist jedoch nicht durch eine Orientierung auf urbane Milieus zu gewinnen. Eine Klassenpolitik, die sich allein auf das Leben in städtischen Metropolen (oft unter Vernachlässigung des abgehängten ländlichen Raums) konzentriert, steht auf dem Kopf. Sie kann nur zurück auf die Füße finden, wenn sie neben den Lebens- vor allem die Arbeitsbedingungen der abhängig Beschäftigten – die in den Metropolen gleichermaßen leben wie auf dem Land – in den Blick nimmt.

Ebenso wenig ist der Kampf um die Stimmen der Grünen über das Kopieren grüner Politikkonzepte zu gewinnen. Unsere Antwort muss die Stärkung der Interessen der abhängig Beschäftigten sein. Diese Interessen bestehen in der Sicherung von Arbeitsplätzen, erschöpfen sich aber nicht darin. Berufspendler haben beispielsweise ein Interesse daran, trotz des jahrzehntelangen Ausdünnens des ÖPNV pünktlich und möglichst stressfrei am Arbeitsplatz zu erscheinen. Sie haben ein Interesse an bezahlbaren Wohnungen, wohnortnahen Kitas und selbstverständlich haben sie auch ein Interesse an der Vermeidung des Klimakollapses. Doch solange die LINKE über die Einführung der CO<sub>2</sub>-Steuer diskutiert, statt große Konzerne als die Hauptverursacher des Klimawandels in den Fokus zu nehmen, fragen die elf Millionen Berufspendler, die vielfach auf ihr Auto angewiesen sind, völlig zu Recht, warum sie die LINKE wählen sollen. Wenn sich gesellschaftliche Entwicklungen radikalieren, dann müssen auch linke Forderungen radikaler werden. Würde die Forderung nach einem sofortigen Ausstieg aus der Kohleindustrie bei vollständiger Weiterzahlung der Gehälter bis zum Renteneintritt nicht sowohl die Perspektive der Beschäftigten einnehmen als auch den Konflikt mit der Kohleindustrie fördern?

Gleiches gilt für die Beschäftigten in den Betrieben der Automobilindustrie und deren Zulieferern. Durch Strukturwandel, Digitalisierung und Dieselskandal führen mehrere gesellschaftliche Umbrüche zu einer starken Verunsicherung in diesen Betrieben. Betriebsräte und Vertrauensleute erleben diese Umbruchsituation mehr als ohnmächtige Statisten denn als handlungsfähige Akteure. Wenn die LINKE nicht auf ökologische Industriepolitik setzt, die zum Ziel hat, betriebliche Akteure handlungsfähig zu machen und Beschäftigtenperspektiven und Klimaschutz zusammen zubringen, wird es niemand anderes tun.

## **3.) Klassenverankerung heißt, Anstrengungen zur Organisation der Klasse zu unternehmen**

Das Potential zur Verankerung der Partei und ihrer Ideen in den Betrieben und die Möglichkeit, betriebliche und gewerkschaftliche Debatten zu beeinflussen, sind notwendig und groß. Die richtige Orientierung auf Klassenpolitik muss jetzt in konkrete Schritte münden, die die Partei DIE LINKE in der Klasse zu verankern: Strukturell und politisch! Das macht den Aufbau von Strukturen notwendig, die dazu beitragen, handelnde Akteure wie Betriebs- und Personalräte, Vertrauensleute und Gewerkschaftssekretäre in ihrer Arbeit zu stärken. Ein Blick auf die belgische Partei der Arbeit (PTB) zeigt, dass reale Klassenverankerung gewerkschaftliche Debatten beeinflussen und offensiv nach vorn treiben kann.

Dazu ist es notwendig, dass es die LINKE als selbstverständliche Aufgabe ansieht, Gewerkschafter unter ihrem Dach zu bündeln, um die Themen von abhängig Beschäftigten stärker auf die Tagesordnung der Partei zu setzen. Zusätzlich ist es notwendig, linke Gewerkschafter stärker in die Lage zu versetzen, in die Debatten ihrer Mitgliedsgewerkschaften einzugreifen und eine offensive, selbstbewusste, am gesellschaftspolitischen Mandat der Gewerkschaften ausgerichtete und parteiunabhängige Gewerkschaftspolitik voranzutreiben.

Dort, wo das geschieht, politisiert es die gewerkschaftlichen Diskussionen und befördert linke Vernetzung im gewerkschaftlichen Kontext. In Berlin unterstützten linke Gewerkschafter die Streiks an der Charité. In Hessen haben Gewerkschafter aus der Partei und ihrem Umfeld in die Debatte der

hessischen Gewerkschaften eingegriffen und aktiv die Kampagne »Keine AfD in den Landtag« vorangetrieben. Eine lokale Vernetzung zur Verankerung der LINKEN in den Betrieben würde flächendeckend dazu beitragen, die gewerkschaftlichen Diskussionen maßgeblich zu beeinflussen. Sie würde die Rolle der abhängig Beschäftigten in der Partei stärken und dazu beitragen, gewerkschaftliche Debatten, Arbeitskämpfe und Kampagnen nicht nur von außen zu flankieren, sondern aus der Klasse heraus zu unterstützen.

Die Erfahrung zeigt, dort wo es eine relevante Anzahl linker Gewerkschafter gibt, die sich mit dem notwendigen Engagement und der dazugehörigen Zeit paart, entstehen lokale Strukturen, die gut arbeiten. Ihr Zustandekommen ist allerdings bisher mehr zufällig, als dass es einer politischen Strategie folgt oder politisch gesteuert würde. Der Aufbau von an Gewerkschaften orientierten, linken Strukturen braucht jedoch einen Fahrplan. Dieser muss in der politischen Praxis entwickelt werden.

Die Etablierung eines Gewerkschaftsrates, wie ihn SPD und Grüne betreiben, muss auch in der LINKEN Praxis werden. Er muss einen offiziellen Charakter bekommen und seine Beratungen in die Jahresplanung der Partei eingebunden werden. Neben einem gewerkschaftsübergreifenden Austausch müssen die zentralen Debatten der Gewerkschaften strategisch aufgegriffen, diskutiert und vor dem Hintergrund notwendiger Unterstützung geführt werden. Hinzu kommt: Gewerkschaftliche Diskussionen lassen sich nicht allein an der Basis beeinflussen. Sie brauchen auch den Austausch auf der Vorstandsebene. Zentral muss der Aufbau belastbarer, stabiler und regelmäßiger Kommunikationsstrukturen zwischen Parteispitze und den Vorsitzenden der Gewerkschaften sein. Die thematische Stoßrichtung ist gemeinsam im Gewerkschaftsrat zu entwickeln.

Abschließend bleib festzuhalten: Die Verluste der Partei DIE LINKE sind Ausdruck sich zuspitzender gesellschaftlicher Entwicklungen. Anders als bei der Europawahl 2014 wurden die europäischen Linksparteien 2019 nicht mehr vom Protest gegen die Troika und das von ihr angerichtete soziale Desaster getragen. Die Empörung über die Kürzungspolitik in weiten Teilen Europas hatte Tausende mobilisiert. Die Bewegungen sind weg und mit ihnen die Hoffnungen auf Veränderung. Enttäuschung und Ohnmacht haben die gesellschaftliche Gesamtlage zugunsten der extremen Rechten verändert. Dass linke Parteien angesichts derartiger massiver gesellschaftlicher Entwicklungen in die Krise geraten, ist zunächst nicht ungewöhnlich, denn sie müssen sich dazu verhalten. Entscheidend aber wird sein, ob sie diese Entwicklungen als sich zuspitzende Klassenauseinandersetzungen wahrnehmen und daraus die notwendigen Schlüsse für eine eigene Klassenverankerung ziehen.

Die SPD hat das Milieu der abhängig Beschäftigten zerstört und heimatlos zurückgelassen. Die AfD schickt sich an, diesem Milieu eine politische Heimat entlang von engen nationalen und kulturellen Grenzen anzubieten. Die Klassenverankerung der Partei DIE LINKE ist kein intellektuelles Projekt. Es ist die einzige Möglichkeit, die AfD zurückzudrängen, der anhaltenden neoliberalen Offensive des Kapitals etwas entgegenzusetzen und den Kampf um eine Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung zu gewinnen.

## **Antje Feiks/Thomas Dudzak: Erste Überlegungen zu den Ergebnissen der Kommunal- und Europawahlen und Schlussfolgerungen für die Landtagswahlen**

Vorab: Wir haben uns diese Zeilen nicht leicht gemacht. Die berechtigten Erwartungen aus der Partei sind die nach klaren Worten schnellstmöglich nach der Schließung der Wahllokale. Man kann diese Ergebnisse nicht bzw. nicht lange unkommentiert lassen. Gleichzeitig haben wir von Schnellschüssen absehen wollen. Die Ergebnisse der Kommunalwahlen liefen spät ein, sind zum Teil bis jetzt noch nicht vollständig. Dennoch: Nach dem Blick in die Zahlen wollen wir eine erste Einschätzung abgeben und euch unsere Überlegungen für die kommenden Landtagswahlen mitteilen. Zunächst ist es uns jedoch wichtig, euch für euer unermüdliches Engagement in den Wahlkämpfen zu danken. Ihr habt euch bis zum letzten Tag wirklich unglaublich eingebracht und habt diese Kampagnen ins Land getragen. Gemessen an eurer ehrenamtlichen Leistung sind die Ergebnisse deshalb unfair.

Die sächsischen Kommunal- und Europawahlen sind kein Erfolg für DIE LINKE gewesen. Mit 5,5% der abgegebenen Stimmen erreichte DIE LINKE bundesweit das schlechteste Ergebnis einer bundesdeutschen Wahl seit 2002 und das schlechteste Europawahlergebnis seit 1994. In Sachsen erreichte die Partei lediglich 11,7% (-6,6%) der abgegebenen Stimmen. Im absoluten Stimmergebnis erzielten wir lediglich 240.212 (-56.641) der abgegebenen Stimmen. Die Partei konnte so in keiner Weise von der gestiegenen Wahlbeteiligung profitieren. Die Ergebnisse der Europawahl schwanken dabei zwischen 9,3% (SOE) und 15,0% (Leipzig) der abgegebenen Stimmen. Insgesamt konnte die sächsische LINKE trotz der Verluste weiterhin 11,7% zum bundesweiten Wahlergebnis beitragen und landet damit nach NRW auf dem zweiten Rang im Ländervergleich.

In vielerlei Hinsicht handelte es sich jedoch um eine Europawahl neuen Typs: Erstmals waren die Europawahlen weniger geprägt von bundespolitischen, denn vielmehr von europapolitischen Themen. Die Auseinandersetzung zur Zukunft der Europäischen Union wurde hochgejazzt zur Frage „Bist du für oder gegen Europa“. Auf der einen Seite die europafeindlichen Kräfte der Rechten, auf der anderen Seite die Pro-EU-Parteien. DIE LINKE hatte sich in ihrer Wahlstrategie und der Kampagne versucht, als dritte Kraft zu positionieren: Die Forderung nach dem Neustart Europas stand im Raum, ohne allerdings konkreter zu werden, was dieser Neustart bedeutet. Wenn jedoch zwei Mannschaften auf dem Spielfeld stehen, die sich hart im Fußball duellieren, hat der Dritte am Spielfeldrand, der zu einer Partie Schach einlädt, meist das Nachsehen. Genau das ist der LINKEN bundesweit passiert. Es ist nicht gelungen, sich mit dieser Strategie des dritten Pols relevant in die scharf geführte Auseinandersetzung einzubringen. Das wahlkampfprägende Thema des Klima- und Umweltschutzes mobilisierte am Ende für die Grünen. Obschon DIE LINKE in jedem Wahlprüfstein zu diesem Themenfeld die progressivste Position einnahm, wurde am Ende das – vielleicht nicht ganz so progressive - Original gewählt. Wir vermochten es nicht, zu verdeutlichen, dass klima- und umweltpolitische Themen nur lösbar sind mit Umverteilung, mit einem Mehr an öffentlichem Eigentum und mit einer sozialeren Politik, die es allen ermöglicht am notwendigen gesellschaftlichen Umschwenken teilzunehmen. Die Zuspitzung verlief entlang der Trennlinie AfD zu Grünen. Der Markenkern der Grünen kam zum Tragen. Dass wir, obwohl die Themen soziale Sicherheit und Frieden bei der Wahlentscheidung die Plätze 2 und 3 nach dem Klimaschutz einnahmen – welche klar unserem Markenkern zuzuordnen sind-, nicht profitieren konnten, unterstreicht sehr deutlich, dass unsere Kampagne nicht zum Tragen gekommen ist.

Die These vom ersten europäischen Wahlkampf stützt sich auch auf das Auseinanderfallen zwischen den Wahlergebnissen zur Europawahl und zur Kommunalwahl. Insbesondere in den drei großen Städten, aber auch in den Flächenlandkreisen fallen die Ergebnisse zwischen Europawahl und Stadtrats-/Kreistagswahlen auseinander. Besonders augenfällig ist dabei das Ergebnis in Leipzig: Während die Partei bei den Europawahlen nur auf dem vierten Rang einlaufen konnte,

wurde sie bei den Stadtratswahlen stärkste Kraft. Noch 2014 fiel das Ergebnis landesweit maximal 3,1% auseinander. Beim Wahlgang 2019 fiel es in der Spitze bis zu 6,4% zugunsten der Kommunalwahl auseinander.

Gleichzeitig drängt sich die Vermutung auf, dass sich dieses Auseinanderfallen von Kommunal- und Europawahlergebnissen vor allen Dingen dort manifestiert, wo es gelungen ist, die lokale Kampagne von der Europawahlkampagne zu entkoppeln. Wo es gelungen ist, eine eigene Sichtbarkeit entstehen zu lassen, schneidet DIE LINKE im Vergleich zu den Europawahlen kommunal besser ab. Dabei gibt es nach Sicht in die Ergebnisse keine Korrelation zur Größe der Gemeinde. Gleichwohl gibt es einen klaren Bruch zwischen Fläche und Stadt. Dies ist begründbar: Die Stadtverbände haben in einer vergleichsweise geringen Fläche gute Möglichkeiten, sowohl medial als auch durch eigene Kraft, eigene Positionen zu setzen, während dies für Flächenkreisverbände eine ungleich größere Herausforderung bildet. Nicht nur, dass die Anzahl an aktiven Genoss\*innen geringer ist, Wege weiter sind, sondern wir haben es auch mit einer vollkommen anderen Kommunikationslandschaft in den sogenannten Flächenkreisen zu tun. Wo in den letzten Jahren in der Fläche Lokalredaktionen abgebaut wurden, kleine Fernsehsender ums Überleben kämpften und oft scheiterten, gibt es weit weniger objektiven Journalismus. Es konnten gerade in Stadtverbänden bspw. deutlich mehr Steckaktionen durchgeführt werden, während bereits eine einzelne flächendeckende Versorgung mit Wahlmaterial für Teile der Flächenlandkreise eine schwer lösbare Aufgabe wurde. Entsprechend sind Flächenkreisverbände deutlich stärker abhängig vom Bundestrend und der bundesweiten Sichtbarkeit und Performance, weil es ihnen schlichtweg nicht möglich ist, diese mediale und direkte Wirkung zu erreichen. Eine höhere Korrelation zwischen Europawahl- und Kommunalwahlergebnis ist die Folge.

Die Auswirkungen dieses Wahlergebnisses sind für uns dramatisch. In den Kreisräten und den Stadträten der kreisfreien Städte haben wir 65 Sitze, also 32% unserer Mandate verloren. Stichproben auf Gemeindeebene zeichnen ein Bild vom Verlust von ortsweise bis zu 50% unserer Mandate. Die Ergebnisse stellen für uns den größten Einschnitt in die kommunale Basis seit der Wende dar und entwickelt sich damit zu einem akuten strukturellen Problem für die Präsenz linker Politik vor Ort. Der einfache Verweis auf den Rechtsruck und das starke Abschneiden der AfD ist dabei nicht hinreichend. Es macht den Anschein, dass wir dort weniger eingebrochen sind, teilweise gewonnen haben, wo uns auf kommunaler Ebene ein Generationenwechsel gelungen ist. Bei der Auswertung der Kommunalwahlergebnisse sind wir auf die Mitwirkung der Kreisverbände angewiesen.

Daraus ergeben sich schwierige Startvoraussetzungen für die Landtagswahl 2019. Sowohl die Motivation der eigenen Mitgliedschaft, die Kampagne auf die Straße zu bringen, als auch der AnhängerInnenschaft, unsere Partei als tatsächliche Option wahrzunehmen, dürfte mit dem negativen Ausgang der ersten Wahlrunde in diesem Superwahljahr geschwächt sein. Vielmehr müssen wir eine Umkehr im Hinblick auf die Landtagswahl erreichen, dass die Europawahl nicht das Ergebnis der Landtagswahl andeutet.

Dennoch: Die Kommunal- und Europawahlen haben vor allen Dingen unterstrichen, dass das Parteiensystem im Freistaat weiterhin fluid ist. Mehrheiten und Parteianteile scheinen beweglicher als in der Vergangenheit. Weiterhin gilt, dass auf Grund dieser Fluidität des Parteiensystems der Ausgang der Wahl im Freistaat vollkommen offen ist. Weiterhin gilt, dass DIE LINKE mit kluger Kampagnenführung weiterhin in der Lage sein kann, ein starkes Ergebnis einzufahren.

Unsere Wahlstrategie, die auf der gemeinsam basisdemokratisch vereinbarten Schwerpunktsetzung zur Landtagswahl basiert, setzt dabei auf eine klare Kampagne entlang des sozialen Markenkerns. Die Kampagne will mutig sein, überraschend. In dieser Wahlauseinandersetzung darf es nicht darum gehen, zaghaft zu bleiben und uninspiriert Wahlkampf abzuspulen. Wir sind uns si-

cher: Niemand in unserem Landesverband hat daran Interesse. Genau deshalb gilt es nunmehr, die Wahlstrategie konsequent, viel konsequenter als bisher umzusetzen, eine Kampagne entlang des Markenkerns zum Tragen zu bringen und LINKE Politik vor Ort erlebbar zu machen. Der Fokus liegt für den Landesverband entsprechend der vereinbarten Wahlstrategie auf den Flächenlandkreisen. Konzeptionell wollen wir die Kampagne mit mehreren Touren untersetzen und aktive Wahlkampfhilfe für die Kreisverbände organisieren. Gerade deshalb setzen wir in der Landtagswahlkampagne auf neue Tourenkonzepte, welche neben den Promitouren und den Unterstützungstouren unsere Politik und unsere politischen Ideensicht- und erlebbar machen. Darüber hinaus müssen wir auch darüber diskutieren, ob wir mit unseren Präsenzaktivitäten eher als gelant, deutlich vor den Sommerferien einsteigen.

Bei der Umsetzung der Kampagne setzen wir auf Solidarität: Sowohl zwischen Stadt und Land, als auch aus der solidarischen Kampagnenbeteiligung aus anderen Landesverbänden. Drei Gruppen wollen wir dazu mobilisieren:

1. Parteimitglieder aus den kreisfreien Städten, die die Kampagne in der Fläche unterstützen, Parteimitglieder aus anderen Landesverbänden, die den Landesverband in dieser politischen Situation unterstützen wollen,
2. SympathisantInnen in Stadt und Land, die sich angesichts der dramatischen Wahlergebnisse und des Rechtsrucks im Freistaat engagieren und einbringen wollen und unsere Kampagne unterstützen.

Wir werden daher unsere Bemühungen zur Wahlkampfaktivierung weiter verstärken und eng mit den Kreisverbänden zurückkoppeln. Mit der Aktivierung anderer Landesverbände haben wir bereits begonnen und es liegen erste Zusagen vor. Unsere sich daraus verstärkenden Wahlkampf Bemühungen werden auch einen verstärkten Mitteleinsatz erfordern.

Diese Mittel sind jedoch endlich, weshalb es in dieser Situation darauf ankommt, weitere finanzielle Mittel einzuwerben. Auch hier werden wir unsere Bemühungen weiter verstärken und noch aktiver bundesweit Spenden einwerben.

Inhaltlich müssen wir dabei klarer, deutlicher, antikapitalistischer sein als bisher. Es muss Schluss sein mit dem Abarbeiten an anderen. Vielmehr geht es nur noch darum, was wir wollen. Eine der Schlussfolgerungen aus dem Europawahlkampf muss aber auch sein, dass eine eigene Positionierung jenseits der Diskurslinien nichts nützt.

Wir haben mit dem Entwurf des Wahlprogrammes Kernprojekte definiert. Diese so miteinander zu diskutieren, dass sie unseren Markenkern verdeutlichen und gleichzeitig aber auch anknüpfungsfähig sind für unser WählerInnenpotential, wird die Herausforderung der nächsten Tage. Wir müssen diejenigen sein, die auch im Landtagswahlkampf verdeutlichen, dass für Fortschritt und Zusammenhalt dieser Gesellschaft ein politischer Paradigmenwechsel stattfinden muss, der nicht auf Marktlogik setzt, sondern politische Handlungsfähigkeit zurückholt - das öffentliche und gemeinschaftliche Eigentum. Wir müssen verdeutlichen, dass Sachsen nur in die Spur kommt, wenn Ungleichheiten abgebaut werden, wenn Menschen nicht von Armut bedroht sind und bangen müssen vor jeder Lebensentscheidung. Wir müssen verdeutlichen, dass gesellschaftlicher Zusammenhalt in allen Orten Sachsens eine Struktur dafür braucht, sei es bei Bildung, bei Versorgung, bei Kultur, bei Personennahverkehr. Die bisherigen politischen Rezepte dafür haben versagt. Wir sind davon überzeugt, dass wir als Partei die richtigen Konzepte haben.

Daher bitten wir euch an dieser Stelle auch, uns eure unmittelbaren Eindrücke und Einschätzungen der Wahlen und der Ergebnisse zu schicken, damit wir diese in unsere Überlegungen einbeziehen können.

In diesem Superwahljahr ist es trotz der ernüchternden Ergebnisse der Wahlen am Sonntag nicht an der Zeit, aufzugeben. Vielmehr müssen wir nun gemeinsam kämpfen: Für das solidarische Sachsen!

Wir bitten euch hierfür um eure Unterstützung.

Mit solidarischen Grüßen

Antje Feiks  
Landesvorsitzende

Thomas Dudzak  
Landesgeschäftsführer

## **“Niedergang hat alte und neue Ursachen”. Erklärung der Mitgliederversammlung vom Liebknecht-Kreis Sachsen am 14. Juni 2019 zum Wahldebakel am 26. Mai 2019**

Nur gut drei Monate vor den Landtagswahlen hat unsere Partei am 26. Mai in Sachsen (mit Ausnahme der Stadt Leipzig) eine eklatante Wahlniederlage hinnehmen müssen. Bei den Europawahlen hat sie 11,7 Prozent der Stimmen erhalten, bei den Kommunalwahlen auf Stadt- und Kreisebene 11,2 Prozent. Von der SPD konnten wir keine Stimmen gewinnen, ebenso wenig aus dem Lager der Nichtwähler. Weitere Verluste haben wir bei den Lohnabhängigen hinnehmen müssen. Von den Jungwählern bis zum 30. Lebensjahr haben wir bei der Europawahl gerade einmal sieben Prozent bekommen. Das ist genau so viel wie die linke Satirepartei „Die Partei“ mit deutlich weniger Wahlkampfbudget erhalten hat. Das Erscheinungsbild unserer Partei wirkt derzeit offensichtlich wenig anziehend und eher demobilisierend. Unser erklärtes Wahlziel, bei den Landtagswahlen 20 Prozent zu erreichen, ist in weite Ferne gerückt.

„Die Reaktion der Parteiführung auf diesen Wahlausgang“, so der Ältestenrat mit dem Blick auf die Parteiführung der LINKEN, „ist bisher unangemessen und von oberflächlichen Ausreden gekennzeichnet.“ In Sachsen ist die Situation ähnlich. Der bevorstehende Landesparteitag muss daher unbedingt genutzt werden, um entschiedene Schlussfolgerungen für unser Auftreten im Landtagswahlkampf zu ziehen und ein ähnliches Desaster am 1. September zu verhindern. Als Liebknecht-Kreis engagieren wir uns in diesem Wahlkampf. Wir beteiligen uns aber ebenfalls daran, die Ursachen dieser Wahlniederlage aufzudecken und Schlussfolgerungen für eine Neuausrichtung unserer Partei als kämpferische linke Alternative zu ziehen, als sozialistische Partei, die die System- und Eigentumsfrage stellt und in NATO-Deutschland 2019 Anklage gegen die aggressive Politik von USA, NATO und Bundeswehr gegen die Russische Föderation erhebt.

### **Erstens: Wählerverluste signalisieren Existenzkrise ähnlich wie bei der PDS 2002**

Vergleiche der Ergebnisse der Bundestagswahlen 2002 für die PDS mit denen der Europawahlen 2019 für die LINKE ergeben beängstigende Ähnlichkeiten. Damals hatte die PDS bundesweit 4,0 Prozent erhalten; diesmal 5,4 Prozent. In Ostdeutschland erhielt sie damals 16,9 Prozent, diesmal mit 13,8 Prozent sogar noch weniger. Nach Umfragen liegt die LINKE bundesweit mittlerweile zwischen sieben und acht Prozent. Womöglich nicht nur CDU und SPD, sondern auch unsere Partei geraten in eine Abwärtsspirale nach unten, wenn wir nicht gegen steuern. Der Gewinn von fast einer Million Stimmen bei der Europawahl durch die linke Satirepartei (also fast halb so viel, wie die LINKE erhalten hat) und die Abwanderung von mehr als 600.000 Stimmen zu den Grünen offenbaren die Tiefe der Glaubwürdigkeitskrise unserer Partei.

Der Zuwachs an Stimmen für uns in Bremen könnte dann zur Katastrophe werden, wenn die LINKE sich dort, wie abzusehen, an der Regierung beteiligt, dabei die Schuldenbremse und die neoliberale Politik auf Landesebene hinnimmt und dann auch „im Westen“ sich die Glaubwürdigkeitskrise der LINKEN verschärft.

### **Zweitens: Niedergang hat alte und neue Ursache**

Schon am Ergebnis der Bundestagswahl 2017 war nicht zu übersehen, dass wenige Jahre nach Gründung der Linken und der Verabschiedung des kämpferischen linken Programms von Erfurt unsere Partei ihren kämpferischen Elan verloren hat und zunehmend als „Partei wie die anderen auch“ bewertet wird. Wieder hat sich in der Partei eine Sozialschicht entwickelt, die von der Partei lebt, den Brückenschlag zu den Regierenden betreibt und sukzessive in wichtigen Bereichen der Politik (Außen- und besonders Russlandpolitik, Politik der Sozialpartnerschaft, Akzeptanz der Schuldenbremse, Leugnung des Klassencharakters der staatlichen Institutionen, Diffamierung der DDR, Übernahme des Konstrukts von der Gefährdung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung durch rechts und links usw.) den Eckpunkten bundesdeutscher Staatsräson unterwirft. Die Wirkung damals und dann auch vor den Maiwahlen war, dass DIE LINKE ihren Charakter als erste Adresse des politischen und gesellschaftlichen Protestes gegen Prekarisierung, soziale Ungleichheit, Kriegspolitik und Umweltzerstörung verloren hatte und im wachsendem Maße mit „denen da Oben“ gleichgesetzt wurde.

Vergessen wurde die sozialistische Erkenntnis vom Doppelcharakter der Wahlen als Instrumente der Befreiung und Werkzeuge der Prellerei. Wahlkampf als Aufklärung über die gesellschaftlichen

und politischen Zustände verlor an Bedeutung. Frustration bewirkten die fortwährenden Ankündigungen, ein politischer Richtungswechsel stehe bevor, wenn denn die LINKE als Regierungspartei politisch mitgestalten könne. Überall dort, wo die LINKE sich dann an Regierungen beteiligte, verlor sie im besonderen Maße an Stimmen.

Die LINKE wird nur dann in den politischen Auseinandersetzungen bestehen können, wenn sie sich von dem gängigen politischen Illusionstheater verabschiedet und eine Strategie der Veränderung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse mittels Entwicklung politischer, gewerkschaftlicher und geistig-kultureller Gegenmacht auf ihre Fahnen schreibt, wie es Raul Zelik in seinem Beitrag im „neuen deutschland“ vom 6. Juni (Seite 15) zu Recht gefordert hat.

Hinzu kam in jüngster Zeit ein Glaubekrieg ohne reale Grundlage gegen Sahra Wagenknecht. In den Augen vieler verlor die Partei mit dem provozierten Rücktritt von Sahra einen Teil „ihre Seele“. Eine Partei, die ihre fähigste Politikerin auf diese Weise demontiert, wird nicht auf der Höhe der Aufgaben geführt.

### **Drittens: Führungskrise der LINKEN durch Neuwahl überwinden**

Der für Juni/Juli 2020 vorgesehene Wahlparteitag muss auf die Zeit nach den Landtagswahlen im Herbst vorgezogen werden. Die beiden Parteivorsitzenden sind wesentlich für die Wahlniederlage mitverantwortlich. Sie haben nachdrücklich dazu beigetragen, durch Mehrheitsbeschluss des Parteivorstandes die Weiterentwicklung von „Aufstehen“ - ein Versuch der Bildung einer Bewegung von unten gegen Neoliberalismus und Krieg - zu blockieren. Sie haben es zugelassen, dass von Erfurter Programm und von roten Haltelinien bei Regierungsbeteiligung kaum bzw. nicht mehr die Rede ist. Sie haben zugelassen, dass die Parlaments- und Regierungsfixiertheit der Partei zugenommen hat. Beängstigend war die Aneinanderreihung von politischen Absurditäten durch Katja Kipping auf dem Leipziger Parteitag und in dessen Umfeld Mitte 2018: Die LINKE sei Friedenspartei, weil sie die internationalen Spannungen abbaue; Merkel sei wahrscheinlich das letzte Aufgebot des Neoliberalismus; die LINKE müsse mehr Bodo Ramelow wagen und für 2021 „r2g“ vorbereiten.

Die derzeitige Führung der LINKEN ist offensichtlich nicht in der Lage, der Partei eine tragfähige strategische Orientierung für linke Politik zu geben. Mit ihrer Orientierung auf immer mehr Regierungsbeteiligungen verfolgt sie einen Kurs der Quadratur des Kreises in der Politik, der zu immer mehr Anpassung und zum Niedergang führt.

### **Viertens: Schwächen in der Wahlkampfführung in Sachsen**

Auch in Sachsen ist die derzeitige innerparteiliche Situation sehr unbefriedigend. Die Partei wirkt nach dem Wahldesaster vom 26. Mai geschockt, von der Landespitze und dem Spitzenkandidaten gingen und gehen kaum Impulse aus, die drohende Wahlniederlage abzuwenden und den Landesverband in seiner ganzen Breite zu mobilisieren. Es passiert eher Gegenteiliges: das Aufstellungsverfahren für die Landesliste, der Listenvorschlag und dann die Wahl der Landesliste auf der LVV am 6. April in Leipzig offenbarte gravierende strategische und personelle Defizite der sächsischen LINKEN. Fachliche Kompetenz bei landespolitischen Schwerpunktthemen, berufliche Vernetzung mit der Gesellschaft und strömungsübergreifender Pluralismus spielten faktisch keine Rolle. Die Alterszusammensetzung unter den aussichtsreichen Plätzen spiegelt den "Jugendwahn" der Partei in den urbanen Zentren wider. Es ist schwer absehbar, ob die künftige, zahlenmäßig vermutlich deutlich verkleinerte Fraktion bei den möglichen parlamentarischen Konstellationen nach der Landtagswahl - es droht entweder eine Kenia-Koalition aus CDU, SPD und Grünen oder sogar eine Vierparteienregierung unter CDU-Führung und jeweils eine AfD als klare Oppositionsführerin - den neuen Anforderungen gewachsen sein wird.

Auch der zweite Entwurf der vom Landesvorstand am 15. März beschlossenen Wahlstrategie für die Landtagswahl („Wir sind bereit, zu regieren“, Seite 3; „Wir haben nichts zu verlieren, aber viel zu gewinnen“ Seite 8) ist keine solide Grundlage für eine erfolgreiche Wahlkampfführung, die durch merkwürdige Aussagen von sächsischen SpitzenvertreterInnen in den letzten Monaten ohnehin belastet ist. Jedwede "Farbspiele" oder parteipolitische Luftschlösser mit Blick auf eine mögliche Regierungsbeteiligung und/oder Tolerierung einer Minderheitenregierung verbieten sich derzeit von selbst. Wir kämpfen für ein möglichst starkes Wahlergebnis der LINKEN und nicht um faule Kompromisse.

Wir plädieren darüber hinaus sehr dafür, die Ursachen des Wahlerfolgs der LINKEN in Leipzig bei den Kommunalwahlen genau zu analysieren und daraus zu lernen, anstatt wie bisher die Spitze des Stadtverbandes verdeckt oder offen innerparteilich zu bekämpfen.

**Ausblick:**

Der LKS ist bereit zu einem Neustart. Er wird im Herbst 2019 unter dem Thema: „Gesellschaftsstrategie und Wahlstrategie – Probleme der LINKEN nach den Wahlen 2019“ eine Konferenz durchführen. Auch in den nächsten Ausgaben seiner Schriftenreihe spielen die anstehende Parteidebatte und strategische Fragen der Linken eine wesentliche Rolle.

## **“Prekarierte Schichten betreten die politische Bühne”. Interview mit Ekkehard Lieberam. In: junge Welt vom 15./16. Juni 2019, Beilage faulheit & arbeit**

**Gut drei Monate vor den Landtagswahlen in Sachsen und Brandenburg hat die Partei Die Linke in Brandenburg bei den EU-Wahlen 7,4 Prozent der Stimmen verloren und kam auf 12,3 Prozent. In Sachsen waren es 11,6 Prozent nach 18,3 Prozent 2014. Welche Ursachen hat das Debakel?**

Die werden deutlich, wenn man sich die Ergebnisse genauer anschaut. Die Linke konnte bundesweit faktisch keine Stimmen von der SPD gewinnen, auch keine aus dem Lager der Nichtwähler. Bei den Lohnabhängigen hat sie weitere Verluste hinnehmen müssen, von den Wählern unter 30 Jahren gewann sie bei der EU-Wahl gerade einmal sieben Prozent, ebensoviel wie die Satirepartei Die PARTEI. Für mich heißt das: Das Erscheinungsbild der Partei ist zur Zeit wenig anziehend. Das Ziel, bei den Landtagswahlen in Sachsen 20 Prozent zu erreichen, ist in weite Ferne gerückt. Denn die Reaktionen der Parteiführungen im Bund wie in Sachsen verheißen nichts Gutes. Der Ältestenrat der Partei spricht von “unangemessenen” und “oberflächlichen Ausreden”.

### **Wie tief geht die Krise?**

Ich vergleiche sie mit der Existenzkrise der PDS nach der Bundestagswahl 2002. Die PDS hatte vier Prozent der Stimmen erhalten und war nur noch mit zwei Abgeordneten, die in Berlin Direktmandate errungen hatten, im Bundestag vertreten. Am 26. Mai 2019 waren es 5,5 Prozent. In Ostdeutschland erhielt die PDS damals 16,9 Prozent, jetzt 13,8 Prozent. Für mich bedeutet das, dass nicht nur CDU und SPD in einen Abwärtsstrudel geraten, sondern auch Die Linke. Die PARTEI hat fast eine Million Stimmen bei der EU-Wahl erhalten, also nahezu halb soviel wie Die Linke, die allein an die Grünen 610.000 Stimmen abgegeben hat.

Der Zuwachs bei der Bürgerschaftswahl in Bremen kann dann zur Katastrophe werden, wenn die Die Linke sich dort an der Regierung beteiligt und dabei die Schuldenbremse und die neoliberale Politik mit durchsetzt. Dann verschärft sich diese Krise auch im Westen.

### **Was ist in der Partei seit den Bundestagswahlen 2017 passiert?**

Schon beim damaligen Ergebnis war trotz des leichten Zugewinns im Vergleich mit 2013 klar, dass die Partei ihren kämpferischen Elan verloren hatte und zunehmend als eine Partei wie alle anderen betrachtet wurde. In ihr hat sich erneut wie schon in der PDS eine Schicht von Funktionären, Mandatsträgern und Angestellten herausgebildet, die von der Partei leben. Das ist der Hintergrund dafür, dass die Partei zu den Regierenden Brücken schlagen will und sich nach und nach Eckpunkten der deutschen Staatsräson unterwirft, zum Beispiel in der Außenpolitik und dort vor allem gegenüber Russland, mit der Politik der Sozialpartnerschaft, der Akzeptanz der Schuldenbremse, der Leugnung des Klassencharakters staatlicher Institutionen, bei der Diffamierung der DDR und der Übernahme des Konstrukts, die freiheitlich-demokratische Grundordnung werde von rechts und links bedroht usw.

Vergessen wurde die sozialistische Erkenntnis, dass Wahlen einen Doppelcharakter haben: Sie sind zugleich Instrumente von Befreiung und Werkzeuge von Prellerei. Der Wahlkampf wurde nicht genutzt, um über die Zustände aufzuklären. Hinzu kommen Frustrationen: Fortwährend wird vor Wahlen angekündigt, wenn Die Linke als Regierungspartei mitgestalten könne, stehe ein politischer Richtungswechsel bevor. Der kam nie.

Die Wirkung war die gleiche wie 2002: Ihren Status als erste Adresse des Protests gegen Prekariisierung, soziale Ungleichheit, Kriegspolitik und Umweltzerstörung hat die Linkspartei verloren. Sie wird in wachsendem Maß mit “denen da oben” gleichgesetzt. Hinzu kam zuletzt ein Glaubenskrieg ohne reale Grundlage gegen Sahra Wagenknecht.

Eine Partei, die ihre fähigste Politikerin mit Gespür für klare Oppositionspolitik und für die Mobilisierung von Gegenwehr gegen Neoliberalismus und Kriegspolitik demontiert, wird nicht auf der Höhe der Aufgaben geführt.

### **Ich möchte auf die DDR-Diffamierung zurückkommen. Hat Die Linke bei deren Kriminalisierung als "Unrechtsstaat" in Ostdeutschland eine besonders üble Rolle gespielt?**

Das konnte ja keine andere Partei leisten. Die Wirkungen dieser "Unrechtsstaat"-Agitation auf das politische Alltagsbewusstsein sind allerdings schwer einzuschätzen. Laut Umfragen bewerten in Ostdeutschland etwa 57 Prozent die DDR eher positiv als negativ (acht Prozent dabei nur positiv). Nicht ganz klar ist, was die Exzesse Bodo Ramelow's in den vergangenen knapp fünf Jahren seiner Regierungszeit in Thüringen bewirkt haben. Mir sagte mal jemand bei einer Diskussion in Gera: "Wenn der das schon sagt, dann wird das wohl stimmen." Nach meiner Kenntnis sind die positiven Bewertungen der DDR in den letzten Jahren in Thüringen deutlich zurückgegangen.

### **Warum befasst sich die Partei sowenig mit den sozialen Verheerungen, die der DDR-Anschluss in den Jahren nach 1990 hinterließ – Massenarbeitslosigkeit, Abwanderung von Millionen Menschen, Angriffe auf Kultur und Kunst dieses Landes?**

Nun ist immerhin eine alte Forderung, die ich und andere seit langem erheben, von der Bundestagsfraktion Die Linke erfüllt worden: Sie wird nach einem Bericht der *Berliner Zeitung* vom Donnerstag in der letzten Sitzungswoche vor der Sommerpause einen Antrag ins Parlament einbringen, mit dem Ziel, einen Untersuchungsausschuss zur Arbeit der Treuhandanstalt einzusetzen. Demnach wird die Abstimmung darüber Anfang September erfolgen. Das ist längst überfällig. Ich erinnere mich noch genau, dass schon in den 90er Jahren im Bundestag große Aufmerksamkeit herrschte, wenn der inzwischen verstorbene Uwe-Jens Heuer, dessen Mitarbeiter ich war, im Bundestag erklärte: "Der Anschluss ist vollzogen, aber Sie haben ein Problem mit der Bevölkerung." Er meinte damit bestimmte Wertevorstellungen und Verhaltensweisen sowie das Geschichtsbild der Ostdeutschen. Das spielt politisch offenbar immer noch eine große Rolle, auch unter Jugendlichen, die nicht zur Erlebnisgeneration gehören. Aber unter ihnen gibt es selbstverständlich auch einen großen Teil, der bei dem Thema DDR abwinkt. Das ist für sie oft altes Zeug, Vergangenheit, außerdem gibt es unter ihnen eine Theorieaversion.

### **Muss die Ursachensuche für die Krise bis in die Zeit der PDS-Gründung und in die 90er Jahre zurückgehen?**

Die Geschichte der PDS hängt natürlich mit der Zäsur von 1989 und 1990 eng zusammen. Als "plurale Fassung einer Einheitspartei", so Johannes Agnoli, funktionierte das Parteiensystem nach dem Anschluss nicht mehr. Hinzu kam der Druck von außen. Die herrschende Klasse war uneins, wie mit der PDS zu verfahren sei. Von der CSU kam die Forderung nach einem Verbot. Das war nicht durchsetzbar.

Ein Einschnitt war die Legislaturperiode des 13. Bundestages ab 1994, als die PDS zwar nur 4,4 Prozent erhielt, aber vier Direktmandate eroberte und wegen der Grundmandatsklausel mit insgesamt 30 Abgeordneten als Gruppe, nicht als Fraktion, in das Parlament einzog. Sie hatte im Wahlkampf klare Kante gezeigt, sowohl in der Haltung zur DDR wie in der Frage von Krieg und Frieden. Ludwig Elm wurde damals Mitglied der Zweiten Enquetekommission zur Untersuchung der DDR-Geschichte, auf die das Etikett "SED-Diktatur" geklebt wurde. Seine Tätigkeit, etwa seine Gegengutachten, oder auch die Arbeit von Christa Luft gehörten zu den Glanzpunkten in den 90er Jahren. Das Hauptkonzept der Gegenseite, die PDS entweder durch Diskreditierung kleinzubekommen oder sie zu umarmen, klappte nicht. Das lag nach meiner Meinung an der guten Arbeit führender Politiker der PDS.

Danach wurde es aber trübe, vor allem im Zusammenhang mit der Vorbereitung eines neuen Parteiprogramms. Die Debatte dazu wurde ein Teil des Anpassungsprozesses an die offizielle Politik. Da tauchte der ethische Sozialismus auf, die sogenannte Moderne wurde eingeführt und die Transformation, man entdeckte progressive Fortschrittskräfte, mit denen der Kapitalismus gezähmt und verbessert werden könne usw. Kurz, es ging darum, den Marxismus zu entsorgen.

Da passierte dann auch eine Dämlichkeit nach der anderen wie beispielsweise im Mai 2002 beim Besuch von US-Präsident George W. Bush im Bundestag. Die PDS-Abgeordneten Ulla Jelpke, Heidi Lippmann und Winfried Wolf entrollten ein Transparent, das ihnen von Parlamentsdienern entrissen wurde, mit der Aufforderung an Bush und Bundeskanzler Gerhard Schröder: "Stop your wars!" Aber anschließend bat PDS-Fraktionschef Roland Claus Bush um Entschuldigung, und die stellvertretende Fraktionsvorsitzende Petra Pau distanzierte sich von der Aktion. Das war eine Zäsur.

Eine weitere war die schon erwähnte Bundestagswahl 2002. Die SPD führte einen Lagerwahlkampf, und die PDS stieg unter ihrem Wahlkampfleiter Dietmar Bartsch darauf ein, empfahl im Grunde, die SPD zu unterstützen, und bot sich als Juniorpartner an. Das Resultat war die besagte Ohrfeige: zwei Direktmandate. Die Partei hatte Millionen Stimmen verloren und war der Auflösung nahe. Auf dem anschließenden Parteitag in Gera erhielt das Lager von Bartsch und Claus nur etwa 30 Prozent der Stimmen, es war faktisch abgewählt. 2003 wurde das neue Parteiprogramm angenommen, das Anpassung vorsah. Gabi Zimmer wurde zunächst als Parteivorsitzende, die sie schon seit 2000 gewesen war, wiedergewählt, aber bereits ein Jahr später abgelöst – die sogenannten Reformer waren erneut da. Die Lehre aus diesen Vorgängen bestand für mich darin, dass sich eine Partei, die sich einmal in diesen Sumpf des offiziellen Politikbetriebes begeben hat, sich daraus nicht mehr selbst befreien kann. Ursache für ihr Überleben war die Massenbewegung der Jahre 2004 und 2005: Die PDS profitierte von der Proteststimmung und den Protestaktionen gegen den Neoliberalismus, gegen die "Agenda 2010".

### **Schröder und Joseph Fischer von den Grünen hatten der SPD und der Regierungskoalition das Grab geschaufelt, war das ein Wiederbelebungsprogramm für die PDS?**

Entscheidend war die Massenbewegung. Ohne sie keine Revitalisierung einer linken Partei. Es waren Hunderttausende oder sogar Millionen, die protestierten, und in der Bevölkerung herrschte der Eindruck, da entsteht mit einer veränderten PDS und der WASG eine Partei, die sich um unsere Sorgen kümmert. Das und die Gründung der Partei Die Linke 2007 war beachtlich nach dem Niedergang.

### **Wobei es 2009 das bisher beste Wahlergebnis bei einer Bundestagswahl gab.**

Das war noch ein Ausdruck dieses Aufschwungs, des Protests insbesondere gegen »Hartz IV«. Die soziale Zusammensetzung dieser Bewegung war ähnlich vielfältig wie jetzt die der "Gelbwesten" in Frankreich. Seinerzeit gab es beispielsweise in Leipzig eine soziologische Untersuchung zu den Teilnehmern der Proteste: Etwa die Hälfte waren Menschen, die unter prekären Verhältnissen lebten und arbeiteten. In Frankreich ist das heute noch viel deutlicher als damals in der Bundesrepublik: Die prekarierten Schichten aller Klassen betreten die politische Bühne. Das wird Auswirkungen auf das Parteiensystem haben.

### **Im Dezember ist es 30 Jahre her, dass die SED-PDS geschaffen wurde. Gibt es etwas Übergreifendes in dieser Zeit?**

Für mich ist das die ungeheure Integrationskraft des parlamentarischen Systems. Bei der unerwünschten, aufmüpfigen PDS hatte es anfangs nicht gewirkt, aber dann kamen Begehrlichkeiten und Verlockungen. Das wiederholte sich, wenn auch in ganz anderen Formen, bei der Linkspartei. Für mich ist es die wichtigste geschichtliche Lehre, dass man sich dem nicht entziehen kann. Wobei das nicht von mir erfunden wurde. Darüber haben Rosa Luxemburg und Lenin schon geschrieben, und Theoretiker wie Agnoli, 1925–2003, oder Wolfgang Abendroth, 1906–1985. Aber es interessiert kaum jemanden. Ich habe auf einem Parteitag in Schwerin einmal einen Antrag gegen diese Anpassungstendenzen eingebracht, den ich auf die Tagesordnung setzen lassen wollte. Der wurde niedergemacht, niemand wollte das wahrhaben. Das ist auch heute die Situation. Anders gesagt: Weder die DDR-Führung noch heutige Parteivorstände möchten zum Gegenstand einer kritischen Analyse gemacht werden.

### **Der frühere Kronjurist der Nazis, Carl Schmitt, hat einmal gemeint: "Elite sind diejenigen, deren Soziologie keiner zu schreiben wagt."**

Vor allem im Alltagsbewusstsein ist die Einsicht schwer durchsetzbar, dass es sich hier um ein Klassensystem und dessen Erscheinungsformen handelt. Auch die Politiker selbst bewegen sich sehr oft in einer Scheinwelt, sitzen Illusionen auf. Abendroth hat das so definiert: "Sie wollen nicht, und sie können nicht." Gemeint ist, dass die Abhängigkeit von den Herrschenden nicht gelöst werden soll, auch wenn einer sie durchschaut, schafft er das noch lange nicht.

### **Es sei denn, er stützt sich auf außerparlamentarische Bewegungen?**

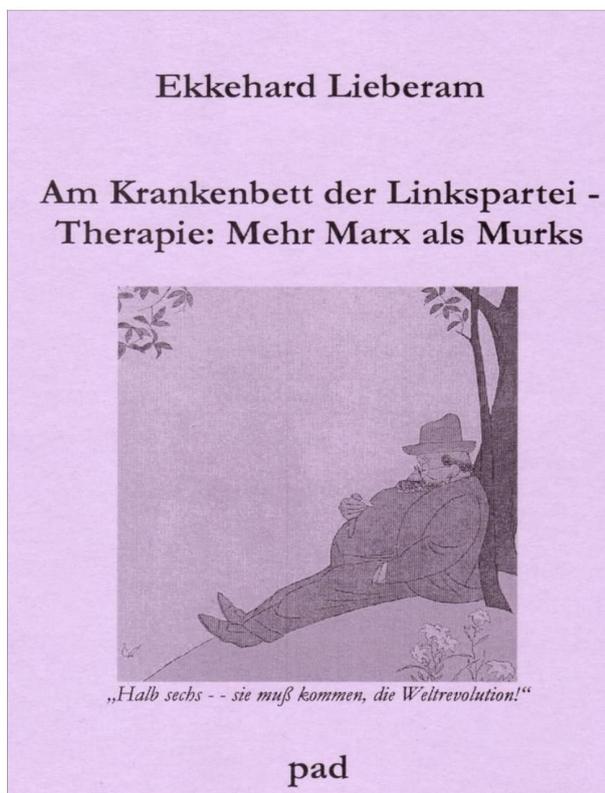
Richtig. Massenmobilisierung in einem Umfang, dass die Herrschenden Angst bekommen, gehörte nie zur Politik von PDS und Linkspartei. In letzterer kommt noch etwas hinzu: Es gibt keine programmatische Diskussion wie damals bei der PDS, die Anpassung vollzieht sich klammheimlich, die faktische Einordnung in den politischen Betrieb vor allem durch Regierungsbeteiligung wird immer stärker. Die Parteiführung forciert und rechtfertigt das, während man den Eindruck hat, dass die Fraktionsspitze ein anderes politisches Angebot hat. Übrigens kenne ich das schon aus der

SPD, in der ich in den 50er Jahren war. Nun erlebe ich das wieder, wenn Katja Kipping sogar zum Sturz des Kapitalismus aufruft. Das ist unernst, aber dieses Linksblinken gehört zur Anpassung. Das geht bis dahin, dass man in die Regierung geht, aber zugleich verbal Opposition betreiben will. Das ist zwar die nicht zu lösende Quadratur des Kreises, kann aber als Wahlstrategie, das ist das Kuriose, durchaus wirkungsvoll sein. Wenn ich jetzt sehe, dass sich Die Linke in Berlin dem Aufruf »Deutsche Wohnen enteignen« anschließt, gehe ich davon aus: Man weiß genau, dass aus dem Bekenntnis zu Artikel 15 des Grundgesetzes noch gar nichts folgt. Auf die Mitglieder hat so etwas aber eine enorme, auch disziplinierende Wirkung.

Hinzu kommt: Es gibt immer wieder gute Reden von Parteivorsitzenden, auch Ankündigungen, "Bewegungspartei" zu sein. Aber all das bleibt folgenlos. Die Zustimmung etwa auf Parteitag ist keine Zustimmung zur Politik der Partei, sondern zu den Referaten und Versprechungen. Wer diese Dialektik des Überbaus, die enorme Integrationskraft des Parlamentarismus nicht durchschaut, der hat verloren.

### **Ein Ausweg aus der Parteikrise wäre solch eine Sammlungsbewegung wie "Aufstehen"?**

Das ist das einzige, was politisch von links sinnvoll ist, was diesen Integrationsmechanismus zerbrechen kann. Aber das hat der Parteivorstand der Linken ja mit Zweidrittelmehrheit verhindert. Anders gesagt, der wichtigste Punkt ist: Veränderung geht nur über Massenmobilisierung, über die Förderung von Gegenwehr, über eine Einheitsfront gegen Neoliberalismus und Kriegspolitik. Nach Friedrich Engels gibt es in der Politik „nur zwei entscheidende Mächte, zum einen "die organisierte Staatsgewalt" und zum anderen die "elementare Gewalt der Volksmassen".



**Ekkehard Lieberam:**

## **Am Krankenbett der Linkspartei - Therapie: Mehr Marx als Murks**

81 Seiten, 6 € \*

INHALT: Opfer eines um Marx verkürzten Staatsbegriffs / Mobbing und Orientierungskrise im Glaubenskrieg / Kurze Geschichte der „Klasse für sich selbst“ / Aufstieg und Krise der PDS / Linkspartei zwischen Integration und Gegenmachtstrategie / Klassenpolitik und Klassenpartei / Aufstehen, um Klassenmachtverhältnisse zu ändern

Die Linke ist mit einer zunehmenden rechtspopulistischen und antidemokratischen Bewegung konfrontiert, aber auch mit einem im Sinne der Herrschenden funktionierenden parlamentarischen Regierungssystem. Bislang konnte sie keinen gesellschaftlichen Aufbruch zustande bringen.

Ekkehard Lieberam: „Konfrontiert über mehr als zehn Jahre hinweg mit der enormen Integrationskraft des parlamentarischen Regierungssystems in der Bundesrepublik ist die Linkspartei mittlerweile auch eine Institution der Vertreterdemokratie mit Gebrauchswert für das Kapital geworden und nur noch begrenzt eine Kampforganisation des Klassenwiderstandes. Als Regierungspartei hat sie direkten Anteil an der Durchsetzung der neoliberalen Politik und verklärt gar geringe Verbesserungen als linke Politikgestaltung. Regierungsbeteiligungen erwiesen sich als Integrationsfallen.“

Neben politischen Intrigen und politischen Scharmützeln ihrer gewerbsmäßigen Parlamentarier dominieren „flügelübergreifend“ Illusionen eines Politikwechsels ohne gesellschaftlichen Systemwechsel. („Statt den politischen Gegner zu nerven, nerven sie sich vorrangig selbst.“)

Die vorliegende Veröffentlichung entstand in Sorge um die weitere Entwicklung der Linkspartei und der gesellschaftlichen Entdemokratisierung.

„Einer der gründlichsten Kenner der Geschichte der Partei DIE LINKE ist Ekkehard Lieberam ...In kenntnisreicher Weise und mit theoretischem Tiefgang zeichnet Lieberam in einer Art Soziologie der Krise den Weg der PDS bis zu ihrer Vereinigung mit der WASG und dann zur Linkspartei nach. Dabei wird deutlich, dass es die Linkspartei nicht vermocht hat, den Entwicklungsprozeß umzukehren, der den Niedergang der PDS bestimmte. Die Linke geht selbst die- sen Weg. Zusammen mit der Führungskrise gebe es noch eine Orientierungskrise, die vor allem im Konzept des Mitregie- rens der Führung der Linkspartei ihre Ursache habe. Diese sei 'ein aktuelles Beispiel für eine Hinwendung einer Partei der Lohnabhängigen, die die Systemfrage stellt, zu einer systemkonformen Parlamentspartei, die sich in das parlamentari- sche Regierungssystem einordnet, das nicht zuletzt die Funktion hat, die Klassenkonflikte zu verschleiern und zu befrie- den.' Der Widerspruch zwischen Integration und Gegenmachtstrategie durchdringt die Politik beider Parteien. Die Lo- sung ‚mehr Ramelow wagen‘ ist mit Linksblinken und Systemkritik schlecht vereinbar. Die streitbare Schrift von Ekke- hard Lieberam kennzeichnet eine hohe Informationsdichte, zudem ist sie sehr verständlich geschrieben. Allein das in ihr veröffentliche Zahlenmaterial, das quantitativ belegt was qualitativ behauptet wird, ist das Studium des Textes wert.“

(aus der Rezension von Herbert Münchow)

\* Staffelpreise bei Direktbestellung: ab 5 Expl. 5.-- € /St. / ab 10 Expl. 4.50 € /St.

## Impressum

Herausgeber: Liebknecht-Kreis Sachsen (LKS)  
[www.liebknecht-kreis-sachsen.de](http://www.liebknecht-kreis-sachsen.de)

V.i.S.d.P.: Dr. Volker Külow  
Redaktion: Dr. Volker Külow  
Gestaltung: Anne Franke  
Redaktionsschluss: 17. Juni 2019